Bedingtheit der zwischenstaatlichen Handelsbewegung.

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung
der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität München
vorgelegt von

Diplom-Volkswirt **Gerhard Hirsch**
aus Plüderhausen.

1938

Gatzer & Hahn, Graphische Werkstätten, Schramberg (Schwarzwald)

Referent: Geheimrat Professor Dr. von Zwiedineck-Südenhorst.

Mündliche Prüfung: 18. bis 21. Februar 1936.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung: Seite

I. Weltwirtschaft und zwischenstaatlicher Handelsverkehr. Begriff und Wesen. 1

II. Kurzer Abriß der historischen Entwicklung des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs bis zum Beginn des Hochkapitalismus. 6

III. Die Epoche des Hochkapitalismus und der beginnenden weltwirtschaftlichen Verflechtung. 8

1. Teil:

Die ökonomischen Triebkräfte zum weltwirtschaftlichen Zusammenhang. 11

Allgemeines. 11

A. Die objektiven (statischen) Grundlagen). 12

I. Die natürlichen Verschiedenheiten der Länder. 12

II. Die natürlichen Verschiedenheiten der Bevölkerungen. 17

a) Quantitativ. 17

b) Qualitativ. 19

B. Die dynamischen Faktoren. 19

I. Menschliche Wanderungen. 19

II. Kapitalbewegungen. 24

III. Die übrigen Zahlungsbilanzelemente. 31

1. Diensleistungen. 31

a) Einnahmen aus Fracht-, Personen- und Postverkehr. 31

b) Der Fremdenverkehr. 32

c) Versicherungen. 33

d) Kreditvermittlungen. 33

e) Patent- und Filmlizenzen. 34

2. Zinsen und Amortisationen aus Kapitalanlagen. 34

3. Edelmetallbewegungen. 34

4. Etwaige Tributzahlungen. 35

IV. Sonstige Triebkräfte. 35

1. Ausgleichung der Differenziertheit des Rechts. 35

2. Die Währungen. 35

3. Die Konjunkturbewegungen. 36

C. Die erweiterte internationale Arbeitsteilung. Die Theorie der komparativen Kosten, an ihr kontrolliert. 37

I. Darstellung der Theorie der komparativen Kosten. 38

II. Begründung aus dem klassischen System. 38

III. Kritik. 40

2. Teil:

Die Einwirkung politischer Momente auf die zwischenstaatliche Handelsbewegung. 44

A. Der Einfluß geistig-politischer Strömungen auf die Intensität des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs. 45

I. Die Forderung des ökonomischen Liberalismus. 45

II. Das Autarkieideal. 48

III. Die Idee der Großraumwirtschaften (Imperialismus). 51

IV. Sonstige Möglichkeiten. 52

B. Die Handelsvertragspolitik als Bestimmungsfaktor. 55

C. Andere Gebiete der Politik als Bestimmungsgründe für die zwischenstaatliche Handelsbewegung. 57

I. Kapitalpolitik. 57

II. Die Lohnpolitik. 59

III. Ein- und Auswanderungspolitik. 61

IV. Die speziellen Störungsfaktoren in der Nachkriegszeit. 61

1. Dumpings aller Art. 61

2. Protektionismus, Clearing- und Verrechnungsabkommen, Kontingentierungen und Krediterschwerungen im internationalen Handel. 62

3. Tribute und internationale Verschuldung. 63

Zusammenfassung. 63

Einleitung.

I. Weltwirtschaft und zwischenstaatlicher Handelsverkehr.

Begriff und Wesen.

Der Begriff der Weltwirtschaft ist heute sowohl seiner theoretischen Sinndeutung, als auch seiner praktischen Aeußerung nach sehr umstritten. Praktisch können wir 2 sich wesentlich unterscheidende Begriffe der Weltwirtschaft unterscheiden: einmal die heutige Form der Weltwirtschaft und dann die durch stark entwickelte internationale Arbeitsteilung ausgezeichnete Form der Weltwirtschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Letztere dürfte wohl als einmalige historische Erscheinung anzusehen sein, die eben nur als Ausdrucksform ihrer Zeit zu verstehen ist. Wenn man heute von d i e s e r Weltwirtschaft spricht, könnte man nur vom Ende der Weltwirtschaft sprechen. Ein Ende der Weltwirtschaft ist aber nicht in dem Sinn zu erwarten, als ob es nun endgültig vorbei sei mit dem internationalen Güteraustausch. Dies wird nie der Fall sein, denn die natürliche und klimatische Verschiedenheit der Erdoberfläche drängt immer nach zwischenstaatlichem Güteraustausch: der internationale Handel ist deshalb unsterblich. Lediglich das Maß der internationalen Arbeitsteilung ist ein kleineres geworden. Die Menschen unserer Zeit verzichten im Interesse ihrer größeren wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit bewußt auf die ökonomischen Vorteile, die sich aus der intensiveren Verflochtenheit der Nationalwirtschaften ergeben. Die Frage nach der Krise der alten Weltwirtschaft darf deshalb nicht nur an den Folgen des Weltkrieges ansetzen, denn dann wäre ja nach Ueberwindung dieser Folgen ohne weiteres wieder eine Herstellung der alten wirtschaftlichen Formen möglich. Auch die psychologischen Folgen der schweren Enttäuschungen der Kriegs- und Nachkriegszeit wäre mit der Zeit zu überwinden und deshalb nicht als dauerndes Hemmnis anzusehen. Den Beweis für die Behauptung der Einmaligkeit der Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts werden wir an anderer Stelle zu erbringen versuchen.

Welches waren nun — ganz kurz gekennzeichnet — die besonderen Merkmale der Weltwirtschaft bis zum Kriegsausbruch. Den Zeitpunkt ihres Beginns einigermaßen genau zu fixieren, ist sehr schwierig; es wird dies in den nächsten Abschnitten versucht werden. Ganz roh ausgedrückt, können wir vielleicht sagen, daß ihre Entwicklung ungefähr mit der Epoche des Hochkapitalismus ansetzt, also mit dem beginnenden 19. Jahrhundert. Ihre typische Ausprägung aber erfuhr sie erst in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts. „Von einer modernen Weltwirtschaft als eines Ganzen mit ausgeprägten Gliedern können wir erst in den Jahrzehnten nach der Mitte des 19. Jahrhunderts sprechen. — Die Vorbereitung zu einer Entwicklung

der Weltwirtschaft war lange vor 1850 im internationalen Verkehr vorhanden, und indem von weit ausschauenden Menschen die Idee eines zukünftigen Ganzen vorausgenommen wurde, weil es in seinem notwendigen Werden erkannt wurde, ging auch hier logisch das Ganze den Teilen voraus, die zwar schonn als Volkswirtschaften da waren, aber keine Glieder der Weltwirtschaft bildeten“ [1]). Die hervorstechenden Merkmale dieser Weltwirtschaft in der Zeit des Hochkapitalismus sind: weitgehende Freizügigkeit in den Bewegungen der Güter, Menschen und des Kapitals, relativ geringe Hemmungen des wirtschaftlichen Verkehrs von Seiten der Politik und als Währungsform die Goldwährung, wenigstens in den wichtigsten Staaten. Die Engländer charakterisieren diese Epoche mit dem Schlagwort des Cobden-Klubs: „Free Trade, Peace, Good Will among Nations“. War auch die Zeit von 1875—1914 nicht immer völlig friedlich, noch auch nur annähernd freihändlerisch [2]), so waren doch die politischen Störungen und die handelspolitischen Hemmnisse nicht entfernt so große wie in unserer Zeit. Die Divergenzen in der theoretischen Auslegung des Begriffs der Weltwirtschaft fallen daher unseres Erachtens weitgehend auf das Konto der tatsächlichen Wandlung in der Struktur der Weltwirtschaft: das Objekt der wissenschaftlichen Betrachtung hatte sich verändert und die Theorie ist sich nun nicht einig über den Grad und die Stärke dieser Veränderung, sowie über die voraussichtliche Gestaltung des beobachteten Gegenstandes. Es zeigt sich hier, wie sehr problematisch eine Theorie ist, die unabhängig von Raum und Zeit sein will.

Zur Förderung des Verständnisses für die Zusammenhänge ist das Denken in Stufentheorien [3]) am ehesten geeignet. Die Erkenntnisse der vorigen Stufe werden in die nächsthöhere so übernommen, daß sie dort wieder selbständig verarbeitet und eingereiht werden. Als höchste dieser Stufen wäre dann die Weltwirtschaft anzusehen. Die Weltwirtschaft in diesem Sinn stellt sich uns dar als die Vergegenständlichung des wirtschaftlichen Liberalismus. Es gehört dazu auch der internationale Mensch, der nicht in einem bestimmten Punkt der Erde zu Hause ist, bei dem auch das Bewußtsein seiner rassischen Zugehörigkeit verschwunden ist.

Im Gegensatz zum Altertum findet man im Mittelalter die Vorstellung von einer Universalökonomie. Doch entsprang diese Vorstellung nicht wirtschaftlichen Motiven: der Handelsverkehr des Altertums war zeitenweise umfangreicher als im Mittelalter. Die Idee der Universalökonomie war entstanden im Zusammenhang mit dem christlichen Wunschbild von einem Gott, einer Religion und einem Menschentyp. (Vgl. die Lehre des Thomas v. Aquino.) Erst mit dem ausgehenden Mittelalter tritt auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung die Vorstellung von einer allgemeinen Arbeitsteilung auf (Bodinus). Doch trug diese Idee nicht das

Bild der liberalistischen Weltwirtschaftslehre, sondern entsprang dem christlichen Wunsch nach einer gewissen Gleichheit der Menschen.

Im Merkantilismus ist von einer Universalökonomie nicht mehr die Rede, aber es handelt sich hier nur um eine zeitweilige Zurückdrängung dieser Gedanken, die der absolute Staat aus Zweckmäßigkeitsgründen machte.

Hier wollen wir kurz die Faktoren andeuten, die als Triebkräfte der internationalen Arbeitsteilung in Frage kommen:

1. Die **sachliche Gruppe.**
   a) derjenigen Güteraustausch, der sich aus der verschiedenartigen Gestaltung der Erde ergibt; wir haben verschiedene Klimazonen, verschieden geartete Menschen und verschiedene Bodenverhältnisse.
   b) Eng damit zusammenhängend die Tatsache, daß sich allmählich eine verschiedenartige Ausstattung mit Mitteln zur Wirtschaft ergeben hat: das sog. Kapitalgefälle. Besonders England, Holland, Deutschland, Belgien und Frankreich traten hier schon frühzeitig hervor. Dazu kamen noch die Schweiz und in geringerem Umfang Schweden. Durch den Weltkrieg aber wurden schlagartig die U.S.A. zur ersten Kapitalmacht. Die Investitionen, die diese Länder in Uebersee machten, waren meist sehr ergiebig und trugen stark zur Förderung ihres Handels bei.
2. Die **geistig-politische Gruppe.** Wenn der Wille. fehlt, nützen die sachlichen Faktoren, die zur Weltwirtschaft drängen, nichts.
3. Die **menschlichen Wanderungen.** Im 19. Jahrhundert und bis zum Weltkriege nahmen die Verschiebungen menschlicher Arbeitskräfte immer größere Ausmaße an. Die Wanderungen bewegten sich sowohl nach Uebersee, als auch innerhalb der Kontinente. Meist erscheinen diese wandernden Menschen auch als Kapitalträger. Schließlich ist zu beobachten, daß die Richtungen dieser Wanderungen ihre bestimmte Tendenz bekamen: die Auswanderung wird staatlich dirigiert. Deutlich ist dies bei der italienischen und japanischen Auswanderung zu spüren, teilweise auch bei der polnischen.

Nach dieser Andeutung einiger der wichtigsten Faktoren, die zu zwischenstaatlichem Güteraustausch drängen und deren nähere Untersuchung Gegenstand unseres ersten Hauptteils sein wird, wollen wir hier noch etwas über den Begriff der Weltwirtschaft sagen. Harms definiert die Weltwirtschaft als „den Inbegriff der durch hochentwickeltes Verkehrswesen ermöglichten und durch staatliche internationale Verträge sowohl geregelten als auch geförderten Beziehungen und deren Wechselwirkungen zwischen den Einzelwirtschaften der Erde“ [4]). Zutreffend erscheint uns an dieser Definition der Hinweis auf die Beziehungen zwischen den Einzelwirtschaften

der Erde. Dagegen ist das Kriterium der „durch staatliche internationale Verträge ... geförderten Beziehungen für die Erscheinung der Weltwirtschaft unserer Tage sehr problematisch geworden. Doch soll damit keine Kritik geübt werden, da ja der Gegenstand der Betrachtung, den Harms vor sich hatte, dieses Kriterium im allgemeinen erfüllte. Für uns ist dies lediglich wieder ein Beweis dafür, daß dieser Gegenstand eine weitgehende strukturelle Aenderung erfahren hat. Berücksichtigung findet diese Aenderung in der Formulierung von Schacht: „Die Weltwirtschaft ist keine organische Fortsetzung der nationalen Volkswirtschaften, sie steht aber andererseits auch durchaus nicht notwendigerweise im Gegensatz zu den nationalen Volkswirtschaften, sondern sie ist die gegenseitige Ergänzung und somit die Summe der wirtschaftlichen Beziehungen aller Nationalwirtschaften untereinander“ [5]).

Schmoller versteht unter Weltwirtschaft „die Summe der heute einander berührenden, in gegenseitige Abhängigkeit gekommenen Volkswirtschaften“ [6]). Hier scheint uns glücklich getroffen, der Hinweis auf die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften. Dies ist ein wesentlicher Punkt, denn eine Weltwirtschaft war noch lange nicht vorhanden, als der Welthandel schon einen erheblichen Umfang angenommen hatte. Aber die Güterarten, die damals Gegenstand des Welthandels bzw. des zwischenstaatlichen Güterverkehrs waren, beschränkten sich fast durchweg auf Luxus- und Genußgüter, sodaß ihr Austausch nicht lebensnotwendig war und deshalb auch keine Abhängigkeit hervorrufen konnte.

Wagemann versteht unter Weltwirtschaft „die aus der internationalen Arbeitsteilung sich ergebende Produktions- und Verbrauchsverbundenheit der Völker, die sich auf der örtlichen Verschiedenheit der Produktionsbedingungen, auf völkerrechtlichen Beziehungen, auf den großen Einrichtungen der Güter-, Personen- und Nachrichtenbeförderung aufbaut. Das Zusammenwirken der in den einzelnen Volkswirtschaften und innerhalb dieser in den mannigfaltigsten Organisationen zusammengefaßten Wirtschaftssubjekte ist die Weltwirtschaft im engeren Sinn des Wortes [7]).

Gegen den Harm'schen Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre hat sich mehrfache Kritik erhoben. Schon vor der Veröffentlichung seines Buches warf Bonn die Frage auf nach dem Vorhandensein einer Weltwirtschaft als „selbständiger Erscheinung, die Gegenstand einer besonderen Wissenschaft bilden könnte“ [8]). „Man kann so gewisse Reihen von Tatsachen herausgreifen und als weltwirtschaftliche bezeichnen. Man darf sich aber nicht einbilden, daß diese Tatsachen etwa von den gewöhnlichen volkswirtschaftlichen Tatsachen grundsätzlich verschieden seien und losgelöst von ihnen eine selbständige Existenz hätten“ [9]).

Seine Thesen gipfeln in folgenden Feststellungen:

„1. Es gibt kein selbständiges Wissenschaftsobjekt, das Weltwirtschaft genannt werden könnte, es gibt nur eine große Menge von Beziehungen zwischen einzelnen Volkswirtschaften, die man als Weltwirtschaft bezeichnen kann.

2. Diese Beziehungen kann man aus Zweckmäßigkeitsgründen zusammenfassend untersuchen. Es geschieht dies ausschließlich mit den Methoden der Volkswirtschaftslehre. Es handelt sich bei diesen Untersuchungen immer um volkswirtschaftliche Tatsachen, um Vorgänge und Erscheinungen, die von andern volkswirtschaftlichen Erscheinungen weder wesensverschieden, noch lostrennbar sind, die man vom Standpunkt internationaler Beziehungen auch als weltwirtschaftlich besonders behandeln mag, die aber in keiner Weise Gegenstand einer selbständigen Wissenschaft sein können. Es handelt sich um ein Teilgebiet, nicht um eine neue Disziplin. Es bleibt also von der Harmsschen Begründung einer neuen Wissenschaft nichts übrig“ [10]).

Nach dem Erscheinen der „Volkswirtschaft und Weltwirtschaft“ [11]) von Harms hat dann Bonn seine Angriffe gegen den Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre noch verschärft in einem neuen Aufsatz: das Wesen der Weltwirtschaft [12]), der aber im übrigen keine neuen Gesichtspunkte mehr brachte.

Eine Theorie des internationalen Handels wurde schon von den Klassikern, insbesondere von Ricardo und J. St. Mill herausgebildet. Ricardo war es als Erstem gelungen, „diesen logisch selbständig auftretenden Begriffszusammenhang in das theoretische System der Wirtschaftswissenschaften einzubauen“ [13]). Hier ansetzend wurde eine Diskussion wieder aufgerollt durch einen Aufsatz von Böhler [14]), worin insbesondere die dogmenkritischen Voraussetzungen der Darlegungen von Harms bemängelt wurden. Böhler stellt in Abrede, daß die klassische Theorie des internationalen Handels als Universalökonomie aufzufassen sei. Die Klassiker hätten vielmehr „angewandte Theorie getrieben, d. h. gezeigt, wie sich die Gesetzmäßigkeiten der reinen Theorie verändern, wie sie modifiziert werden, wenn sie sich in einer bestimmten historischen Verumständung auswirken sollen, nämlich im Verkehr zwischen völkisch zusammengehörigen Wirtschaftssubjekten auf der einen und im Verkehr zwischen völkisch nicht zusammengehörigen Wirtschaftssubjekten auf der anderen Seite“ [15]).

„Die Klassiker haben den Begriff der Weltwirtschaft im heutigen Wortsinne entwickelt und begründet. Ja man könnte mit einer gewissen Berechtigung die Meinung vertreten, daß der Begriff der Weltwirtschaft vor dem der Volkswirtschaft vorhanden war, wenn es sich nicht um korrelate Begriffe handelte“ [16]).

Böhler hat allerdings nicht bewiesen, daß die Klassiker mit ihrer „Theory of Foreign Trade“ (Ricardo) — bzw. um mit J. St. Mill zu sprechen, mit

ihrer „Theory of International Values" — ein selbständiges Gebilde dargestellt hätten, das außerhalb oder über den einzelnen Volkswirtschaften steht. Auch wenn Ricardo sagt: „The same rule which regulates the relative value of commodities in one country, does not regulate the relative value of the commodities exchanged between two or more countries" [17]), so ist doch damit nur gesagt, daß das Preisgesetz sich im weltwirtschaftlichen Verkehr anders auswirkt als im volkswirtschaftlichen. Daß die Waren sich im zwischenstaatlichen Verkehr im Verhältnis ihrer relativen Kosten, im innerstaatlichen Verkehr aber im Verhältnis ihrer absoluten Kosten austauschen, besagt noch nicht, daß der zwischenstaatliche Güteraustausch im Ricardianischen System einen selbständigen Organismus mit durchweg anderen Gesetzmäßigkeiten darstellt.

Kotschnig [18]), ein Schüler von Harms, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es schon deshalb unmöglich sei, zu beweisen, daß die Klassiker die Heteronomie von Volkswirtschaft und Weltwirtschaft erkannt hätten, „weil zu den Zeiten der Klassiker ein solches wirtschaftliches Beziehungsgebilde neben den Volkswirtschaften noch nicht bestand, weshalb wir es bei der klassischen Weltwirtschaftstheorie eben tatsächlich im besten Fall, wie bei Ricardo, nur mit einer Theorie des internationalen Handels zu tun haben, einer Theorie, die sich, auf die Grundeinstellung der Klassik bezogen, als eine Theorie der Universalökonomie entupppt" [19]). Wir können mit Jessen abschließend dazu bemerken, „daß die Erörterung der Unterschiede des nationalen und internationalen Verkehrs nur eine Erörterung innerhalb des Rahmens universalökonomischer Gedankengänge war" [20]).

Ehe wir dieses Kapitel beschließen, wollen wir noch ein wichtiges Kriterium erwähnen, das jeder irgendwie gearteten Weltwirtschaft eigen sein wird, und das in seiner Beschaffenheit zugleich maßgebend für Umfang und Intensität des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs ist: die r e c h t l i c h e Grundlage. Harms bemerkt hierzu treffend, daß „von Weltwirtschaft erst dann geredet werden kann, wenn der internationale Wirtschaftsverkehr sich überwiegend unter einem aus internationaler Rechtsquelle stammenden Recht vollzieht: dem Weltwirtschaftsrecht. Solange der internationale Wirtschaftsverkehr sich vornehmlich unter äußerem Volkswirtschaftsrecht vollzieht, ist auf ihn die Bezeichnung Weltwirtschaft nicht anwendbar" [21]).

II. Kurzer Abriß des historischen Entwicklung des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs bis zum Beginn des Hochkapitalismus.

Den Güteraustausch zwischen verschiedenen Völkern finden wir in der Geschichte schon lange vor der Gründung von Staaten. Die Staatenbildung erfordert immer starke politische Antriebsmomente zur Ueberwindung der ihr entgegenstehenden hemmenden Kräfte. Letztere sind vielfach so stark,

daß Jahrhundert vergehen können, bis ein solcher Zusammenschluß erfolgt ist. Beispiele, die uns die Größe dieser Widerstände und die zu ihrer Ueberwindung erforderlichen Kräfte zeigen, sehen wir in der modernen Geschichte besonders deutlich bei Deutschland und Italien (Bismarck und Camillo Cavour).

Demgegenüber können wir beobachten, daß ein wirtschaftlicher Tauschverkehr im angedeuteten Sinn sehr viel früher und — bedingt durch die natürliche Verschiedenheit der Territorien — ohne nennenswerte Hindernisse zustande kam. „Die gesellschaftliche Wirtschaft ist ohne den Staat groß geworden, und wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung, so hat auch der Güterverkehr als rein sozialwirtschaftliche Erscheinung an den Grenzen des Staates nicht haltgemacht“ [22]). Die Austauschbeziehungen wurden immer intensiver, je mehr die Zivilisation die Bedürfnisse der Menschen vermehrte und verfeinerte. Mit Ausnahme der Zeit des Merkantilismus wurden die über die Staatsgrenzen hinweg stattfindenden Beziehungen zwischen den Einzelwirtschaften wenig beachtet. Und als die Staaten sich dann auch um diese Erscheinungen kümmerten, geschah dies nicht primär zum Zweck der Förderung dieser Austauschbeziehungen, sondern zunächst aus fiskalischen Gründen, d. h. um sich aus diesen Bewegungsvorgängen steuerliche Einnahmequellen zu verschaffen. Der absolute Staat und dessen wirtschaftliche Ausdrucksform: der Merkantilismus, griff dann in dieses Geschehen überwiegend hemmend ein, da er keine internationale Arbeitsteilung wollte, sondern infolge der Ueberschätzung des Wertes der Edelmetalle nur auf möglichst große Ausfuhr von Fertigwaren und Einfuhr von Rohstoffen in Verbindung mit der Gründung vieler Industrien bedacht war [23]). Die bewußte Organisierung der Nationalwirtschaften, die der Merkantilismus in den damaligen Agrarstaaten mit dieser Gründung von Industrien vornahm, ist dieser Wirtschaftsform als Verdienst anzurechnen [24]).

Von einem zwischenstaatlichen Handelsverkehr können wir naturgemäß erst von dem Zeitpunkt ab sprechen, als es tatsächlich zu Staatengründungen [25]) kam. Europa steht hier im Zentrum unserer Betrachtungen, da die Völker des europäischen Kulturkreises den intensivsten — wenn auch nicht den ersten [26]) — Warenaustausch entwickelten. In Europa kam es nun zu solchen Staatengründungen ungefähr mit dem Beginn der Neuzeit, die durch die Entdeckungen eingeleitet wird: also um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts. Die Niederlande, Portugal, Spanien, England, Frankreich und Schweden entstanden um diese Zeit als solche Staatengründungen. Namen wie Lissabon, Antwerpen, Amsterdam und London zeigen uns die Schwergewichtsverlagerungen, die der wachsende Welthandel allmählich erfuhr, nachdem der Atlantische Ozean das Mittelmeer als Hauptverkehrsgebiet abgelöst hatte. Portugal hatte das Handelsmonopol der Genuesen und Venezianer an sich gerissen und zugleich im Indischen Ozean

die Araber verdrängt und auch ihnen ihre bisher innegehabte Handelsvorherrschaft im Orient genommen. Von Lissabon verschob sich dann das Schwergewicht des Handels im Beginn des Zeitalters der Kolonialwirtschaft nach den Niederlanden, welche den Spaniern und Portugiesen [27]) große Teile ihres überseeischen Besitzes entrissen. Der Niedergang Antwerpens infolge der kriegerischen Maßnahmen Spaniens brachte den Aufschwung Amsterdams, das dank des siegreichen Kampfes der sieben nördlichen Provinzen gegen Spanien auch die politischen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Expansion bekam. Die Rivalität zwischen den Niederlanden und England wurde dann zu Gunsten der Engländer entschieden, nachdem durch Oliver Cromwell zum ersten Mal in der Geschichte das Mittel des Handelskrieges angewandt wurde (Navigationsakte).

Die handelspolitische Tätigkeit der um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts entstehenden Staaten war vor allem kolonialwirtschaftlich orientiert. In dieser Zeit legte England den Grundstock zu seiner heutigen Kolonialmacht. Trotz vieler anfänglicher Mißerfolge, welche die englischen Kolonialpioniere erlitten, setzten sie sich doch durch und als eines der ersten Zeichen ihres Erfolges, den ihre Unternehmungslust schließlich erreichte, können wir die im Jahre 1600 erfolgte Gründung und das Wirken der britisch-ostindischen Kompanie ansehen.

III. Die Epoche des Hochkapitalismus und der beginnenden weltwirtschaftlichen Verflechtung.

Das Zeitalter der Kolonialwirtschaft findet mit der Beendigung des Frühkapitalismus ebenfalls seinen Abschluß. Die Ursachen für den teilweisen Zusammenbruch des Kolonialsystems liegen in den damals erfolgreich durchbrechenden Unabhängigkeitsbestrebungen eines Teils der Kolonien. 1783 errangen die nordamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit vom englischen Mutterland. Für England war dies ein schwerer Schlag, aber es hat daraus viel gelernt. Auch Frankreich büßte in den Revolutionskriegen viel ein, zugunsten von England. Ebenso verloren die Niederlande einen Teil ihres Besitzes. Die größten Umwälzungen aber vollzogen sich in Südamerika. Spanien verlor in den Freiheitskämpfen der südamerikanischen Völker von 1817—1824 seinen gesamten dortigen Besitz. Und gleichzeitig gelang es Brasilien, sich von Portugal freizumachen. Diese Vorgänge sind für die kommende Intensivierung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs von grundlegender Bedeutung. Die nun selbständigen Staaten entwickelten einen mehr und mehr sich steigernden Handel auch mit den anderen Staaten, während sie zuvor als Kolonien in ihrem Verkehr im wesentlichen auf das Mutterland beschränkt blieben. Die bewegenden Kräfte der zwischenstaatlichen Handelsbewegung erfuhren aus diesen Tatsachen heraus ungeahnte Antriebskräfte.

Die jetzt beginnende Periode steht unter dem Zeichen der Handelsvorherrschaft Englands, deren Grundlagen auf der See-, Kolonial- und Industrievormacht Englands fußen. Der Welthandel dringt nunmehr in neue, bisher unerschlossene Gebiete vor. Wesentlich bedingt war dieses Vordringen durch die große Auswandererbewegung, welche stark erleichtert wurde durch die Umwälzungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens [28]) (Dampfschiff, Eisenbahn). Durch die Mengen der Auswanderer wurden in den bisher nicht oder nur wenig besiedelten Teilen der Erde neue Produktions- und Absatzgebiete geschaffen.

Währungstechnisch betrachtet, zeigt sich die wirtschaftliche Macht Englands darin, daß es ihm schon 1821 gelungen war, die während der napoleonischen Kriege durch die Papierwährung abgelöste Goldwährung wiederherzustellen.

Theoriegeschichtlich fällt in diese Zeit das Wirken der teilweise auf den Physiokraten fußenden Klassiker Adam Smith, Ricardo und ihrer Nachfolger, welche die merkantilistischen Lehren zu widerlegen begannen.

Die englische Industrie nahm einen raschen Aufschwung, der durch die erhöhten Absatzmöglichkeiten und die geringe Konkurrenz noch begünstigt wurde [29]). Schwer- und Textilindustrie begannen sich rasch zu entwickeln, die Handelspolitik Englands konnte sich darum auch leicht vom Hochschutzzoll zum Freihandel wenden. Dies umso mehr, als die wachsende Bevölkerung und die Verringerung der landwirtschaftlichen Anbauflächen in immer größerem Umfang Getreideeinfuhr notwendig machten. Außerdem erwarteten die Engländer, daß die Agrarstaaten des europäischen Kontinents durch die Verringerung der englischen Getreidezölle auf eine Industrialisierung verzichten und sich mehr ihrer Agrarproduktion zuwenden würden. Eingeleitet wurde dieser neue handelspolitische Kurs Englands schon 1822 mit den Reformen Cannings, seine Fortführung und seinen Höhepunkt erreichte er 1846 durch die Peel'schen Maßnahmen (Einfluß von Cobden) die dann durch die Tarifreformen Gladstones ihren Abschluß fanden (1851, 1860).

Die Wirtschaftskrisen [30]) der damaligen Zeit zeigen zum ersten Mal ihren typischen kapitalistischen Charakter. Anfangs allerdings waren sie noch relativ harmlos und verschwanden sehr rasch wieder. Dies gilt insbesondere von den Krisen der Jahre 1836, 1839, 1847, 1857 und 1866. Als erste größere Welthandelskrise kann man die Krise des Jahres 1857 ansehen. Besonders für Deutschland gilt dies, da die vorhergehenden Krisen für Deutschland infolge seiner geringen weltwirtschaftlichen Verflechtung wenig Schaden brachten. Eine größere Verflechtung in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erlebte Deutschland erst in den 50er Jahren. 1852 nahm es an dem großen Aufschwung teil, der besonders durch die Goldfunde in Australien und Amerika ausgelöst, bzw. verstärkt wurde. Wie früher England, Frankreich und Belgien, so wurden jetzt

Deutschland und die U.S.A. in den Hochkapitalismus hineingeführt. So waren auch die U.S.A. das Land, in dem die Krise von 1857 zuerst und völlig überraschend auftrat. Von dort griff sie über auf England, Skandinavien und traf in Deutschland besonders die Stadt Hamburg sehr schwer.

Die Krise von 1857 und der zu Beginn der 60er Jahre einsetzende neue Aufschwung sind ein drastisches Beispiel für die Einwirkung — hemmender oder fördernder Art — der Konjunktur auf das Ausmaß des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs. Auf den Umfang dieser konjunkturellen Beeinflussung werden wir unten noch zu sprechen kommen.

Der Aufschwung der 60er Jahre kam zustande durch die Einbeziehung neu erschlossener Ueberseegebiete in die Weltwirtschaft. Vor allem haben wir einen verstärkten Baumwollanbau in Ostindien, Brasilien und Aegypten festzustellen, der die Kaufkraft dieser Länder erheblich stärkte. Der Aufschwung der 60er Jahre artete dann in große Börsenmanöver aus, die 1873 in New York, Berlin und Wien Börsenkatastrophen auslösten. Die Ereignisse des Krisenjahres 1873 veranlaßten dann in Deutschland eine Wiederaufnahme der Schutzzollpolitik. Ein weiterer und wohl der Hauptgrund für diese Maßnahme war die Tatsache, daß in der Zeit von 1871—1880 in Deutschland erstmalig Getreide eingeführt wurde, während in den 60er Jahren noch beträchtliche Mengen von Getreide ausgeführt wurden. Die 70er Jahre sind die Zeit, wo die große amerikanische Getreideausfuhr sich auszubreiten begann. Riesige Weizenmengen kamen nach Europa. Diese Welle der amerikanischen Getreideeinfuhr traf Deutschland Mitte der 70er Jahre. Dazu kamen noch verstärkte Mengen aus Rußland und Ungarn, welche in dem damaligen Freihandelssystem die deutschen Getreidepreise ganz gewaltig drückten. Unter diesen Umständen ging Deutschland 1879 zum Schutzzollsystem über, was auch im Interesse der deutschen Industrie lag.

In diesen Jahren verlor England einen Teil seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung; Deutschland und die U.S.A. traten erstmalig als erfolgreiche Mitkonkurrenten auf. England hatte seine überragende Stellung hartnäckig verteidigt und in den Jahren 1860—1870 nochmal einen Höhepunkt seiner Vormachtstellung erreicht, aber 1890 verlor es den ersten Platz in der Eisenerzproduktion und 1894 auch in der Kohlenerzeugung. Einen letzten Versuch, England über seine gefährlichen Nebenbuhler zu erheben, machte Josef Chamberlain mit seiner Empire-Politik, die aber mißlang. Und so ist die Zeit von 1895—1914 dadurch gekennzeichnet, daß England, Deutschland und die U.S.A. ein Triumphirat in der Beherrschung des Weltmarktes errichteten.

1. Teil.

Die ökonomischen Triebkräfte zum weltwirtschaftlichen Zusammenhang.

Allgemeines.

Die zwischenstaatliche Handelsbewegung ist außer ihren objektiven Grundlagen [31]), die im folgenden aufgezeigt werden sollen, auch noch weitgehend bedingt und stark beeinflußt durch die Form der Weltwirtschaft, bzw. wo eine solche feste Form fehlt, durch die außenhandelsrechtlichen Formen, welche den zwischenstaatlichen Handelsverkehr einer bestimmten Epoche charakterisieren. Diese außenhandelsrechtliche Ordnung, welche unten eine nähere Kennzeichnung erfahren wird, ist das Produkt der jeweiligen geistigen und politischen Haltung einer bestimmten Zeit. Sie ist viel größeren Schwankungen unterworfen, als die in diesem Teil zu betrachtenden ökonomischen Grundlagen der zwischenstaatlichen Handelsbewegung. Trotzdem übt sie auf Form und Umfang des zwischenstaatlichen Warenaustausches einen großen Einfluß aus und darf deshalb nicht unberücksichtigt bleiben. Während die ökonomischen Triebkräfte die Neigung haben, die zwischenstaatliche Handelsbewegung mit wachsender Erschließung der Erde und sich vermehrender Bevölkerungszahl entsprechend gleichmäßig und proportional auszuweiten, d. h. eine gewisse Gleichgewichtstendenz haben, neigen die politischen Faktoren dazu, unabhängig von ökonomischer ratio, eigene Bahnen einzuschlagen, die von einer ganz andersgearteten Gesetzmäßigkeit beherrscht sind, sofern man bei dem Zusammen- und Gegeneinanderwirken dieser verschiedenen Komponenten überhaupt von einer „Gesetzmäßigkeit" sprechen darf. Die politischen Momente gestalten daher die zwischenstaatliche Handelsbewegung in durchaus labiler Weise.

Ganz allgemein gesprochen, kann man sagen, daß die Gestaltung des internationalen Handels nicht nur wirtschaftlich und politisch bedingt ist, sondern es spielen auch noch geographische, verkehrstechnische, kulturelle, psychologische und sogar physiologische Gesichtspunkte mit. Die Kenntnis der Länder der Erde und ihrer Erzeugnisse ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Handel mit (Neu)ländern in Gange gesetzt und behauptet werden kann. Zwischen der verkehrstechnischen Situation und den allgemein-ökonomischen Momenten besteht eine enge Verbundenheit: einmal drängt die bessere Entwicklung des Verkehrs zu einer Intensivierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, während andererseits wieder das Bedürfnis nach umfangreicherem Warenaustausch vielfach dazu beiträgt und beitrug, die technischen und verkehrstechnischen Zustände zu verbessern. Der kulturelle und zivilisatorische Fortschritt erzeugt vielfache Bedürfnisse nach fremder Ergänzung, welche aber nur befriedigt werden können, wenn dafür wiederum eigene Leistungen angeboten werden können, was zu neuen

Anstrengungen führt.

Eine weitere Möglichkeit für die Einteilung der ursächlichen Momente des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs bestünde darin, nach fördernden und hemmenden Faktoren einzuteilen. Diese Einteilung wäre vielleicht exakter, aber nicht so übersichtlich und würde auch nicht die Möglichkeit bieten, die großen Linien dieser Zusammenhänge besonders hervorzuheben. Wir beschränken uns in unserer Einteilung deshalb darauf, nach wirtschaftlichen und politischen Bedingtheiten zu trennen und die übrigen Momente bei den jeweiligen Einzelpunkten zu berücksichtigen.

Ehe wir die wirtschaftlichen Triebkräfte im Binzelnen untersuchen, muß noch eines erwähnt werden. Trotz der individualistischen Wurzel der Weltwirtschaft und trotz der Tatsache, daß jeweils immer nur die einzelnen Betriebe mit ihren besonderen Produktions- und Absatzbedingungen miteinander in Wettbewerb treten und nicht die Produktionszweige eines Landes mit den entsprechenden der übrigen Länder, ist es nötig, daß wir immer die verschiedenen Länder einander gegenüberstellen, da wir die einzelnen Völker als eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft betrachten. Diese Abstraktion ist sicher ebenso berechtigt, wie man z. B. in der nationalökonomischen Theorie von einem Weltmarktpreis spricht, der in der Praxis nirgends besteht. Heute erscheint es uns als eine Selbstverständlichkeit, daß man die einzelnen Völker als wirtschaftliche Interessengemeinschaften ansieht [32]). Doch war dies nicht immer so, und die ersten Ansätze zu einer solchen Betrachtungsweise fallen erst in die Zeit des beginnenden Merkantilismus. Friedrich List propagierte noch ziemlich erfolglos eine universalere Beeinflussung des Einzelnen. Und der Hintergrund dieser Forderung Lists ist zweifellos kein kosmopolitischer, sondern ein völkischer. In neuester Zeit aber haben die politischen Ereignisse immer mehr dazu beigetragen, dem Einzelnen die Unlöslichkeit seines persönlichen Geschickes von dem seines Volkes deutlich zu machen.

A. Die objektiven (statischen) Grundlagen.

Ihre Wirksamkeit ist in gewissen Grenzen unabhängig von der jeweiligen außenhandelsrechtlichen Form des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs. Sie haben dieselbe Geltung im mittelalterlichen Handelsverkehr wie in der Weltwirtschaft der Jahrzehnte vor dem Krieg, die sich durch weitgehende internationale Arbeitsteilung auszeichnete.

I. Die natürlichen Verschiedenheiten der Länder.

Die klimatische und geognostische Verschiedenheit der Länder bewirkt eine natürliche Arbeitsteilung, die schon bei einer auch nur gering entwickelten Zivilisationsstufe wirksam wird. Aus dieser natürlichen Verschiedenheit resultiert auch eine ursprüngliche Differenziertheit der Preise in den einzelnen Ländern. Die Länder mit günstigeren Rohstoffvorkommen

könnten normalerweise auch die daraus hergestellten Fertigwaren billiger verkaufen. Deshalb werden die Länder, die von Natur aus weniger Rohstoffvorkommen aufzuweisen haben, nun ihre Bewohner dazu veranlassen, diesen Vorsprung anderer Länder wieder einzuholen. Und in vielen Produktionszweigen ist dies möglich. Eine der wenigen absoluten Ausnahmen bildet die Schwerindustrie, die darauf angewiesen ist, Kohle und Erze in nicht allzu großer Entfernung zu besitzen. Deshalb haben sich die ersten schwerindustriellen Produktionsbetriebe auch da entwickelt, wo diese Bedingung am besten gegeben war. Im Gegensatz zu diesen materialorientierten aber geben die arbeitsorientierten Produktionen den von der Natur etwas stiefmütterlich bedachten Ländern die Möglichkeit, durch Einschlagen vieler Produktionsumwege und damit Export ihrer reichlich vorhandenen Arbeitskraft den erwähnten Vorsprung der anderen, von der Natur besser bedachten Länder aufzuholen und die Leistungen aufzubringen, die zur Beschaffung der Rohstoffe aus anderen Ländern und zur Versorgung der eigenen Bevölkerung erforderlich sind.

Soweit auf Seiten der mit Naturschätzen minder gut ausgerüsteten Länder die Fähigkeit besteht, den Vorteil der anderen Länder aufzuholen, wird es dann auch dazu kommen, daß erstere in kultureller und machtpolitischer Hinsicht sich dem Niveau der besser gestellten Länder angleichen können. Ist diese Fähigkeit aber nicht vorhanden, so kommen diese Völker zwangsläufig in ein mehr dienendes Verhältnis zu den anderen und können ihr Lebens- und Kulturniveau nicht so günstig gestalten. Soweit aber die erwähnte internationale Arbeitsteilung zustande kommt, besteht auch die Tendenz (hervorgerufen durch die Weltmarktkonkurrenz), die Güterpreise in den verschiedenen Ländern einander anzunähern; vollständig angeglichen werden sie aber nie werden.

Die internationale Arbeitsteilung ist, wie wir gesehen haben, zunächst das Ergebnis der natürlichen Verschiedenheit der Länder. Agrarprodukte und Bodenschätze aller Art treten in Austausch mit den Fabrikaten und Halbfabrikaten von Staaten mit anderer Wirtschaftsstruktur. Und doch beschränkt sich schon anfangs der Handelsverkehr nicht nur auf den Austausch zwischen Agrar- und Industriestaaten, sondern es treten bald auch Agrarstaaten mit Agrarstaaten und insbesondere Industriestaaten mit Industriestaaten in Handelsbeziehungen. Je enger diese internationale Arbeitsteilung wird, umso intensiver gestaltet sich der zwischenstaatliche Handel. Wenn keine politischen Störungen diese Entwicklung unterbinden oder hemmen, dann kann es mit voller weltwirtschaftlicher Entwicklung schließlich zur annähernden Verwirklichung des Zustandes kommen, der sich aus der Ricardianischen Theorie der komparativen Kosten ergibt. Doch wollen wir diese Betrachtung unten weiterführen, da an dieser Stelle nur die objektiven Grundlagen zu betrachten sind, die in jeder außenhandelsrechtlichen Ordnung wirksam werden. Die aus der Theorie der komparativen Kosten sich

ergebende Schlußfolgerung der engsten internationalen Arbeitsteilung aber setzt das Nichtvorhandensein jeglicher Störung dieses Zustandes von Seiten der Politik voraus.

Eine wesentliche Voraussetzung für den internationalen Güteraustausch ist die Ueberwindung der Transportkosten. Daraus erklärt sich die enge Beziehung zwischen Verkehrsentwicklung und internationalem Handel. Ob es sich um Produktions- oder Verbrauchsgüter handelt, immer muß das Gut in dem importierenden Land mindestens um den Betrag der Transportkosten teuerer sein, als es von den exportierenden Ländern angeboten wird. Dies ist aber noch nicht ausreichend, denn es wird dabei übersehen, daß bei unwesentlicher Kostendifferenz das importierende Land diese Differenz durch Zölle ausgleichen wird, die solange erhoben werden, bis die Eigenproduktion dieses Landes mit den fremden Gütern der betreffenden Art in Wettbewerb treten kann, wenigstens am heimischen Markt. Voraussetzung ist natürlich, daß die Möglichkeit besteht, die Eigenerzeugung eines Landes soweit zu erziehen, daß der gewünschte Zustand eintritt. Die Klassiker hatten diese Möglichkeit stark unterschätzt und erst Friedrich List wies mit seiner Theorie der produktiven Kräfte nach, daß die Produktionsverhältnisse nicht so völlig starr sind, sondern daß durch Weckung der Produktivkräfte eines Volkes eine weitgehende preismäßige Verbesserung der Produktionsverhältnisse dieses Landes möglich ist.

Den fehlenden Erzeugnissen eines Landes steht fast immer ein vielfaches Angebot anderer Länder gegenüber. Nur in wenigen und nicht sehr wichtigen Rohstoffen hat manchmal ein einziges Land eine Monopolstellung, so z. B. Deutschland vor dem Weltkrieg in Kali. Der Einfachheit halber stellt man dieses Austauschverhältnis nun so dar, daß der Nachfrage [33]) eines Landes ein einzelnes Angebot gegenübersteht in Form des sog. Weltmarktes. Dieser gedachte Weltmarkt aber besteht in Wirklichkeit aus einer Vielzahl von Angeboten und Nachfragen, die nun einen einheitlichen Preis, den sog. Weltmarktpreis auslösen. In der Ricardianischen Wirtschaft, wo von den politischen Komponenten, also den Handelsverträgen usw. weitgehend abgesehen wird, kann man von einem Weltmarktpreis sprechen. Aber in unserer heutigen Weltwirtschaft, wo nun auch der letzte Rest des alten Systems, die Meistbegünstigung, vielfach durchlöchert wurde, wird der Konkurrenzkampf vielfach vom preismäßigen nach dem mengenmäßigen verschoben. Im übrigen kann hier auf die Preisbildung nicht weiter eingegangen werden. Eine gute Darstellung der Preisbildung bei internationalem Handel gibt Cassel [34]) in seiner theoretischen Sozialökonomie. Vieles von dem, was Cassel für die liberalistische Weltwirtschaft als zutreffend geschrieben hat, ist allerdings für unsere heutige Weltwirtschaft verändert. Im Zeitalter der Kontingente, Clearingverträge, des Hochschutzzolls und des Gegenseitigkeitsprinzips ist die Preisbildung im internationalen Handel oft

nicht mehr das Ergebnis nur marktwirtschaftlicher Zusammenhänge, sondern vielfach handelspolitischer Abmachungen.

Die klimatische Verschiedenheit der Länder und die Verschiedenheit der Bodenflächen bringt es mit sich, daß die Erzeugung der verschiedenen Agrarprodukte, sowie die Standorte der Industrien ihre ganz bestimmten Gebiete inne haben, und daß sie damit gegenüber den übrigen Produktionsterritorien ihre natürlichen Vorteile ausnützen. In der Ausnützung dieser günstigen Erzeugungsbedingungen und des Bedürfnisses anderer Länder nach diesen Produkten kommt es dann zu immer größerer Ausdehnung dieser Produktionen. Als von der Mitte des 19. Jahrhunderts an die elektrotechnische Industrie ihre große Ausdehnung erfuhr, nützten die Länder mit großem Kupfervorkommen ihre geognostische Vorzugsstellung entsprechend aus und Nordamerika und Südafrika erzeugten gewaltige Mengen von Kupfer. 1870 betrug die gesamte Kupfererzeugung der Welt noch weniger als 100 000 t, während 40 Jahre später allein die Vereinigten Staaten über eine halbe Million t produzierten und die Weltproduktion betrug vor dem Weltkrieg mehr als 1 Million t. Aehnlich war es in der Eisen- und Kohlenerzeugung. Eisen und Kohle, insbesondere die letztere, waren aber nur zu einem geringen Teil am Welthandel beteiligt, da sie hauptsächlich in ihren Erzeugungsländern verarbeitet wurden (also in U.S.A., Deutschland, England, Frankreich und Belgien). Als Roheisenexportländer kommen vor allem Schweden, Spanien, Marokko und der Kaukasus in Betracht. Ein weiteres wichtiges Rohstoffexportgut bildet die Baumwolle, deren Erzeugung in den drei wichtigsten Ländern, U.S.A., Vorder-Indien und Aegypten ebenfalls stark gehoben wurde. Heute verarbeiten die U.S.A. einen großen Teil ihrer Rohbaumwollerzeugung selbst, ebenso Indien, während China seine Baumwollproduktion schon früher für seinen eigenen Bedarf benötigte. Demgegenüber hat die Schafwollproduktion nur eine ganz geringe Vermehrung erfahren. Australien, Argentinien und Südafrika sind hierin die Hauptexportländer, während der russische Wollexport mehr zurückgetreten ist. In Kautschuk sind die wichtigsten Erzeugungsländer Brasilien, Teile von Afrika, Britisch-Malaya. Davon kommen etwa 80% an die U.S.A., England und Deutschland. Aehnliche Produktions- und Exportsteigerungen wie bei den genannten Gütern haben der Weizen, Kaffee, Kakao, Tee, Zucker und Tabak aufzuweisen. Auch die Erzeugung von Gold und Silber wurde ausgedehnt, obgleich hier mit den teueren Produktionskosten relativ enge Grenzen gesetzt sind, trotz der Erschließung neuer Goldadern in Südafrika und Nordamerika.

Die Rohstofferzeugung der Welt ist überall noch sehr ausdehnungsfähig. Die Exportmöglichkeiten aus den Ländern mit Rohstoffüberschüssen sind sehr viel größer als der Bedarf der Welt nach diesen Rohstoffen. Deshalb kommen nur aus den produktionsmäßig und transporttechnisch günstigst gelegenen Gebieten solche Rohstoffe zum Export. Z. B. kam in Ruß-

land vor dem Krieg der Weizenexport nur aus den Gebieten in Frage, die bis zu 30 km von einer Eisenbahn entfern, oder in entsprechend günstiger Nähe einer Wasserstraße lagen. In größerer Nähe von industriellen Mittelpunkten ist die agrarische Produktion deshalb meist rentabler. Das Thünen'sche Schema findet dafür eine sinnvolle Anwendung: mit zunehmender Entfernung von der Thümen'schen Stadt — dem Industriezentrum — nimmt die Intensität der Bodenbewirtschaftung ab. Wenn wir die Industriezentren von Westeuropa, dem östlichen Teil der U.S.A. und der Insel Hondo mit den Industriemittelpunkten Tokio, Yokohama, Osaka, Kioto als solche Mittelpunkte des Thünen'schen Kreises ansehen, so sehen wir deutlich die darum gelegenen Agrargebiete, die in den inneren Kreisen noch sehr intensiv, dann immer extensiver wirtschaften. Dänemark und die Niederlande bilden für das westeuropäische Industriezentrum den innersten Kreis, dann kommen die Weizen- und Reisgebiete, die Viehzuchtgebiete: West-U.S.A. und Ostaustralien (für Japan die Gebiete des Küstenfischfangs) und schließlich die Holzwirtschaftsgebiete Kanadas, Nord- und Osteuropas, Sibiriens und der Mandschurei.

Noch interessanter sind die industriellen Standorte, von dem Gesichtspunkt ihrer Absatzlage aus betrachtet. Wir haben schon erwähnt, daß sich die Schwerindustrie an den Punkten relativ günstiger Vereinigung von Kohle und Erz festgesetzt hat, also im Ruhrgebiet, in Nordfrankreich, Belgien, in den englischen Midlands und in der Gegend von Pittsburg. Diese Industriezentren haben alle noch den Vorteil, daß die Gebiete, in die sie ihre schwerindustriellen Produkte absetzen, nicht sehr weit entfernt sind.

Analog der überragenden Weltmarktposition einzelner Agrarstaaten haben wir Industriestaaten, die Industrien von Weltgeltung entwickelt haben. Dies gilt von der chemischen, elektrotechnischen und optischen Industrie Deutschlands, der Automobilindustrie in den U.S.A. und der Textil- und Maschinenindustrie in England. Die Ursachen für die große weltwirtschaftliche Bedeutung dieser Industrien sind sehr verschiedener Art. Für Deutschland sind wohl in erster Linie die Erfinder- und Unternehmergenies eines Siemens, eines Zeiß, eines Krupp und Mewissen und seiner großen Chemiker dafür verantwortlich. In U.S.A. haben die Industriepioniere, Männer vom Schlag eines Henry Ford in Verbindung mit den dazugehörigen technischen Voraussetzungen, den günstigen Rohstoffverkommen und den rücksichtslosen Rationalisierungen ihre großen Erfolge gehabt. England hat als zeitlich erstes Industrieland der Erde und als Heimatland eines James Watt u. a. seinen Vorsprung auf dem Gebiet der Textilindustrie immer zu wahren gewußt.

Diesen Vorsprung konnten die übrigen Industriestaaten nicht einholen, noch weniger die industrialisierten Agrarstaaten. Teils gestattet das gleichmäßige Zunutzemachen des technischen Fortschritts kein völliges Einholen,

sondern nur ein gewisses Nachgehen mit Wahrung eines bestimmten Abstandes, teils fehlen den übrigen Völkern die Fähigkeiten dazu oder das Kapital. Auch in unserem Zeitalter der Nationalisierung aller Volkswirtschaften ist es immer nur möglich, das eigene Land mit den bisher eingeführten Exportgütern industrieller Art zu versorgen; aber eine Verdrängung dieser alten Standardindustrien auf anderen Märkten ist unmöglich.

Aus den natürlich-klimatischen und geognostischen Verschiedenheiten der Länder ergibt sich noch eine Reihe von Einzelfaktoren, die ihrerseits wieder von maßgebendem Einfluß auf die Gestaltung des internationalen Handels sind. Wir haben schon erwähnt, daß das Vorhandensein von Rohstoffen aller Art für ein Land einen natürlichen Vorsprung gegenüber allen anderen Ländern bedeutet, die über solche Mineralien, agrarische Rohstoffe usw. nicht verfügen. Letztere müssen also diese, im eigenen Land fehlenden Rohstoffe bei ersteren nachfragen und dafür entsprechende Gegenleistungen zur Verfügung stellen. Jedes Land muß also seine Nachfrage normalerweise — wir sehen hier von Krediten, devisentechnischen Problemen usw. ab — immer mit der Kaufkraft seiner Bevölkerung in Einklang bringen. Diese Kaufkraft hängt ab von den Rohstoffvorkommen eines Landes, dem Ertrag seiner Landwirtschaft, seiner industriellen Entwicklung und der Veranlagung seiner Bewohner, d. h. ihrer Fähigkeit und ihrer Arbeitsamkeit. Der tatsächliche Reichtum eines Landes, d. i. das Einkommen seiner Bevölkerung, bedingt in Verbindung mit ihrer Sparkraft die Kapitalbildung. Dieses Kapital wirkt auf den internationalen Handel sehr befruchtend, sofern es ökonomisch-rationell und vernünftig eingesetzt wird. Oekonomisch-rationell im weltwirtschaftlichen Sinn wird das Kapital dann eingesetzt, wenn es auch kapitalärmeren Ländern zur Verfügung gestellt wird, sei es in Form von Krediten oder durch Mehrabnahme der Waren dieser ärmeren Volkswirtschaften, welche dadurch wieder kaufkräftiger werden und nun ihrerseits wieder eine größere Nachfrage entfalten können. Eulenburg weist noch auf die wichtige Funktion hin, welche die Kapitalbildung für die industrielle Entwicklung eines Landes hat. „Die Möglichkeit, eine Ueberschußbevölkerung auf dem heimischen Gebiet zu ernähren, ist dadurch bedingt, daß Kapital sich dauernd und ausreichend bildet. Davon hängt die Möglichkeit einer intensiveren Gestaltung der Wirtschaft wie die Inangriffnahme neuer Industriezweige und die Ausdehnung des Auslandabsatzes ab. Die Ueberwindung der Malthus'schen Lehre ist damit gegeben; diese selbst konnte nur entstehen, weil die Bedeutung der Kapitalbildung für die Dynamik der Wirtschaft übersehen wurde.“ [35]).

II. Die natürlichen Unterschiede der Bevölkerung.

a) Quantitativ.

Die Bevölkerungsdichte ist ein entscheidendes Moment für die Aufnahmefähigkeit einer Volkswirtschaft. Bei gleicher Kapitalaustattung und

gleichem Reichtum an Bodenschätzen, Rohstoffvorkommen usw. wird ein Land mit größerer Bevölkerungszahl ceteris paribus einen größeren Bedarf nach fremden Waren haben, als ein Land gleicher Größe mit kleinerer Bevölkerungszahl [36]). Ein kleines Land mit dichter Bevölkerung und starker industrieller Entwicklung, wie z. B. Belgien, entfaltet eine größere Nachfrage nach fremden Waren, als ein größeres Land mit dünnerer Besiedlung und agrarischer Struktur. Es besteht deshalb auch ein enger funktioneller Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte eines Landes (d. h. dem Verhältnis von Gebietsgröße und Einwohnerzahl) und der wirtschaftlichen Struktur dieses Landes. Ein Agrarstaat kann viel weniger Menschen ernähren als ein gleich großer Industriestaat, denn „der Kapitalumschlag geschieht in der Industrie rascher als in der Landwirtschaft (im Handel freilich noch rascher, weshalb sich von jeher Handelsstädte durch besonderen Wohlstand auszeichnen und ein Handelsvolk schneller zu Reichtum gelangt). Dadurch wird die Kapitalakkumulation beschleunigt. Sodann gestaltet sich das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag im Gewerbe günstiger als in der Landwirtschaft: ihr ökonomischer Koeffizient steht höher. Mit demselben Aufwand von Kapital und Arbeit wird ein größerer Reinertrag erzielt. Es ist die einfache Folge des beschleunigten Kapitalumschlags. Damit wird die Industrialisierung eines Landes Ursache gesteigerter Kaufkraft und erhöhter Aufnahmefähigkeit. Industriestaaten sind reicher und darum aufnahmefähiger als Agrarländer“ [37]).

Die Erkenntnis der erhöhten Reichtumsbildung durch die Industrie hatte sich schon Friedrich List zu eigen gemacht; und sie war auch schon in der Vorstellung der merkantilistischen Wirtschaftspolitiker lebendig. Wie im vorigen Abschnitt schon erwähnt wurde, ist der Grad der industriellen Entwicklung eines Landes auch davon abhängig, wie dieses Land klimatisch und geognostisch geartet ist. Noch stärker bedingt ist diese industrielle Entwicklung aber durch die Bevölkerungsdichte und die Zunahme der Bevölkerung.

Eulenburg [38]) weist darauf hin, daß die englischen Dominien deshalb „keine überragende Aufnahmefähigkeit entwickeln können, weil sie nur 22 Mill. Einwohner“ haben. Daß aber die Bevölkerungsdichte und die Bevölkerungsvermehrung nicht die einzigen Elemente sind, welche die Einfuhr bedingen, sondern daß auch die oben genannten Faktoren daran noch beteiligt sind, zeigt uns das Beispiel Chinas. Es kommt eben nicht nur auf den Bedarf nach fremder Ergänzung an, sondern auch auf die Möglichkeiten, diese Einfuhr bezahlen zu können. „Die Entwicklung der okzidentalen Bevölkerung hat die schnellsten Fortschritte vom Anfang des 18. bis Ende des 19. Jahrhunderts gemacht. In der gleichen Zeit hat auch China eine Bevölkerungsvermehrung von mindestens gleicher Stärke erlebt, von 60—70 Mill. auf 400 Mill. (auch wenn man die unvermeidlichen Uebertreibungen in Anschlag bringt), was ungefähr der Zunahme im Okzi-

zident entspricht. Trotzdem ist die Entwicklung des Kapitalismus nicht vorwärts sondern rückwärtsgegangen“ [39])

b) Qualitativ.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die Fähigkeit eines Volkes, produktive Arbeit zu leisten, schöpferisch tätig zu sein, Erfindungen zu machen und auszuwerten und der Stand seiner Kultur seine Reichtumsentwicklung und folglich die Fähigkeit, fremde Güter zu kaufen, maßgebend beeinflussen. Der Volkscharakter ist ein wesentliches Element für die zwischenstaatliche Handelsbewegung. Und ihrem günstigen Volkscharakter haben es die Völker des europäischen Kulturkreises zu verdanken, daß sie sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine überragende Stellung einnahmen und auch heute noch einnehmen.

Demgegenüber kommt es auch vor, daß ein Land große politische und wirtschaftliche Erfolge erreicht, ohne daß sein Volkscharakter eigentlich schöpferische Fähigkeiten aufweist. Wir denken an Japan und vielleicht wird eine spätere Geschichte noch weitere Beispiele dieser Art aufzeigen können. Japan verdankt alles, was es an militärischen, zivilisatorischen und wirtschaftlichen Erfolgen errang, zu einem erheblichen Teil den Völkern des europäischen Kulturkreises und seine Kultur stammt zum größten Teil aus China. Nie hat Japan eigene Erfindungen gemacht, aber es ist ihm gelungen, die Erfindungen und Neuerungen anderer Völker in erstaunlich kurzer Zeit und in vollkommener Weise nachzumachen und zu verwerten. Dieses große Geschick in Verbindung mit einer großen Opferwilligkeit seines Volkes, der rücksichtslosen Einsatzbereitschaft, die bis zur Selbstaufgabe des einzelnen Individuums [40]) geht und nur aus der besonderen Veranlagung der asiatischen Psyche heraus zu verstehen ist, hat erreicht, daß Japan bereits einige Jahrzehnte nach seiner gewaltsamen Erschließung zu einem beachtlichen Mit- und Gegenspieler seiner früheren Lehrmeister wurde.

B. Die dynamischen Faktoren.

I. Menschliche Wanderungen.

So wie sich eine Industrie stets nur an einem günstigen Standort entwickelt und sich nach diesem Standort dann in immer größerem Umfang hinwendet, oder wie das Zinsgefälle bewirkt, daß das Kapital sich denjenigen Anlagemöglichkeiten zuwendet, in denen es die günstigste Verzinsung erfährt, so hat auch die menschliche Arbeit die Tendenz, sich dorthin zu wenden, wo sie die vorteilhafteste Entlohnung erfährt. Ein gewisses Hemmnis für die Verwirklichung dieser Tendenz liegt darin, daß eine völlig freie internationale Beweglichkeit der menschlichen Arbeit nicht

besteht und nie bestand. Die freie Beweglichkeit wird gehemmt durch die Verschiedenheit der Sprache, der Sitten, des Rechts, sowie durch politische Beschränkungen [41]).

Die Wanderungen gehen in der Regel aus dichtbevölkerten Ländern nach solchen Gebieten mit weniger dichter Besiedlungen, wo die menschliche Arbeit häufig auch höher bezahlt wird. So hat insbesondere im 19. Jahrhundert ein großer Auswandererstrom sich aus Europa nach Uebersee gewandt. Ihm gegenüber treten die binneneuropäischen Wanderungen in den Hintergrund. Aber auch aus den dichtbevölkerten Ländern Asiens, also aus Japan, Vorderindien und China kamen große Menschenmengen, die sich nach Amerika, Südafrika und Australien begaben, um dem bevölkerungspolitischen Druck ihrer Heimat zu entgehen und in den neuerschlossenen Gebieten mehr zu verdienen, also dem Lohngefälle zu folgen.

Eingangs wurde schon auf die politisch bedingte Wanderungsbewegung hingewiesen, die aber für den zwischenstaatlichen Handel keine besondere Bedeutung hat, da sie — wie z. B. die italienischen Wanderungen nach Tunis, die japanischen nach dem ostasiatischen Festland und die vor dem Krieg stattfindenden polnischen Wanderungen nach Posen und Westpreußen — eben nur durch den Staat, bzw. die öffentliche Meinung dirigiert werden, um die Wahlheimat völkisch mehr und mehr mit dem eigenen Land zu verbinden. Antriebstendenzen für den internationalen Handel aber sind aus diesen Bewegungen in nicht nennenswertem Umfang zu erwarten.

In letzten Jahren wurden überall Einwanderungsbeschränkungen gemacht, die sich sehr ungünstig auswirken und mancherorts den bevölkerungspolitischen Druck ungeheuer vermehren. Wie groß diese Beschränkungen waren, zeigen folgende Zahlenangaben von Wagemann [42]): „Die Auswanderung von Europa nach den Vereinigten Staaten betrug in den Jahren 1901 bis 1905 durchschnittlich 730 000, in den Jahren 1910 bis 1914 durchschnittlich 900 000, in den Jahren 1925 bis 1928 immerhin noch durchschnittlich 96 000." „Seit 1925 beginnt die Rückwanderung zu einem internationalen Problem zu werden." [43]).

Die weltwirtschaftliche Bedeutung der Wandererbewegung ist sehr groß. Die kapitalarmen Länder Ostasiens bekommen durch die Geldsendungen ihrer ausgewanderten Arbeiter eine erhebliche Kapitalhilfe. Dazu kommt, daß der Ostasiate meist darauf bedacht ist, seinen Lebensabend in seiner Heimat zu verbringen; nachdem er sich im Ausland genügend erarbeitet hat, kehrt er dann in sein Vaterland zurück und befruchtet dessen Wirtschaft mit seinen Ersparnissen, die er während seiner Abwesenheit gemacht hat.

Der europäische Auswanderer bleibt meistens in Uebersee; aber die Geldsendungen nach seinem Geburtsland, seine gelegentlichen Reisen nach

seiner alten Heimat wirken sich doch erheblich günstig aus. „In der italienischen Zahlungsbilanz werden die Rücksendungen der Auswanderer insgesamt mit rund 425 Mill. RM. angesetzt. Es läßt sich aber nicht feststellen, welcher Teil von Wanderarbeitern, welcher von Dauerauswanderern zahlt werden, sind sehr erheblich, was aus der relativ geringen Bevölkestammt.“ [41]). Die Passivposten der französischen Zahlungsbilanz, die für die Löhne italienischer, polnischer, belgischer und spanischer Arbeiter berung Frankreichs zu erklären ist. Für Deutschland spielte dieser Posten eine viel geringere Rolle; heute dürfte er nahezu gleich Null geworden sein.

Die Geldrücksendungen der Auswanderer geben ihrem Vaterland den Ersatz dafür, daß ihre Arbeitskraft, die ja etwa zwei Jahrzehnte lang erst erzogen werden mußte und nun in dem Augenblick, wo sie sich für die heimische Wirtschaft produktiv betätigen könnte, dieser entzogen wird.

Damit erscheint nun auch die andere Seite des Problems der internationalen Wanderungen, die noch größere weltwirtschaftliche Bedeutung hat. Die nach neuerschlossenen Gebieten auswandernden Menschen — in der Regel die besten Arbeitskräfte — ermöglichten erst deren wirtschaftliche Erschließung, zum mindesten kürzen sie diese erheblich ab. Die Territorien, die das Ziel der Auswanderer bilden, erfahren eine Entfaltung ihrer Produktion und ihres Absatzes, sowie dann auch ihrer Aufnahmefähigkeit für Industrieerzeugnisse. Sie werden nun mit in die Weltwirtschaft verflochten. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß im 19. Jahrhundert die Weltwirtschaft immer wieder ihre großen Antriebe erhielt. Die ungehemmte ökonomische Expansion, der europäische Vorstoß in bisher akapitalistische Länder gab der Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts einen großen Aufschwung. Einige Beispiele mögen dies veranschaulichen: die seit 1848 überall einsetzende Stockung des wirtschaftlichen Lebens wich 1852 einem reichen, mehr als 5 Jahre dauernden Aufschwung, der besonders durch die Goldfunde in Australien und Amerika ausgelöst und verstärkt wurde. Weiter: Als zu Beginn der 60er Jahre ein neuer Aufschwung nach der Krisenzeit seit 1857 einsetzte, da kam diese Rettung aus der Einbeziehung neu erschlossener Ueberseegebiete in die Weltwirtschaft. Verstärkter Baumwollanbau in Ostindien, Brasilien und Aegypten stärkte die Kaufkraft dieser Länder gewaltig. Bei all diesen Erscheinungen war die Auswandererbewegung maßgebend beteiligt, kausal und funktional. Die Neuländer aber hatten aus dieser Bewegung den großen Vorteil, daß sie tüchtige Arbeitskräfte bekamen, die sofort ihre Arbeitskraft einsetzen konnten, während sie ihre unproduktiven Erziehungsjahre über von ihrem Vaterland ernährt und ausgebildet worden waren.

Der angedeutete Funktionszusammenhang zwischen Konjunktur und Wanderbewegung zeigte sich besonders deutlich in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts.

Ein wesentlicher Grund für die großen Wanderbewegungen des 19. Jahrhunderts ist darin zu suchen, daß der Liberalismus lange Zeit (bis über die Mitte des Jahrhunderts hinaus), der sozialen Gesetzgebung wenig Verständnis entgegengebracht hatte und damit den Arbeitern — Industrie- und Landarbeitern — selbst die Initiative aufdrängte, sich im Fall der Arbeitslosigkeit einen neuen Arbeitsplatz zu suchen, sei es auch im Ausland.

Neben der dauernden Auswanderung, der Wanderbewegung der Gelegenheits- und Saisonarbeiter, haben wir noch den Reiseverkehr, der zum Zweck der Erholung, Vergnügung und als Geschäftsreise ins Ausland erfolgt. Auch wissenschaftliche und künstlerische Reisen gehören hieher. Sie sind selbstverständlich auch stark konjunkturabhängig, doch sind die politischen Hemmnisse bei ihnen am geringsten. Nur devisenpolitische und evtl. psychologische Hemmungen kommen hier in Betracht. Dementsprechend hat auch der zwischenstaatliche Reiseverkehr dieser drittgenannten Art im Großen und Ganzen wohl kaum abgenommen. Der Reiseverkehr bringt insbesondere für die Schweiz und Italien erhebliche Devisenüberschüsse.

Zum Abschluß seien noch einige Zahlen über die überseeische Wanderung nach dem Krieg genannt, woraus sich deren weltwirtschaftliche Bedeutung ungefähr erkennen läßt:

Einwanderung von Ausländern in Tausenden[45]). Ueberseeische Einwanderung.

Einwanderer-länder	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
U.S.A.	494,7	281,3	487	135,5	171,4	181,8	176,9	170,4	174,2	131,4	97,1	35,5
Kanada	67,3	45,2	111,7	108,1	67,1	115	135	136,8	133,1	79,1	24,5	20,5
Argentinien	98	129,2	195	159,9	125,3	135	161,1	129	140	194,8*	64,9	37,6
Brasilien	60,7	66,9	86,6	98,1	84,8	117,7	96,9	76,5	94,9	76	—	—
Venezuela	10	—	—	—	10	12,4	9,5	15,3	218	—	—	—
Australien	80,3	92	92,8	103,6	56,4	55,9	61,6	43,9	31,6	17,5	40,4	—
Neuseeland	15,1	13,8	11,7	14,3	15,7	17,8	11,3	6,3	6,3	6,9	3,2	3,7
Uruguay	7,8	—	—	—	10	12,4	9,5	15,3	—	—	—	—
Summe	833,9	628,4	984,8	984,8	540,7	648	661,8	613,5	580,1	—	—	—

* Einschließlich ausländischen Reiseverkehrs.

Ueber die Geldrücksendungen von Einwanderern geben folgende Zahlen Aufschluß [46]):

„1924 wurden aus den U.S.A. von Einwanderern verschickt:

nach Italien	100	Millionen $
nach Deutschland	80	„ „
nach Polen	30	„ „
nach Rußland	25	„ „
nach Griechenland	20	„ „
nach Irland	20	„ „
Insgesamt wurden aus USA	320	„ „ verschickt,

denen 46 Millionen $ mitgebrachten Geldes gegenüberstehen."

II. Kapitalbewegungen.

Die zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen sind wohl eines der wichtigsten Elemente, welche die internationale Handelsbewegung beeinflussen. Entsprechend der großen Bedeutung dieses Faktors müßte seine Betrachtung einen sehr erheblichen Umfang annehmen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchungen kann dies natürlich nicht volle Berücksichtigung finden; eine solche müßte wieder eine getrennte Sonderbehandlung erfahren, die auch bereits mehrfach erfolgt ist. Es muß also in den hier gesteckten engen Grenzen auf viele Feinheiten der Betrachtung verzichtet werden. Eine gesonderte Betrachtung der Methode und Auswirkungen von kurzfristiger Geldanlage und langfristiger Kapitalinvestion im Ausland wird hier nicht gemacht; erstere ist auch für unseren Gegenstand von geringerer Bedeutung. Ebenso kann nicht auf die Unterschiede in der Art und besonderen Eigenschaft der Kreditgeber und -nehmer (öffentliche Körperschaften oder private Unternehmungen), auf die Form der Kapitalübertragung usw. eingegangen werden. Wichtig ist aber, unter welchem Namen das Kapital im fremden Land arbeitet. Ein Beispiel soll dies zeigen: Amerikanisches Kapital kommt nach Deutschland und findet hier eine langfristige Anlage. Es besteht nun die Möglichkeit, daß es als langfristiger Kredit einem deutschen Unternehmer zugeleitet wird, welcher dafür die entsprechenden Zinsen und Amortisationen an seinen amerikanischen Gläubiger bezahlt. Der andere Fall wäre, daß ein Amerikaner sich mit seinem Kapital an einem deutschen Unternehmen beteiligt. Er wird also hier Teilhaber, bekommt keine Zinsenzahlungen, sondern ist der Höhe seiner Kapitaleinlage entsprechend am Gewinn der Unternehmung (auch am Risiko) beteiligt. Im ersteren Fall besteht der Vorteil für den heimischen Unternehmer darin, daß er ungehemmt in seiner Planung nach den Interessen seiner (in unserem Beispiel deutschen) Volkswirtschaft disponieren kann, während doch der ausländische (amerikanische) Teilhaber nur sein eigenes Rentabilitätsinteresse, d. h. das Interesse seines Kapitals, vertritt. Dies ist in normalen Zeiten ein Vorteil, der überhaupt nicht durch andere Mo-

mente kompensiert werden kann. In den Zeiten jedoch, wie wir sie nach 1918 erlebten und wie sie sich seit 1930 durch die Kreditrückzüge so katastrophal ausgewirkt haben (Deutschland, Oesterreich), hat der zweite Fall für die kreditnehmende Volkswirtschaft den Vorteil, daß hier das fremde Kapital entfernt nicht so rasch und rücksichtslos abgerufen wird, da ja in der Regel der ausländische Teilhaber durch Geschäftsverträge sein Kapital stärker an die Unternehmung gebunden hat. Die Vitalität des Kapitals, d. h. das Kapitalerhaltungsinteresse, wird zwar auch hier danach tendieren, die risikoreiche Volkswirtschaft zu verlassen, aber aus oben angeführten Gründen ist die Ausführung dessen nicht so rasch möglich. Eben diese raschen Abzüge — nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die langfristigen Kredite [47]) — aber waren es, welche die verhängnisvollen Folgen des Jahres 1931 in Deutschland, Oesterreich und England gezeitigt hatten.

Voraussetzungen der zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen.

Wie eingangs schon erwähnt wurde, kommen die zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen vor allem durch das zwischen den verschiedenen Ländern vorhandene Zinsgefälle zustande. Der Preis für das Kapital richtet sich — wie bei allen marktgängigen Gütern — nach Angebot und Nachfrage. Ist nun in einer Volkswirtschaft ein großes Angebot an freiem Kapital und folglich eine relativ geringe Zinshöhe [48]) vorhanden, so hat das Kapital die Tendenz, in anderen Volkswirtschaften, die einen höheren Zinsfuß aufweisen, Anlage zu suchen. Diese kapitalarmen Volkswirtschaften aber müssen dementsprechend einen höheren Kapitalpreis anbieten, um das ihnen fehlende Kapital hereinzubringen. So ist dieses Zinsgefälle die natürliche Folge des Vorhandenseins kapitalarmer und kapitalreicherer Länder. Wie groß das Zinsgefälle sein muß, um das politische und wirtschaftliche Risiko einer ausländischen Kapitalanlage zu überwinden, kommt auf die jeweilige politische Sicherheit und die außenhandelsrechtlichen Formen an. Diese letzteren Momente werden in der einschlägigen Literatur vielfach nicht genügend gewürdigt, so auch bei Ohlin [49]), wenn er schreibt: „Da die Faktoren vor allem aus den Ländern hinausgehen, wo ihre Preise verhältnismäßig tief sind, und in Länder strömen, wo sie teuer sind, steigt ihre Knappheit und ihr Preis in ersteren, während ihre Preise in letzteren fallen. Die internationale Beweglichkeit strebt danach, die Preise in den betreffenden Ländern gleichmäßiger zu gestalten, geradeso wie die internationalen Bewegungen der Gebrauchsgüter es tun". Richtig ist daran, daß der internationale Handel die Tendenz hat, die Warenpreise der Länder einander anzugleichen, ebenso wie die zwischenstaatlichen Bewegungen von Kapital und Arbeit danach tendieren, Zins- und Lohnhöhe einander anzugleichen. Aber es besteht eben nur die Tendenz danach, ihre vollständige Angleichung wird immer durch die politischen Hemmnisse, die unten

näher betrachtet werden, verhindert; eine völlig freie Beweglichkeit von Kapital und Arbeit bestand und besteht nie. Unvollständig ist auch die Auffassung, daß Kapitalausfuhr in dem exportierenden Land den Zinsfuß erhöhe. Man muß hier unterscheiden, ob die Kapitalausfuhr aus bereits vorhandenen und angelegten Kapitalbeständen aufkommt, oder aus laufenden Ersparnissen unmittelbar bestritten wird.

Eine wichtige Folge der zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen ist ein entsprechend erleichterter Warenverkehr zwischen den Ländern, die Kapital ausleihen und aufnehmen. Aber erhöhter Warenverkehr ist nicht nur die Folge von Kapitalbewegungen, sondern auch eine Ursache davon, und so zeigt sich hierin ein bedeutsamer Funktionszusammenhang, der unten noch durch einige Beispiele illustriert werden soll. Ohlin ist hier anderer Meinung und hat eine Theorie entwickelt, wonach „der internationale Handel durch die internationale Bewegung der Produktionsfaktoren verringert wird“ [50]). „Durch den Austausch der Gebrauchsgüter werden nicht nur i h r e Preise, sondern auch die der Produktionsfaktoren bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen, d. h. internationale Verschiedenheiten der Preise der Faktoren werden verringert. Hierdurch werden bis zu einem gewissen Grad internationale Bewegungen der Faktoren überflüssig gemacht. Die Bewegungen der Güter ersetzen die Bewegungen der Faktoren. Es wären, mit anderen Worten gesagt, wenn es keinen Handel gäbe, die Preisunterschiede und daher die Bewegungen der Produktionsfaktoren noch bedeutender als jetzt. Der Handel macht einen Teil, in manchen Fällen die ganzen internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit überflüssig“ [51]). Diese Theorie ist nicht falsch, aber unvollständig. Es ist zu berücksichtigen, daß Waren, Arbeit und Kapital im zwischenstaatlichen Verkehr eine sehr verschiedene Beweglichkeit haben. Die Bewegungen von Arbeit und Kapital sind fast immer viel schwieriger als Warenbewegungen. Ferner können Kapital und Arbeit nicht an jedem Ort gleich vorteilhaft Waren erzeugen. Ohlin hat offensichtlich einseitig nur die Industrieproduktion und deren internationalen Handel im Auge (obwohl es auch dafür vielfach nicht zutrifft), während er die weitgehend bodengebundene Rohstoffproduktion vernachlässigt.

Und schließlich ruft ja die Bewegung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit an die Orte vorteilhafterer Erzeugungsmöglichkeiten durch Erhöhung des gesamten Welteinkommens (wie Ohlin, p. 174, richtig bemerkt) eine größere Kaufkraft und folglich auch einen größeren internationalen Handel hervor. Eine absolute Verringerung des Außenhandels findet also durch die Bewegungen der Produktionsfaktoren nicht statt, wohl aber eine relative. „Auf jeden Fall wird der Prozentsatz des Nationaleinkommens, der dazu dient, ausländische Güter zu kaufen, verringert“ [52]). Letzteres läuft wohl auf die auch von Sombart vertretene These von der sinkenden Exportquote hinaus [53]). Wenn Ohlin seine diesbezügliche Zusammenfassung damit schließt, daß er anerkennt, daß „unter gewissen Bedingungen Be-

wegungen der Faktoren die internationalen Preisunterschiede und den Handel steigern können, nicht nur dem absoluten Wert nach, sondern auch im Vergleich mit der Größe des Nationaleinkommens“ [54]), so kann man wohl sagen, daß diese „gewissen Bedingungen“ nicht Ausnahmen, sondern die Regel darstellen.

Eine vollständige Angleichung der Zinshöhe kapitalarmer Staaten an die kapitalreicher Staaten erfolgt nicht, obwohl die Tendenz dazu besteht, wie oben gezeigt wurde. Dies hat nun für die zwischenstaatliche Handelsbewegung wieder bedeutsame Folgen. Aus den verschiedenen Preisen für Kapital entsteht wieder ein besonderer Warenaustausch dadurch, daß Güter, welche gleich große Arbeitsmengen, sowie gleich viele Nutzungen natürlicher Güterquellen erfordern, in dem Land mit geringerer Zinshöhe relativ billiger hergestellt werden. Das kapitalreichere Land ist in der Lage, bei der Produktion dieser bestimmten Güterart mehr und billigeres Kapital einzusetzen und dadurch den Herstellungspreis zu verbilligen. Die kapitalärmeren Länder werden nun dazu veranlaßt, sich ihrerseits mehr auf die Herstellung solcher Güter zu konzentrieren, die mehr von solchen Kostenelementen enthalten, in denen sie gegenüber den kapitalreichen Ländern im Vorteil sind (niedriger Lohnsatz). Vielfach haben ja kapitalarme Länder niedrigere Reallöhne und können dadurch vorteilhafter arbeitsintensive Güter herstellen. Die Erzeugungsdauer spielt hier eine wichtige Rolle. Kapitalreiche Länder mit geringer Zinshöhe werden sich auf die Herstellung von Fertigwaren mit längerer Erzeugungsdauer spezialisieren. Die kapitalarmen Länder werden dagegen Rohstoffe und Halbfabrikate ausführen (soweit die natürlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind); es kommt zu einem Veredelungsverkehr. Auf die Wichtigkeit des Vorhandenseins günstiger Rohstoffvorkommen bei letzteren haben wir oben schon hingewiesen. Desgleichen auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten, das Fehlen solcher Naturschätze durch verstärkte Leistungsbemühungen zu kompensieren. Eine gute Darstellung der Art und Weise, wie sich der Handelsverkehr zwischen so verschieden gearteten Ländern vollzieht, gibt Wagemann mit seinem System der Intensitätsstufen [55]).

Aus den letztgenannten Ausführungen erhält man leicht den Eindruck, als ob der zwischenstaatliche Handel immer für die weniger entwickelten und kapitalärmeren Länder ein Handelsbilanzpassivum ergeben würde. Tatsächlich ist dies nicht immer der Fall [56]). Im internationalen Handel müssen Waren und Leistungen und Kapital immer durch dieselben bezahlt werden. Das Gold dient nur als Spitzenausgleich. Aus diesem Grund müssen die kapitalexportierenden Länder, um ihre Zinszahlungen erhalten zu können, ihren Schuldnern gegenüber wieder in entsprechender Höhe als Käufer auftreten. Ein weltwirtschaftlich gesehen richtiges Verhalten der Kapitalgläubiger ist aus diesem Grund eine wichtige Voraussetzung für ein glattes

Funktionieren des zwischenstaatlichen Waren-, Kapital- und Leistungsaustausches. Wir werden unten sehen, daß in dieser Beziehung England vor dem Weltkrieg richtig gehandelt hat, daß aber in der Nachkriegszeit die U.S.A. nicht fähig waren, ebenso weitsichtig zu disponieren. Der Ausgleich zwischen Kapital- und Warenlieferung ist in Wirklichkeit natürlich kein zweiseitiger, d. h. die Kapital- und Warenbewegungen zwischen zwei Ländern werden nicht immer ausgeglichen sein; vielmehr kommt der Ausgleich der einzelnen volkswirtschaftlichen Zahlungsbilanzen durch viele Zwischenträger der Weltwirtschaft zustande. Dies war besonders deutlich vor dem Weltkrieg zu beobachten, wo noch keine tiefgreifenden politischen Störungen und Beschränkungen den weltwirtschaftlichen Verkehr hemmten. „Kanada kaufte mit dem ihm von England aus zufließenden Kapitalstrom Produktionsmittel in den Vereinigten Staaten, während England diese Wertübertragungen durch Warenexporte nach Britisch-Indien und Südamerika bezahlte“ [57]). „Thus we export capital to Canada by exporting Manchester goods to Bombay“ [58]).

Um den Zusammenhang zwischen Kapitalexport und Warenaustausch zu wirksamer Entwicklung zu bringen, ist es erforderlich, daß das kapitalausführende Land eine gewisse öffentliche Kontrolle vornimmt, d. h. nicht nur die Richtung des Kapitalexports dirigiert, sondern auch die Kapitalverwendung und die Form der Uebertragung beeinflußt. Vielfach werden an die Kapitalanlage im Ausland vertragliche Bedingungen geknüpft, die dem kapitalgebenden Land einen bestimmten Warenabsatz im kreditnehmenden Land sichern. Dieser in Aussicht stehende Warenverkehr ist es, der die Kreditgabe an entwicklungsfähige Länder stark beeinflußt. Ein gutes Beispiel dafür geben uns die Waren- und Kreditbeziehungen der latein-amerikanischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Besonders Großbritannien hat schon kurz nach der Unabhängigkeitserringung der südamerikanischen Staaten mit seiner Kapitalhilfe eingesetzt und damit die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder wesentlich gefördert und beschleunigt. Als Gegenwert konnte es einen entsprechenden Warenaustausch mit seinen Schuldnern buchen. Besonders in Argentinien wurden allmählich große Mengen von Kapital angelegt, sodaß z. B. heute noch ein großer Teil der argentinischen Eisenbahnen kapitalmäßig in britischen Händen liegt.

Einen Eindruck von der Größe der britischen Anlagen in Lateinamerika bekommen wir durch einen Vergleich mit den übrigen britischen Auslandsinvestitionen. Von dem im nichtbritischen Ausland angelegten Kapital ist über die Hälfte in Lateinamerika investiert und wenn die Kolonien und Dominions noch zum übrigen Ausland gerechnet werden, so wäre nahezu ein Viertel des britischen Auslandskapitals in Südamerika angelegt. Sir Robert Kindersley berechnet den Gesamtwert des in Lateinamerika investierten britischen Kapitals z. Z. auf 820 Millionen Pfund Sterling, wovon 360 Millionen Pfund Sterling auf Argentinien und 150 Millionen Pfund auf Bra-

silien entfallen. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen für die Dominions und Kronkolonien zeigt, daß die britischen Auslandsanlagen in Argentinien und Brasilien zusammengenommen größer sind als in Indien, Kanada und Australien [59]).

Hier ist noch ein wichtiges Motiv für die Kapitalinvestion dieser Art zu sehen: der daraus entstehende Warenaustausch ist kein einmaliger, denn das Kapital bringt oft viele jahre- und jahrzehntelange Wirtschaftsbeziehungen hervor. Die nahezu monopolartige Stellung Großbritanniens als Kapitallieferant von Lateinamerika vor dem Krieg (die deutschen und französischen Investionen waren erheblich geringer) wurde durch den Weltkrieg naturgemäß unterbrochen. Aber trotz dieser vierjährigen Unterbrechung und der gleichzeitigen günstigen Aussichten der U.S.A., die englische Vorkriegsstellung als lateinamerikanischer Gläubiger aufzunehmen, rissen die Beziehungen zwischen den südamerikanischen Staaten und seinem Vorkriegsgläubiger nicht ab, sondern Großbritannien gewann wieder einen Teil seiner vorher verlorenen Kunden. Mit der Monopolstellung war es allerdings aus. Dies aber nicht nur infolge des Weltkriegs, sondern durch die chronologisch und teilweise ursächlich damit zusammenhängende Tatsache, daß vorher die U.S.A. wenig auf Außenhandel angewiesen waren, während sie mit dem beginnenden 20. Jahrhundert ihre Industrien derart entwickelt hatten, daß sie Auslandsabsatz brauchten. Durch die europäische Blockade bekamen die U.S.A. eine unerhört günstige Chance. Die Nordamerikaner übernahmen also die Belieferung der lateinamerikanischen Länder mit Industrieerzeugnissen. Hierin konnten sie Europa wohl ersetzen, nicht aber in der Abnahme der südamerikanischen Rohstoffe. Die für letztere daraus entstehenden Schwierigkeiten suchte man durch Anleihen zu überbrükken, sodaß Lateinamerika in einige Dollarabhängigkeit kam. Collings [60]) bringt darüber detaillierte Angaben für alle lateinamerikanischen Staaten, wonach sich in der kurzen Zeit von 16 Jahren (1912—1928) der Gesamtbetrag der U.S.A.-Anlagen in Südamerika um 300% vergrößert hat. Ueber 5 Milliarden Dollars wurden in Lateinamerika investiert. Diese rasche Entwicklung des Abhängigkeitsverhältnisses erreichten die Nordamerikaner dadurch, daß sie den auf ihre Lieferungen angewiesenen südamerikanischen Staaten erstens nicht ihre Rohstoffe abnahmen und ihnen zweitens nicht die bequemen Warenlieferungskredite einräumten wie die europäischen Lieferanten, sondern nur gegen Konnossoment und Barzahlung lieferten. Dieses Verhältnis war zweifellos kein völlig gesundes und für die Entwicklung des Welthandels stark repressiv. Man kann entwicklungsfähigen Rohstoffländern nicht immer nur mit Kapitalzuschüssen helfen, denn ihre Kaufkraft, und damit ihre Aufnahmefähigkeit für die Zukunft wird nur dann gehoben, wenn auch ihre Rohstoffe in entsprechendem Umfange abgenommen werden.

In der heutigen Zeit sind die Nordamerikaner nicht mehr in der Lage, gegenüber den lateinamerikanischen Staaten eine derartig monopolartige

Stellung als Lieferant von Industriewaren und Kapital einzunehmen. Gleich nach dem Krieg begannen die südamerikanischen Staaten, in ihren Käufen die europäischen Industriestaaten, die ihnen auch wieder als Abnehmer ihrer Rohstofferzeugnisse gegenübertraten, stärker zu berücksichtigen. Daraus zeigt sich, daß zur Verfügung gestelltes Kapital zwar ein starkes Binde- und Förderungsmittel für den Warenaustausch zwischen kapitalgebendem und kapitalnehmendem Land ist, daß aber diese Bindung doch nur in gewissem Rahmen haltbar ist, d. h. für das kapitalnehmende Land dürfen keine anderen Warenangebote mit erheblich günstigeren Preisen und vorteilhafteren Zahlungsbedingungen vorliegen. „So war es z. B. im Jahre 1910 möglich, daß Brasilien eine umfangreiche Anleihe in Frankreich — dessen Kapitalmarkt damals flüssiger und aufnahmefähiger als der deutsche war — erhielt und mit dem Erlös Schiffs- und Waffenbestellungen in Deutschland vornahm, trotz umfangreichen und gereizten Angriffen der französischen Presse. Doch war weder das französische Bankenkonsortium bereit, sich aus nationalen Interessen die brasilianische Anleihe entgegen zu lassen, noch war Brasilien willens gewesen, wegen einer möglichen Zinsmarge um 10% höhere Preise und mehr als doppelt so lange Lieferfristen in Kauf zu nehmen“ [61]).

Neben der eigentlichen Kapitalkreditierung, die überwiegend ökonomisch orientiert ist, haben wir auch noch andere Gründe für eine Anleihegewährung an fremde Länder, bzw. an die Einzelwirtschafter fremder Länder. Die ökonomisch orientierte Anleihegewährung hat — wie wir sahen — den privatwirtschaftlichen Zweck, Gewinne und Zinserträge einzubringen, sowie den Warenaustausch zwischen Kapitalschuldner und -Gläubiger zu intensivieren. Dieser Zielsetzung verdankt insbesondere Großbritannien seine überragende Stellung in der Weltwirtschaft. Im Gegensatz dazu bemerkt man, daß die Motive der französischen Kapitalgläubiger überwiegend politische waren. Durch Propaganda aller Art wurde der einzelne französische Sparer dazu veranlaßt, seine Kapitalien dorthin auszuleihen, wo es für die französische Regierung, den Generalstab und die Rüstungsindustrie am vorteilhaftesten schien. Daß dabei das privatwirtschaftliche Interesse des kleinen Sparers vielfach erheblich verletzt wurde, zeigt uns das Beispiel der russischen Anleihen, welche dazu dienten, das russische Eisenbahnnetz für die Mobilmachung fertigzumachen. Die bolschewistische Regierung weigerte sich aber, die von der zaristischen Regierung gemachten Schulden abzudecken. Aber trotz des Schadens, den der französische Sparer erlitt, war ein Erfolg für das Land Frankreich erzielt. Ob schließlich ein Erfolg sich wirklich ergibt, das ist ja letztlich nicht nach privatwirtschaftlichen Gewinnen zu entscheiden. „Ob die Anlage in Rußland nationswirtschaftlich ökonomisch war, darüber entscheidet nicht die relative Rentabilität der einzelnen Anleihen, sondern der nationswirtschaftliche Gewinn, der durch sie erzielt wurde. Und dieser nationswirtschaftliche Gewinn

der russischen Anleihen heißt — Elsaß-Lothringen. Obwohl Frankreichs Individualwirtschaften in Rußland Milliarden eingebüßt haben, sind die Anlagen also durchaus nicht so „foolish" gewesen, wie Keynes (Foreign Investment and national advantage. „The Nation and the Athenaeum". London. Vol. 35, 1924, p. 584) meint, denn sie haben nationswirtschaftlich ihre Früchte getragen. Es hat sich die russenfreundliche Kapitalpolitik als ökonomisch erwiesen, denn der relative Anteil Frankreichs an der Weltwirtschaft hat sich durch den Weltkrieg trotz aller Belastungen sicherlich erhöht, und das ist — wie früher gezeigt wurde — das Kriterium für die Wirtschaftlichkeit der Nationsführung" [62]). Ermöglicht wurde der umfangreiche Kauf russischer Staatspapiere vor dem Krieg — wie gesagt — nur durch die propagandistische Beeinflussung der französischen Kapitalbesitzer. „Die Placierung der 12 Milliarden russischer Werte (in Frankreich) wurde durch die (französische) Regierung auf jede nur mögliche Weise gefördert und erschien nach Abschluß des (russisch-französischen) Bündnisses als patriotische Tat" [63]). Bis 1887 war Deutschland der große Käufer russischer Staatspapiere gewesen; infolge von Bismarcks Verbot der Beleihung russischer Werte durch die Reichsbank im November 1887, kamen dann die russischen Papiere in großen Mengen nach Frankreich, während Deutschland nun seine Kapitalhilfe Italien zugute kommen ließ.

Auf ähnliche Fälle kapitalistisch-politischer Machtpolitik seitens Englands weist Sartorius v. Waltershausen hin [64]), doch kann man sagen, daß England im wesentlichen sein Kapital, das es ans Ausland lieh, überwiegend privatwirtschaftlich dirigierte.

Deutschland machte auch zahlreiche Versuche — teils erfolgreich, teils durch die politische Entwicklung (Weltkrieg) verhindert —, seine Kapitalkraft für das Interesse seines Außenhandels und seine außenpolitische Machtentfaltung einzusetzen. Der Erwerb der Konzessionen für die anatolische und die Bagdadbahn sind Beispiele dafür. Auch in Ostasien und Südamerika war vor dem Krieg viel deutsches Kapital investiert.

Ueber die Möglichkeiten und tatsächlich geübten Methoden der Bindung von Anleiheverträgen an Warenlieferungsverträge zwischen den beteiligten Ländern verweisen wir auf die diesbezüglichen Darstellungen von Tacke [65]) und Schilder [66]).

III. Die übrigen Zahlungsbilanzelemente.

1. Dienstleistungen.

a) Einnahmen aus Fracht-, Personen- und Postverkehr.

In Betracht kommen hier nur diejenigen Einnahmen, die für fremde Rechnung gemacht werden. Diese Posten hatten schon in der beginnen-

den Neuzeit große Bedeutung, besonders Holland und später England bezogen bereits im 16., 17. und 18. Jahrhundert daraus erhebliche Einnahmen. Seit aber der Welthandel sich enger verflochten hat, d. h. seit nicht nur Luxusgüter, sondern in erster Linie Massengüter des täglichen Bedarfs zum Gegenstand des Welthandels geworden sind und die Transportmittel gewaltig erneuert und verbessert wurden, haben sich die aus den Transporten von Menschen, Waren und Nachrichten fließenden Einnahmen stark gehoben. Aus dem Schiffsverkehr bezogen und beziehen England, Deutschland, Frankreich, Holland, Norwegen (und seit dem Weltkrieg U.S.A. und Japan) ziemlich beträchtliche Einnahmen. Aus seiner für den Transitverkehr günstigen Lage beziehen besonders Holland, Belgien, Deutschland und andere mitteleuropäische Staaten einige Gewinne.

Die Vereinheitlichung des Post- und Nachrichtenwesens (Generalpostmeister Stephan in Deutschland) hatte ebenfalls günstige Folgen für die Entwicklung des zwischenstaatlichen Handels. Die Geschäftsabschlüsse kommen dadurch rascher zustande. Die Welt ist damit einerseits „kleiner" geworden, obwohl die in der Weltwirtschaft eingeschlossenen Gebiete erheblich vermehrt wurden; man wird vielleicht richtiger sagen, daß der Wirkungsbereich des Weltverkehrs größer geworden ist, daß aber die Fortschritte des Nachrichtenwesens den Raum verkleinert haben (Kabel, drahtlose Telegraphie usw.).

Die ökonomische Bedeutung der Transportmittelverbesserung hat sich vor allem darin gezeigt, daß die Entfernungen der Thünen'schen Kreise nun viel leichter zu überwinden sind. Rohstoffe, die früher in hoffnungsloser Entfernung von dem Ort ihrer industriellen Verwendung lagen und untragbare Transportbelastungen auf sich nehmen mußten, um dann verarbeitet zu werden, können heute in großem Umfang noch mit herangezogen werden. Als Bestandteil der Produktionskosten sind nun heute im Zeitalter des Transportes von Massengütern die Frachtkosten auch mitten in den Konkurrenzkampf hereingezogen worden, was zu immer größerer Vervollkommnung führt. Dieser Konkurrenzkampf um die Transporteinnahmen entscheidet sich wohl letztlich wieder nach der Fähigkeit der Völker, sich technische Fortschritte dienstbar zu machen und das erforderliche Kapital aufzubringen.

b) Der Fremdenverkehr.

Der Fremdenverkehr, der sich in Form von kurzfristigen Auslandsreisen zum Zweck der Vergnügung, Erholung, Kur und des Geschäfts vollzieht, weist in der Zahlungsbilanz mancher Länder einen beträchtlichen Posten auf. Länder wie Oesterreich, Italien, die Schweiz u. a., die von Natur aus mit Bodenschätzen nicht besonders reich versehen sind, können aus der Schönheit ihres Landes einen entsprechenden Gewinn ziehen. Der Fremden-

verkehr schafft einen gesunden Ausgleich zwischen reichen und ärmeren Volkswirtschaften, indem die Bewohner reicher Länder einen Teil ihrer Gelder dazu verwenden, Auslandsreisen zu machen und diese in solche Länder richten, die landschaftlich schön, aber vielfach weniger reich sind. Durch diese Reisen wird die Kaufkraft letzterer gestärkt und damit wieder die Möglichkeit einer Erweiterung des internationalen Handels gegeben.

c) Versicherungen.

Das private Versicherungsgeschäft für das Ausland und seine Vermittlung ist ein weiterer Posten, der in den Zahlungsbilanzen erscheint. Die Schwankungen der wirtschaftlichen Auf- und Abwärtsbewegungen, die — abgesehen von den der kapitalistischen Wirtschaft inhärenten Konjunkturbewegungen — immer ein gewisses Risiko mit sich bringen, sollen durch Versicherungen gemildert werden. Dadurch wird dem internationalen Wirtschaftsverkehr eine gewisse Hemmung genommen. Das Ausmaß dieses Versicherungsgeschäfts wird entscheidend bedingt durch das Zinsniveau, bezw. die Unterschiede der Zinshöhen in den einzelnen Ländern. Es besteht hier also ein doppelter Einfluß auf den zwischenstaatlichen Handel: ein direkter durch die Risikoausschaltung bzw. -minderung, und ein indirekter, insofern als die Zahl der Versicherungsgeschäfte und ihr Umfang von dem Kapitalgefälle abhängen, letzteres aber wieder direkte Wirkungen auf Umfang und Intensität des zwischenstaatlichen Handels ausübt.

d) Kreditvermittlungen.

Die Erledigungen der großen internationalen Zahlungen erfordern viele Zwischeneinrichtungen. Die Ausgleichung von Kreditangebot und -nachfrage, die Ueberwindung der Währungsverschiedenheiten usw. haben mit zunehmender Intensivierung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs das Bedürfnis nach solchen vermittelnden Einrichtungen erweckt und auch befriedigt. Die Mittel dieser Kreditvermittlungen sind: telegraphische Auszahlungen, Banknoten, Wechsel und Schecks. Diese Mittel des weltwirtschaftlichen Verkehrs haben in allen Ländern ihre besonderen Kreditvermittlungsinstitute. Das Vermittlungsgeschäft ist für die europäischen Staaten sehr erheblich. Besonders England hat daraus große Gewinne gezogen dank der überall möglichen Einlösbarkeit des Pfundwechsels und des niedrigen englischen Diskontsatzes. Die internationalen Arbitrage- und Wechselgeschäfte erfuhren kurz vor dem Weltkrieg einen großen Aufschwung, der den internationalen Handel allerdings nicht immer fördernd beeinflußte, da er weitgehend spekulativ war.

e) Patent- und Filmlizenzen.

Die Einnahmen aus Patent- und Filmlizenzen verschaffen ihren Verkäufern beträchtliche Einnahmen und geben den Käufern die Möglichkeit, durch ihre Verwendung die eigene Wirtschaft zu befruchten (soweit es die Patentlizenzen angeht). Das Käuferland hat die Möglichkeit, darauf aufbauend weitere Fortschritte zu machen und durch Zunutzemachen der gekauften Erfindungen seine eigene Kaufkraft bzw. die der Bewohner dieses Käuferlandes zu heben.

2. Zinsen und Amortisationen aus Kapitalanlagen.

Ihr wirtschaftlichen Wirkungen wurden bei den Kapitalbewegungen bereits berührt. Wichtig ist hierbei, daß die Kapitalgläubiger, die Zinsen und Amortisationen zu verlangen haben, sich den Spielregeln der kapitalistischen Weltwirtschaft anpassen. Großbritannien hatte dies vor dem Weltkrieg beachtet, indem es seine ausländischen Zinsforderungen nicht in den Gewölben der Bank von England versenkte, sondern als weitere langfristige Kredite hinausgab und damit die Wirtschaft der Welt befruchtete. Nach dem Weltkrieg wurden diese Regeln von den U.S.A. und Frankreich vielfach verletzt und dadurch ein krisenverschärfendes Moment in die Weltwirtschaft getragen. Die näheren Untersuchungen darüber werden unten noch gemacht werden.

3. Die Edelmetallbewegungen.

Die Edelmetallbewegungen sollen bei normaler Abwicklung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs nur den Spitzenausgleich vornehmen. Treten sie gegenüber den Warenbewegungen in den Vordergrund, so ist dies immer ein ungesundes Symptom. Insofern läßt sich sagen, daß die Edelmetallbewegungen von einem gewissen Umfang ab die zwischenstaatliche Handelsbewegung hemmend beeinflussen. Im übrigen gilt hier, was für die Kreditbeziehungen auch maßgebend ist, nämlich, daß die Auslandszahlungen mit Devisen gemacht werden, d. h. im Ausland zahlbare Schecks, Wechsel und sonstige Auszahlungen. Die Möglichkeit des Erwerbs von Devisen hängt von dem Maß der Kaufkraft ab, welche ein Land gegenüber dem Ausland entfalten kann. „Gold ist also nur subsidiäres Zahlungsmittel, weil seine Versendung höhere Kosten (namentlich Versicherung und Zinsverlust) verursacht als jene von Devisen. In diesen Mehrkosten liegt eine Begrenzung für die Preisbewegung der Devisen, die nicht über den Punkt geht, bei dem Goldausfuhr, nicht unter jenen, bei dem Goldeinfuhr lohnend wird (Goldpunkte)“ [67]).

4. Etwaige Tributzahlungen.

Tributzahlungen sind nicht nur für das Land, in dessen Passivseite seiner Zahlungsbilanz sie erscheinen, eine schwere Belastung, sondern sie beeinflussen auch den Umfang des weltwirtschaftlichen Güteraustausches in hemmender Weise. Ein Großbeispiel dieser Art sehen wir in den deutschen Reparationszahlungen und ihren verheerenden Wirkungen auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen. Da die Tributzahlungen zu dem politischen Teil der die zwischenstaatliche Handelsbewegung bedingenden Faktoren gehören, werden wir ihre Untersuchung an der dafür bestimmten Stelle unten vornehmen.

IV. Sonstige Triebkräfte.

1. Ausgleichung der Differenziertheit des Rechts.

Harms [68]) meint, daß man von einer richtig entwickelten Weltwirtschaft erst dann reden könne, wenn ein einheitliches internationales Recht, das sog. Weltwirtschaftsrecht entwickelt sei. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die rein natürlich-technischen Hemmungen des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs (verschiedene Sprache, verschiedenes Recht, verschiedene Währungen, völkerpsychologische Verschiedenheiten) erheblich geringer werden, wenn in diesen Punkten eine gewisse Annäherung an Einheitlichkeit erreicht wird. In den drei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg wurde in Bezug auf Vereinheitlichung des Rechts viel erreicht. Es wurde ein Völkerrecht und ein internationales Privatrecht geschaffen. „Da sich nun auf Grund des Gesetzes die Menschen im zwischenstaatlichen Verkehr prinzipiell im Privatrecht gegenseitig gleichstellen, so muß ihr Verkehr eine Erleichterung dadurch gewinnen, daß die einzelnen Rechtssätze, Rechtsformen und Rechtsbegriffe in den verschiedenen Ländern, und zwar in möglichst vielen, einheitlich geordnet werden, oder daß ein ‚internationales Privatrecht' entsteht, das als Handels-, Wechsel- und Seerecht vor allem Bedürfnis ist" [69]). Darüber wurden in der Zeit von 1880—1910 zahlreiche internationale Verträge abgeschlossen, die darauf hinausgehen, daß die aus der Verschiedenheit der nationalen Eigenarten sich ergebenden Gegensätze überbrückt, die Verschiedenheiten ausgeglichen werden sollten.

2. Die Währungen.

Jeder Staat hat seine bestimmte Währung und seine Bewohner bilden eine Währungsgemeinschaft. „Ein Währungssystem besteht darin, daß der Staat das Verhalten des Geldes mannigfaltigen Regelungen unterwirft, die von den Währungsorganen angewandt werden und damit das tatsächliche Verhalten des Geldes mitbestimmen" [70]). Aus der Tatsache, daß diese Re-

gelungen in allen Staaten anders getroffen werden, ergibt sich die Verschiedenheit der Währungen.

Infolge der Verschiedenheit der nationalen Währungen ergibt sich ein Hindernis für den internationalen Handel. Wenn das Land A vom Land B etwas kaufen möchte, so muß der Kaufpreis in der Währung des Landes B bezahlt werden, z. B. möchte ein englischer Verkäufer von seinem französischen oder sonstigen Kunden nicht in Franken oder einer anderen Währung, sondern in Pfund Sterling bezahlt werden. Daraus ergibt sich für den internationalen Handel das Problem des Transfers, d. h. der Geldübertragung von einem Land ins andere. Die Währung jedes Landes hat vom ausländischen Standpunkt aus betrachtet einen bestimmten Kurs, der sich auf Grund des Angebots und der Nachfrage nach dieser Währung bildet, also auch immer gewissen Schwankungen ausgesetzt ist. Der Preis, der sich für eine bestimmte Einheit Auslandsgeld in entsprechenden Einheiten des Inlandsgeldes oder umgekehrt auf Grund der Angebot-Nachfrageverhältnisse bildet, heißt der intervalutarische oder Wechselkurs.

Die Schwankungen, denen der intervalutarische Kurs ausgesetzt ist, wirken auf den zwischenstaatlichen Kapitalverkehr stark hemmend, wodurch auch der Warenverkehr gehemmt wird.

Die Verringerung dieser Hemmungen glaubte man dadurch zu erreichen, daß die an der Weltwirtschaft wesentlich beteiligten Länder die Goldwährung, also eine Einlösungspflicht der Banknoten in Gold einführen. Bei der Goldwährung schwankt der Wechselkurs nur innerhalb der beiden Goldpunkte. Dadurch haben die am Verkehr mit Waren und Kapital Beteiligten eine sichere Grundlage für ihre Kalkulationen. Die Vorteile, die sich aus der Goldwährung ergeben, sind sehr beachtlich, aber es ist zu bedenken, daß die Goldwährung als internationales Geldsystem nur unter gewissen Voraussetzungen funktioniert. Sie funktionierte in der Zeit höchster weltwirtschaftlicher Entwicklung, also während der drei letzten Jahrzehnte vor dem Weltkrieg. Der Versuch, sie nach dem Krieg wieder einzuführen, war nicht sehr erfolgreich. Die Goldwährung ist an eine bestimmte Wirtschaftsordnung gebunden. Da nach dem Weltkrieg diese Ordnung eine andere geworden war, konnte auch die Goldwährung keinen dauerhaften Bestand haben. „Die Goldwährung ist das Währungssystem der freien Marktwirtschaft“ [71]). Die freie Marktwirtschaft ist aber heute vielfach durch Planwirtschaften aller Art mit vielen Bindungen ersetzt worden, sodaß auch die reine Goldwährung als international bedeutsames Währungssystem keinen Platz mehr hat. Ueber ihre zukünftigen Möglichkeiten sei auf den bereits zitierten Aufsatz von Lutz verwiesen.

3. Die Konjunkturbewegungen.

Der zwischenstaatliche Handelsverkehr ist außerordentlich stark konjunkturabhängig. Die Konjunkturbewegung eines Landes zieht gleich einige

andere in Mitleidenschaft (positiv oder negativ, je nachdem, ob die Konjunkturbewegung aufwärts oder abwärts geht). Infolge dieser gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten der Länder treten die größeren Konjunkturschwankungen etwa seit 1857 nicht mehr isoliert auf, sondern ziehen von ihrem Ausgangspunkt ab viele andere Länder mit in ihre Bewegung hinein. Es kommt also zu Weltkonjunkturen, die Zyklen von großer Regelmäßigkeit erzeugen.

Ueber die Konjunkturzyklen des Welthandels (der sog. kurzen Wellen) macht Wagemann folgende Angaben [72]):

Abstieg:	Aufstieg:	Zyklus:
1883—1886	1886—1890	7 Jahre
1890—1894	1894—1900	10 „
1900—1904	1904—1907	7 „
1907—1908	1908—1913 ?	6 „ ?

Im 19. Jahrhundert hat der Konjunkturabstieg in den europäischen Staaten vielfach dessen Bewohner teilweise dazu veranlaßt, auszuwandern, und zwar nach dünner besiedelten Ländern in Uebersee. Letztere erhielten dadurch eine raschere wirtschaftliche Entwicklung, wurden kaufkräftiger als zuvor, sodaß von ihrer Entwicklung aus auch Europa wieder Nutzen zog. In solchen Fällen liegt also im Niedergang bereits ein neuer Keim zum Aufschwung, der nur noch bestimmter Bedingungen zur Entfaltung bedarf.

C. Die erweiterte internationale Arbeitsteilung.

Die Theorie der komparativen Kosten, an ihr kontrolliert.

Wir haben oben gesagt, daß die Grundlage des zwischenstaatlichen Handels in der auf der natürlichen Verschiedenheit der Erdoberfläche beruhenden Arbeitsteilung liegt. Also auf der Tatsache des Bestehens von Agrar- und Industriestaaten, von dicht und dünn besiedelten Ländern. Streng genommen kann man hier nicht von einer Arbeitsteilung sprechen, etwa wie bei der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung oder bei der aus der Theorie der komparativen Kosten sich ergebenden Forderung des Liberalismus. Denn es wird ja hier keine Arbeit geteilt; der zwischenstaatliche Warenaustausch erfolgt nur auf Grund der klimatischen und geognostischen Unterschiede der Länder und der Verschiedenheit der Menschen. Der Ausdruck „internationale Arbeitsteilung“ wird deshalb hierfür auch von vielen Autoren abgelehnt (Harms und Eulenburg sprechen von einer Differenzierung der Produktionsgebiete, bzw. der Wirtschaftsgebiete und der Standorte). Eher könnte man von einer Arbeitsteilung sprechen, wenn z. B. zwei hochindustrialisierte Staaten wie Deutschland und England Industrieerzeugnisse austauschen. Und in der Tat war bis zu der Pfundabwertung England der beste Käufer Deutschlands. Auch sonst sehen wir, daß kaufkräftige Industriestaaten sich selbst die besten Kunden sind. Diese internationale

Arbeitsteilung im eigentlichen Sinn ist für den ökonomischen Liberalismus die Konsequenz, die er aus der Theorie der komparativen Kosten zieht. Wir wollen daher im Folgenden auf diese Theorie eingehen.

I. Darstellung der Theorie der komparativen Kosten.

Die Theorie der komparativen Kosten wurde in der auch heute noch vielfach verfochtenen Form wahrscheinlich von Ricardo [73]) begründet. Adam Smith hatte schon die Forderung aufgestellt, daß ein Land auf die Produktion eines Gutes verzichten soll, wenn dieses in einem anderen Land billiger erzeugt werden kann. Ricardo ging noch einen Schritt weiter, indem er forderte, daß ein Land auch dann auf die Herstellung einer Ware verzichten soll, wenn es diese zwar absolut billiger, aber komparativ teuerer herstelle als ein anderes Land. Das bekannte Beispiel Ricardos betrachtet den Austausch von Wein und Tuch zwischen Portugal und England. In der Erzeugung beider Waren ist Portugal absolut billiger als England. Trotzdem sei der gegenseitige Austausch — die Arbeitsteilung — für beide vorteilhaft, da jedes Land die Produktionszweige fördern soll, in denen es anderen Ländern gegenüber die relativ vorteilhaftesten Produktionsbedingungen habe. England brauche 100 Arbeiter, um eine bestimmte Menge Tuch herzustellen, für die Portugal 90 Arbeiter brauche. Aber mit 80 Arbeitern stelle Portugal soviel Wein her wie England mit 120 Arbeitern. In beiden Fällen ist also Portugal überlegen. Aber während bei der Tucherzeugung Portugal nur 10 Arbeiter weniger brauche, um die bestimmte Menge herzustellen, sei die Differenz bei der Erzeugung von Wein 40 zu Gunsten von Portugal. England hat also ein natürliches Interesse daran, Wein von Portugal zu importieren und diese Käufe mit dem Export von Tuch zu bezahlen. Aber auch für Portugal sei es vorteilhafter, sich ganz auf die Herstellung von Wein zu spezialisieren und sein Tuch von England zu kaufen. Der relative Vorteil der Herstellungsbedingungen soll maßgebend sein und jene Produktionszweige, die in einem Land relativ am günstigsten arbeiten, sollen auf Kosten anderer Produktionen ausgebaut und gefördert werden.

II. Begründung aus dem klassischen System.

Die Theorie der komparativen Kosten hat ihren Ursprung in der Arbeitswertlehre der Klassiker. Es sei an dieser Stelle gleich darauf hingewiesen, daß hier ein Hauptpunkt der Kritik ansetzt. Die Arbeitswertlehre nimmt die Arbeitskosten als allein bestimmend für den Tauschwert an. Demnach würden alle Güter mit gleichem Preis auch gleich viel an Arbeitsaufwand enthalten. Daß eine freie Beweglichkeit der Arbeitskräfte über die Landesgrenzen hinaus nicht besteht, anerkannte sowohl Smith als auch Ricardo. Auf Grund dieses Mangels an freier Beweglichkeit der Arbeit

unterscheiden die Klassiker — vor allem Ricardo — zwischen absoluten und komparativen Kostenunterschieden. Und dieser komparative Kostenunterschied ist entscheidend. Es wird also auch Portugal Tuch einführen, obwohl es dieses Tuch selbst billiger erzeugt als England, um seine Produktion ganz auf Wein zu konzentrieren, also auf das Gut, das es sehr viel vorteilhafter produziert als die übrigen Länder, und das es deshalb auch preismäßig vorteilhafter exportieren kann. Da die Klassiker eine freie Beweglichkeit der Arbeit über die Landesgrenze hinaus nicht unterstellten, war für sie die andere Konsequenz ausgeschlossen, daß die Arbeit nach dem Standort der günstigsten Produktion auswandert.

Haberler [74]) hat noch eine Ergänzung gebracht, um einem Teil der Kritik die Ansatzmöglichkeit zu nehmen. Er versucht einen entsprechenden Funktionszusammenhang zwischen den komparativen Arbeitskosten und den absoluten Geldpreisen aufzustellen. „Es muß daher gezeigt werden, wie die komparativen Kostendifferenzen in absolute Preisdifferenzen transformiert werden. Der Mechanismus, der diese Transformation bewirkt, ist sehr einfach und allbekannt. Es sei gestattet, ihn anhand eines kleinen Zahlenbeispiels in Erinnerung zu bringen.

Produktionsergebnisse und -kosten einer Zehntagearbeit in den Vereinigten Staaten und in Deutschland[75]).

Land	Tageslohn in $	Gesamtlohn in $	Produktion	Angebotspreis je Einheit in $
U.S.A.	1,5	15	20 Einh. Weizen	0,75
U.S.A.	1,5	15	20 „ Leinen	0,75
Deutschland	1,0	10	10 „ Weizen	1,00
Deutschland	1,0	10	15 „ Leinen	0,67

Haberler hat, da er die Unhaltbarkeit der alten klassischen Arbeitswertlehre erkannt hat, versucht, die Theorie ohne Arbeitswertlehre etwas anders zu formulieren, bzw. die Arbeitswertlehre aus der Theorie der komparativen Kosten zu eliminieren. Er konstruiert ein „Substitutionsverhältnis", welches die Austauschbeziehungen zweier Güter zwischen zwei Ländern bestimmen soll. Es wird angenommen, daß in zwei Ländern zwei verschiedene Güter in einem umgekehrten Herstellungsverhältnis stehen. Konstante Kosten werden vorausgesetzt. Dann können im Land I „für jede Einheit des Gutes A, auf die man verzichtet, zwei Einheiten des Gutes B hergestellt werden. Im Lande II ist das Substitutionsverhältnis umgekehrt." [76]). Er stellt dann noch das Schema einer Substitutionskurve dar, welche die Verbindungslinie der Punkte darstellt, die man erhält, wenn man die Produktionsergebnisse eines Landes betrachtet, wobei zuerst nur das

Gut B erzeugt wird, dann noch ein Teil des Gutes A, wodurch man auf einen Teil des Gutes B verzichten muß. Je mehr man auch von dem Gut A produziert, desto weniger bekommt man von B, und zwar „herrscht das Gesetz des abnehmenden Ertrages von A in B (und auch von B in A)“ [77]). Das heißt, der Ertrag der Erzeugung des einen Gutes nimmt nicht nur in dem Maße ab, als weniger Produktionsmittel für seine Erzeugung eingesetzt und der Produktion des anderen Gutes zugeführt werden, sondern progressiv. Wieviel nun von den Gütern A und B erzeugt werden, hängt von der Nachfrage ab, d. h. wenn das — vorteilhafterweise allein erzeugte — Gut B keinen vollen Absatz findet, dann wird entsprechend dem Umfang dieser Nachfrage auch ein Teil von A erzeugt werden.

Obwohl Haberler nun für die Theorie der komparativen Kosten die Arbeitswertlehre eliminiert hat, bzw. gezeigt hat, wie sie zu eliminieren ist, unterstellt er doch in seinen weiteren Betrachtungen („der Einfachheit halber“) das Vorhandensein nur eines einzigen Produktionsfaktors.

III. Kritik.

Gegen die Theorie der komparativen Kosten ist Vieles einzuwenden. Haberler hat geglaubt, den einen großen Mangel der einseitigen Produktionskostenbetrachtung zu beseitigen, indem er die Arbeitswertlehre von der Theorie der komparativen Kosten trennte. Ob seine theoretische Konstruktion aber wirklich haltbar ist, erscheint sehr zweifelhaft, da er ja selbst darauf verzichtet hat, mit ihr zu arbeiten, und sich begnügte, die Möglichkeit einer Ausschaltung der Arbeitswertlehre zu zeigen.

Habeler meinte den gegen die klassische Formulierung der Theorie erhobenen Vorwurf der Nichtberücksichtigung der Nachfrage beseitigen zu können. Scheinbar ist ihm dies gelungen, wie seine Substitutionskurve zeigt. Er sagt, wenn die Nachfrage nach dem mit größtem Kostenvorteil hergestellten Gut nicht so groß ist, als tatsächlich davon erzeugt werden könnte, so werden für das Weniger an Nachfrage eben andere Güter erzeugt. Damit wird dann also nicht nur der Vorteil, der sich aus der komparativen Kostengestaltung ergibt, illusorisch, sondern Habeler läßt auch das Zeitmoment unberücksichtigt und vergißt die engen funktionellen Beziehungen, die zwischen der Nachfrage und Kaufkraft eines Landes und den entsprechenden Angeboten anderer Länder besteht. Ein plötzlicher teilweiser Nachfrageausfall eines Landes wirkt alsbald auf seine sämtlichen Kunden und Lieferanten und vernichtet das bestehende Marktgleichgewicht. Diese Beziehungen können nie völlig ausgeglichen sein, da ja schon die kleinsten Störungen ungeheuer vergrößerte Wirkungen hervorrufen würden. Wenn in einem Land, das sich bisher nur auf die Produktion eines Gutes oder einiger Güter beschränkte, die es vorteilhaft vor anderen herstellte, plötzlich die Nachfrage von auswärts teilweise ausbleibt, so kann dieses

Land sofort nicht mehr in demselben Umfang wie bisher bei anderen Ländern als Käufer auftreten, die nun binnen kurzer Zeit nacheinander alle von einer Ueberproduktion ihres „einen Gutes", das sie mit komparativem Kostenvorteil hergestellt haben, stehen. Andererseits stehen sie vor einer großen Unterversorgung mit allen übrigen Gütern, die sie auf Kosten des einen vernachlässigten. Denn sie können ihre Nachfrage nur mit dem Erlös ihres Angebots befriedigen. Man kann also wohl mit Recht sagen, daß auch Haberler die Nachfrage- und Kaufkraftverhältnisse in Wirklichkeit nicht voll würdigte.

Soweit die Kritik an einigen der zahlreichen neoklassischen Formulierungen, die vom theoretischen Standpunkt betrachtet zwar beachtliche Verbesserungsversuche zeigen und sich bemühen, die in der allgemeinen Preistheorie und Wertlehre gemachten neueren Erkenntnisse auch in den Dienst einer Neuformung der Theorie der komparativen Kosten und des internationalen Handels überhaupt zu stellen. Allerdings wirken alle diese Versuche — soweit sie überblickbar sind — darum nicht so, daß diese Theorie lebensnäher wirkt, was wohl in den allgemeinen Ansatzpunkten der Datenwahl begründet ist.

Eine kurz zusammenfassende allgemeine Kritik muß vor allem folgende Punkte festhalten:

1. Der allgemeine Ausgangspunkt der alten (englischen) Klassiker war mit der Zugrundelegung ihrer Wertlehre bereits in eine einseitige Bahn gelenkt. Dies wurde auch von vielen neueren Autoren erkannt, so von Ohlin [78]), Eulenburg [79]), Pareto [80]) u. a. Da Ricardo die Produktionskosten nicht in Geld, sondern in Arbeitstagen mißt, so muß er den übrigen Produktionsfaktoren gegenüber derartige Vereinfachungen machen, daß das ganze System ziemlich willkürlich wirkt. Von der Grundrente wird überhaupt abgesehen und das Kapital wird in denselben Mengen wie die aufgewendete Arbeit angenommen. Dies trifft nicht zu. Wir sehen viele kapitalintensive Betriebe, in denen das Kapital um ein Vielfaches mehr als die Arbeit beteiligt ist und umgekehrt bei arbeitsintensiven Produktionen. Diese Unterschiede bestehen sogar bei der Gegenüberstellung ganzer Volkswirtschaften: kapitalreiche Volkswirtschaften mit niedrigem Zins und hohen Löhnen, und andererseits kapitalarme Länder mit hohem Zins und niedrigen Löhnen. Nicht einmal die verschiedenen Arbeitsqualitäten können bei dem Ricardianischen System berücksichtigt werden [81]). Daraus resultiert auch die mangelhafte Berücksichtigung der verschiedenen Ergiebigkeit von Landwirtschaft und Industrie.
2. Die Nachfrage- und Kaufkraftverhältnisse, sowie die Gleichgewichtsbedingungen, die für den Austausch mindestens ebenso maßgebend sind wie die komparativen Kosten, wurden zwar teilweise — so insbe-

sondere von J. St. Mill und Bastable — gesehen, aber trotzdem dann wieder vernachlässigt. „Diese Gleichgewichtsbedingungen können jedoch nicht in technischen Ausdrücken dargestellt werden, da sie rein wirtschaftlicher Natur sind. Sie setzen nämlich voraus, daß der Wert der Einfuhr dem Wert der Ausfuhr zu entsprechen hat. Es muß hierbei beachtet werden, daß alle internationalen Transaktionen, die nicht den Warenaustausch betreffen, ausgeschlossen sind. Nur dadurch, daß der Wert der ein- und ausgeführten Waren in Geld gemessen wird, kann der Umstand berücksichtigt werden, der das Wesen des Außenhandels bestimmen kann.“ [82]).

3. Daß die Warenpreise nicht nur von den Kosten der drei Produktionsfaktoren abhängen, sondern daß für die Preislage auch noch eine Reihe anderer Momente mitbestimmend sind, haben die Klassiker ebenfalls vernachlässigt. „Die Leistungsfähigkeit eines Landes im Verhältnis zum Ausland ist aber nicht nur nach den Arbeitskosten einer Ware zu beurteilen, sondern die Preislage ist entscheidend, und diese ist bestimmt: 1. durch eine Reihe anderer die Kosten beeinflussender Umstände, wie Produktionsumfang, ferner Steuern und damit Kosten der gesamten Kultur eines Landes, soweit sie durch Steuern bestritten wird; 2. durch die Nachfrage, also auch den Einkommenaufbau und die Kapitalkraft.“ [83]).

Daß die Politik eines Landes eine völlige Verflechtung in die Weltwirtschaft verhindert, braucht nicht unökonomisch zu sein. Friedrich List hat uns mit seiner Theorie der produktiven Kräfte gezeigt, daß die Produktionskosten durchaus nicht konstant sind, sondern daß die Produktionsfaktoren eines Landes sehr wohl entwicklungsfähig sein können, sodaß es, auf die Dauer betrachtet, auch vom ökonomischen Standpunkt aus gerechtfertigt ist, vorübergehend Schutzzölle zu erheben, um die heimischen Produktivkräfte sich soweit entwickeln zu lassen, daß sie konkurrenzfähig werden. Es kommt eben auf die Entwicklungsmöglichkeit dieser Produktivkräfte und auf die wirtschaftliche Struktur eines Landes an. So könnten z. B. Länder wie Holland, Belgien, England, Dänemark u. a. relativ leicht freihändlerisch sein, da sie als einseitige Industriestaaten (Belgien und England) oder als Länder, die fast nur eine veredelte Agrarwirtschaft haben (Holland und Dänemark) keine anderen Wirtschaftszweige zu schützen haben, um ihnen den heimischen Markt zu sichern. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn wir etwa Länder wie Frankreich, Deutschland, U.S.A. oder das alte Oesterreich-Ungarn betrachten, die eine ganz andere wirtschaftliche Struktur aufweisen und sehr viel mehr des Schutzes vor ausländischer Konkurrenz bedürfen. Das noch wichtigere Moment der größeren politischen Freiheit lassen wir an dieser Stelle unberücksichtigt.

Ricardo nahm als empirische Unterlage für seine Theorie den englisch-portugiesischen Methuen-Vertrag von 1703 an, der für diese Theorie tat-

sächlich eine weitgehende Bestätigung bedeutet, aber eben doch nicht so gelagert ist, daß er für eine Verallgemeinerung geeignete Beweise liefern könnte. Denn die Produkte, die England von Portugal kaufte, konnte es bei aller Förderung seiner eigenen Produktivkräfte doch nie so günstig herstellen wie Portugal. Aber als Regelfall kann man die aus dem Methuen-Vertrag für einen allgemeinen Vorteil der internationalen Arbeitsteilung sprechenden Argumente nicht ansehen.

Eulenburg [84]) hat darauf hingewiesen, daß die komparative Kaufkraft das Entscheidende für die zwischenstaatlichen Güterbewegungen ist. Demgegenüber hat Colm [85]) versucht, die Gültigkeit des Gesetzes der komparativen Kosten zu beweisen. Er anerkennt die Einwände Eulenburgs, meint aber, daß dadurch die Gültigkeit dieser Lehre nicht ohne weiteres eingeschränkt werden müsse. Colm kommt auf Grund schematischer Darstellung der Preisbildung im internationalen Handel zu dem Ergebnis, daß „die Gültigkeit der klassischen Theorie völlig unabhängig von der Gestaltung oder Entwicklung der Angebots- und Nachfragestruktur sei . . Das gesamte Kosten- und Kaufkraftniveau wird verschoben, ohne das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen Waren zu verändern." [86]). Eine Betrachtung der von Colm unterstellten Prämissen [87]) zeigt uns aber, daß Eulenburg doch recht hat, wenn er darauf hinweist, daß „ein Prinzip, das nur unter ganz bestimmten und beschränkten Bedingungen zutrifft, mag es auch exakt formuliert sein, zur Erklärung bedeutungslos bleibt, wenn sein Anwendungsgebiet zu klein ist" [88]).

Schließlich zieht Colm auch noch die übrigen Zahlungsbilanzelemente mit in die Betrachtung und hält auch dafür eine Anwendung der Theorie der komparativen Kosten möglich [89]). Das Eulenburg'sche Prinzip der komparativen Kaufkraft interpretiert er so, daß es im „Gesetz der komparativen Kosten bereits enthalten" sei, da „die Kaufkraftgestaltung durch die Angebotsgestaltung mit bedingt sei [90]).

Eine grundsätzliche (nicht nur methodisch-sachliche) Kritik muß an dem Ausgangspunkt der Klassiker ansetzen. Dieser ist gekennzeichnet durch den „Ricardianischen Raum", d. h. die vollkommen freie Marktwirtschaft, die keinerlei Störungen von Seiten der Politik erfährt. In ihr erfolgt die Preisbildung nur nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage; es gibt grundsätzlich kein allgemeines Ueberangebot und keine allgemeine Ueberproduktion, da die Kaufkraft — und damit die Nachfrage — aus der Produktion selbst gewonnen wird. Nach der klassischen Lehre steigen Kaufkraft und Realeinkommen mit der Produktion; um die Kaufkraft zu steigern, muß die Produktion gesteigert werden. Dies trifft für die Weltwirtschaft aber nur dann zu, wenn keinerlei Störungen politischer oder sonstiger Art den Absatz hemmen. Der Fehler, den die klassische Lehre macht, liegt darin, daß sie ohne weiteres das Nichtvorhandensein solcher Störungs-

faktoren annahm. Ferner kennt die klassische Lehre kein Quantenproblem, welches den Grundfehler dieser Theorie zeigt: die Lehre von der prästabilierten Harmonie, die das Zeitmoment völlig ignoriert.

2. Teil.

Die Einwirkung politischer Momente auf die zwischenstaatliche Handelsbewegung.

A. Der Einfluß geistig-politischer Strömungen auf die Intensität des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs.

Die jeweiligen Geistesströmungen einer bestimmten Zeit bedingen nicht nur die staatsrechtlichen Formen, sondern auch das Ausmaß und den Umfang des zwischenstaatlichen Handels. So kommt es, daß immer eine sehr enge Beziehung zwischen den geistig-politischen Tendenzen und der Intensität des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs einer bestimmten Epoche besteht. Nur unter diesen Umständen können wir die wirtschaftlichen Formen der Zeit des Absolutismus und des Liberalismus verstehen. Die Erforschung dieser geistigen Bewegungen kann daher nicht nur Aufgabe des Historikers und der staatstheoretischen Forschung sein, sondern muß auch von dem Wirtschaftstheoretiker berücksichtigt werden. Die Berücksichtigung dieser Momente ist der historischen Schule und auch Friedrich List als großes Verdienst anzurechnen. Eine vollständige Wirtschaftstheorie, die Anspruch auf größeren Geltungsbereich erhebt, kann nur unter Einbeziehung der großen Entwicklungslinien der Geschichte ein brauchbares Werkzeug für die Wirtschaftspolitik sein. Die klassische Richtung hat in dieser Beziehung vollständig versagt und auch die Grenznutzenschule muß in diesem Punkt kritisiert werden.

Wie groß der Einfluß dieser Strömungen und der Umfang ihrer praktischen Auswirkungen auf den internationalen Handel ist, sehen wir bei der Betrachtung zweier großer Extreme: des Autarkieideals und der Forderung des ökonomischen Liberalismus. Der Umfang des internationalen Handels bewegt sich hier zwischen 0 und 100%, d. h. im ersten Fall einer tatsächlichen Verwirklichung des Autarkieideals gibt es überhaupt keinen internationalen Handel, während im zweiten Fall eine restlose Durchführung der internationalen Arbeitsteilung stattfindet ohne irgendwelche zollpolitischen oder sonstigen Hindernisse. Beide Grenzfälle sind selbstverständlich ganz grob überspitzte Formulierungen; ihre Verwirklichung kann ernsthaft nicht gefordert werden und wäre auch nicht wünschenswert.

Im folgenden wollen wir in kurzen Zügen auf diese Zusammenhänge eingehen.

I. Die Forderung des ökonomischen Liberalismus.

Das Wunschbild der klassischen Schule und ihrer epigonenhaften Vergröberung — des Manchestertums — erfuhr in den Jahren nach 1875 bis zum Ausbruch des Weltkrieges eine weitgehende Verwirklichung. Die Voraussetzungen dafür waren auch sehr günstig. Die liberalen Strömungen, die ihren Ursprung in den nordamerikanischen Unabhängigkeitskämpfen, der französischen Revolution und den südamerikanischen Freiheitskämpfen hatten, setzten sich nach einigen Rückschlägen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts schließlich durch. Die ökonomische Entwicklung, verbunden mit den gemachten Erfindungen und Fortschritten der Technik bildeten für die weltwirtschaftliche Entfaltung ebenfalls einen günstigen Ausgangspunkt. Europa begann sich in ziemlich raschem Tempo zu industrialisieren und erhielt aus der herrschenden Wirtschaftsordnung des Hochkapitalismus heraus mächtige Antriebsmomente. Schließlich war die damalige Zeit sehr geringen politischen Störungen ausgesetzt. Die kriegerischen Auseinandersetzungen spielten sich nur an der Peripherie der sich entwickelnden Weltwirtschaft ab, so in Ostasien (China-Japan; Japan-Rußland), in Amerika (U.S.A.-Spanien) und auf dem Balkan. Die kolonialen Unternehmungen der europäischen Industriestaaten, die Feldzüge gegen China und die süd- und mittelamerikanischen Wirren innerpolitischer Art berührten die Weltwirtschaft doch nur relativ wenig. Europa begann die wirtschaftliche und politische Eroberung der Welt und erreichte bis zum Weltkrieg darin solche Fortschritte, wie sie nie in der Geschichte zuvor zu bemerken sind. Als aber mit dem Weltkrieg die europäischen Staaten sich gegenseitig zu zerfleischen begannen, da änderte sich das Bild erheblich. Die Frage ist nur die, ob dieses Ereignis als Ursache oder nur als Anlaß dafür anzusehen ist. Es ist hier nicht der Ort, um dieses Problem einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Aber es ist vielleicht nicht ganz unrichtig, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß all diese Ereignisse seit 1914 im kapitalistischen System selbst begründet sind, daß der aus diesem System geborene Imperialismus sich totgelaufen hatte. So begann nach dem Weltkrieg eine Enteuropäisierung des Welthandels, deren Umfang heute noch nicht abzusehen ist.

Die volle weltwirtschaftliche Entwicklung hatte allen Beteiligten neben den vielen ökonomischen Vorteilen auch die politischen Nachteile einer gegenseitigen Abhängigkeit gebracht, die auf kleinste Störungen sofort sehr unangenehm reagierte. Diese Störungen nahmen solche Ausmaße an, daß die vielfach aufgeworfene Frage erörtert wurde, ob denn die vorübergehenden Vorteile das Risiko rechtfertigen, sich auf die Dauer in eine solche Abhängigkeit zu begeben, die zwar wirtschaftliche Vorteile bringt, die aber mit der Preisgabe nationaler Macht bezahlt werden mußte. Die Nationalpolitik tritt in unserer Zeit gegenüber der Weltpolitik wieder in den Vordergrund. Man sagt sich mit Recht, daß es — auf die Dauer betrachtet —

vorteilhafter ist, sich in erster Linie auf den nationalen Markt zu stützen, die produktiven Kräfte der eigenen Wirtschaft nach Möglichkeit zu heben und sich an der Weltwirtschaft nur in einem Umfang zu beteiligen, der die eigene Wirtschaft nicht gefährdet.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob die kapitalistische Entwicklung nicht ihre Sättigungsgrenze erreicht hat, d. h. daß diese Entwicklung, die an sich danach tendiert, schließlich die ganze Welt in ein einziges Wirtschaftsgebiet zu verwandeln, den Punkt erreicht hatte, von dem ab eine weitere wirtschaftliche Verflechtung auch politische Räume bilden mußte, welche allmählich das Eigenleben vieler Völker vernichtet haben würde. Die Dynamik des Kapitalismus scheiterte also schließlich an den politischen Abwehrmaßnahmen der Völker, die ihr politisches Geschick nicht weiterhin einer Entwicklung überlassen wollten, deren letzte Folgen nicht abzusehen waren. „Der dem Kapitalismus innewohnende Expansions- und Unendlichkeitsdrang ist eine mächtige Triebkraft der Hervorrufung immer neuer Bedürfnisse zum Zweck der Kapitalverwertung, Kapitalbildung und Gewinnerzielung und dieser Expansionsdrang tendiert zur unbeschränkten räumlichen Ausbreitung und Ausdehnung über die ganze Welt in Verbindung mit ständiger Intensivierung der Bedürfnisse nach allen Richtungen hin“ [91]). Von diesem Expansionsdrang nicht restlos aufgesogen zu werden, war der Wunsch aller kleineren und mittleren Staaten und es wurde kehrtgemacht gegen die in der Aera des Liberalismus herrschende Auffassung von einem Primat der Wirtschaft über die Politik. Daß demgegenüber auch keine vollkommen souveräne Ueberlegenheit der Politik gegenüber der Wirtschaft möglich ist, leuchtet ein. Trotz des Primates der Politik gegenüber der Wirtschaft muß der Wirtschaftspolitiker immer die dem wirtschaftlichen Ablauf innewohnenden Gesetzmäßigkeiten beachten. „Machtmaßnahmen, die sich über psychische, natürliche und technische Grundlagen der Wirtschaft hinwegsetzen, zerbrechen an diesen Grundlagen“ [92]). Zwischen diesen beiden Klippen — Beachtung wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten, aber nicht N u r b e a c h t u n g allein dieser Faktoren — muß eine zweckmäßig orientierte Wirtschaftspolitik schwanken. „Denn so unbezweifelbar es ist, daß die zwischenstaatliche Arbeitsteilung allen Völkern den größten Reichtum verbürgt, — es gibt höhere Staats- und Volksziele als die Steigerung des Wohlstandes ... Und selbst wenn Deutschland noch immer mißleitet und verblendet genug wäre, um einzig nach Vermehrung des Reichtums zu streben, so hätte es nicht die Macht und in seinem heutigen Zustand auch nicht die Ueberzeugungskraft, um, wie einst England, die Weltpolitik in diese Richtung zu zwingen“ [93]).

Die Aussichten auf eine größere Intensivierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen sind also für die nächste Zeit gering und es ist nicht anzunehmen, daß jemals wieder eine derartige wirtschaftliche Verbundenheit der Völker eintreten wird, wie wir sie im endenden 19. und beginnenden 20.

Jahrhundert sahen. „Der Geschichtsschreiber, welcher dereinst die Jahrzehnte der Weltwirtschaft darstellt, wird nur mit Schwierigkeit den Menschen eines anderen Zeitalters die geistigen Voraussetzungen erklären können, deren Zusammenwirken zum Aufbau jenes eigenartigen Gebildes erforderlich war. Ja, vielleicht ist die Zeit schon nicht mehr fern, da die Erzählungen von diesem absonderlichen Weltzustand einem neuen Geschlecht nicht minder sagenhaft erscheinen wird als dem heutigen der Bericht vom nicht weniger geschichtlichen, nicht vermesseneren und nicht vergänglicheren Turmbau zu Babel ... denn der Turm von Babel war noch auf festem Grund gebaut — die Weltwirtschaft des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts aber war errichtet auf geistigen und politischen Fundamenten von solcher Brüchtigkeit, daß der erste Ansatz gestaltenden oder zerstörenden Geschehens sie in Staub auflösen und leichter als Flugsand verwehen konnte' [94]).

Demgegenüber möchte Keynes [95]) die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft als „Wachstumsschmerzen eines allzu raschen Aufschwungs" darstellen und „die Anpassungsschwierigkeiten zwischen zwei aufeinanderfolgenden Wirtschaftsperioden" für die Krise verantwortlich machen. Nach Ueberwindung der augenblicklichen Not erwartet er „den größten Umschwung, der sich jemals auf dieser Erde für die gesamte Menschheit ereignete".

Die Gegenüberstellung solch kraß gegensätzlicher Auffassungen zeigt uns, wie sehr hierin eine bestimmte weltanschauliche Grundhaltung ausschlaggebend ist. Sicher ist, daß der Mensch immer auf das Zustandekommen und die Gestaltung geistiger Strömungen einen entscheidenden Einfluß ausübt. Es kommt nur auf die Stärke der hinter diesen Geistesströmungen stehenden Faktoren an. Darüber lassen sich Prognosen nicht genau aufstellen. Jedenfalls muß die Auffassung des historischen Materialismus abgelehnt werden, die das wirtschaftliche Geschehen als die Grundlage des gesamten Gesellschaftsprozesses überhaupt ansieht.

Sombart [96]) kommt auf Grund seiner langjährigen Forschungen zu folgendem Ergebnis: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird außerhalb Westeuropas sich weiter ausbreiten. Dadurch wird die Existenzbasis für Westeuropa, dessen Wirtschaft im letzten Jahrhundert sich auf der Ausbeutung der übrigen Länder der Erde aufgebaut hat, verkleinert, das Tempo seiner Reichtumsentfaltung verlangsamt, seine wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit verstärkt werden ... Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird sich in den „kapitalistischen" Ländern n i c h t weiter ausbreiten, weil einerseits die vor- und außerkapitalistischen Wirtschaftssysteme (Eigenwirtschaft, Handwerk, Bauerntum) sich in ihrem bisherigen Umfang erhalten oder sich sogar noch ausdehnen werden, andererseits die nachkapitalistischen Wirtschaftssysteme dauernd und zunehmend an Bedeutung gewinnen werden

(genossenschaftliches Wirtschaftssystem, Gemeinwirtschaft, gemischt-öffentliche Unternehmung) ... Die Wirtschaftsperiode, in die wir eingetreten sind, trägt damit das Gepräge einer Uebergangszeit: sie ist die Spätepoche des herrschenden, die Frühepoche eines zur Herrschaft drängenden Wirtschaftssystems."

II. Das Autarkieideal.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland, die schließlich auch Einbußen der politischen Selbständigkeit nach sich ziehen kann, erweckt besonders in Krisenzeiten viele Bestrebungen nach Abschließung vom Ausland. Es ist bemerkenswert, daß bereits Fichte die Idee des geschlossenen Handelsstaats vertrat, obwohl doch zu seiner Zeit durchaus noch keine weltwirtschaftliche Abhängigkeit vorhanden war. Aber trotz der geringen weltwirtschaftlichen Beziehungen machte sich für die Länder des europäischen Festlandes die napoleonische Maßnahme der Kontinentalsperre ziemlich drückend bemerkbar. Anders bei England. Dieses Land hatte zwar ebenfalls unter den Maßnahmen der Kontinentalsperre zu leiden, aber es zog aus diesem Ereignis eine andere Lehre. England erkannte, daß nur eine starke Rüstung zur See eine dauernde Garantie für seinen Außenhandel bedeuten würde. Nirgends kam in England der Gedanke an völkswirtschaftliche Autarkie auf, wohl aber zeigten sich verstärkte Bemühungen seitens Englands, seine Seerüstungen und Flottenstützpunkte zu verstärken und auszubauen.

Für die Autarkie sprechen zwei Punkte:

1. die größere politische Unabhängigkeit, und
2. das Argument der Krisenfestigkeit gegenüber den Schwankungen der Weltschaftskonjunktur.

Diese beiden Punkte sind aber nur scheinbar positiv. In Wirklichkeit wird durch eine gewaltsam durchgeführte Absperrung gegen das Ausland weder politische Unabhängigkeit, noch wirtschaftliche Krisenfestigkeit erreicht.

Die gegen die Autarkie sprechenden Momente sind derart gewichtig, daß dieses nie zu realisierende Ideal heute nirgends mehr als ernsthafte politische Forderung geltend gemacht werden kann. Wir wollen diese Momente einer kurzen Betrachtung unterziehen.

1. Kein Land, auch der größte Wirtschaftsraum, hat sämtliche Rohstoffe und Bodenschätze vereinigt.
2. Von einer gewissen Bevölkerungsdichte ab ist es unmöglich, die Ernährung des Volkes auf der Basis eines Agrarstaates sicherzustellen. Industrialisierung aber bedingt immer einen zwischenstaatlichen Warenaustausch.

3. Gewaltsam erzwungene Autarkie geht letztlich auf Kosten von Einbuße an staatlicher Macht, was schließlich zu einer Minderung der politischen Freiheit führt.
4. Nach dem heutigen Stand der Zivilisation ist eine wirtschaftliche Isolierung nicht möglich ohne schwerste Gefährdung der ganzen sozialen Grundlagen eines Volkes. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß eine solche wirtschaftliche Abschließung heute überhaupt unmöglich ist.

Ad. 1.

Sämtliche Industrieländer der Erde sind außerstande, ihren großen Rohstoffbedarf selbst zu decken. Dies gilt sogar für solch weiträumige Wirtschaftsgebiete, wie sie die U.S.A. darstellen. Auch ihnen fehlen zu einer Verwirklichung der völligen Autarkie gewisse Rohstoffe, so z. B. Manganerze, Gummi, Kali, Seide usw. Erst recht trifft dieser Mangel für die europäischen Industriestaaten auf, welche bei dem heutigen Stadium ihrer Industrialisierung vielfach nicht die elementarsten Grundstoffe auf eigenem Boden erzeugen können. So ist zum Beispiel Deutschland im Zeitalter der Elektrizität auf eine große Einfuhr von Kupfer angewiesen. Inwieweit es die Technik allmählich möglich macht, auf künstlich zu erzeugende Ersatzstoffe überzugehen (Aluminium statt Kupfer, Kunstfaser statt Baumwolle, synthetisches Benzin u. a.), ist heute noch nicht abzusehen.

Ad. 2.

Ein viel bedeutsameres Argument ist das der Ernährung einer großen Bevölkerung auf der schmalen Basis des eigenen politischen Raumes. Wagemann [97]) hat nachgewiesen, daß von einer bestimmten Bevölkerungsdichte ab die Industrialisierung und Verflechtung in die Weltwirtschaft Voraussetzung für die Ernährung der Bevölkerung wird. „100 Menschen auf den Quadratkilometer könnte man bildhaft als bevölkerungspolitischen ‚Siedepunkt' bezeichnen, bei dem in der Ertragswirtschaft der ‚Industriestaat' erzwungen wird. Wenn die Bevölkerung wie in den einzelnen europäischen Gebieten die Dichte von 150 bis 300 Menschen auf den Quadratkilometer erreicht, dann vermag sie sich nur mit Hilfe der Großindustrie und auch nur unter Zuhilfenahme der Außenmärkte zu ernähren". Hochindustrialisierte Staaten benötigen also nicht nur Rohstoffe für ihre Industrien, sondern müssen in erster Linie Industriewaren exportieren, um mit dem Erlös ihre Bevölkerung ernähren zu können. Zu der industriellen Weltmarktverflechtung dieser Länder kommt dann noch die alle Staaten umfassende Kreditverbundenheit.

Auch die heute in der Industrialisierung begriffenen Agrarländer können nicht autark sein, denn „jedes neue Stadium der Industrialisierung erzeugt zunächst einen neuen und erweiterten industriellen Zuschußbedarf, wie ihn nur ein vielgliedriger Industriekörper befriedigen kann" [98]). Außerdem kann diese Industrialisierung in größerem Umfang nur mit auswärtiger Kapitalhilfe ermöglicht werden. Diese Kapitalbeziehungen tragen aber — wie wir oben

gesehen haben — noch zu einer Intensivierung des internationalen Handels bei, wirken also der Autarkietendenz entgegen.

Ad. 3.

Ein sehr wesentliches Moment, das gegen eine Verwirklichung des Autarkieideals spricht, ist der Gesichtspunkt der Landesverteidigung. Diese erfordert, daß die Rüstungs- und die mit ihnen zusammenhängenden Industrien immer ihre uneingeschränkte Rohstoffversorgung erhalten, welche wiederum nur durch entsprechenden Export von anderen Erzeugnissen gewährleistet wird.

Die Forderung nach volkswirtschaftlicher Autarkie kann also niemals aus den Interessen der Landesverteidigung heraus begründet werden. Weiträumige Wirtschaftsgebiete, wie etwa die U.S.A., Rußland oder das Britische Imperium könnten eine kurzfristige Autarkisierung allenfalls noch vornehmen, müßten dafür allerdings die ökonomischen Nachteile mit in Kauf nehmen, die sich aus einer vorübergehenden Vernachlässigung des Weltmarktes immer ergeben. Niemals aber wäre eine solche Abschließung für die europäischen Industriestaaten mit ihrer starken Weltmarktverflochtenheit möglich. Darauf weist auch das von Generalleutnant Muff auf der Konferenz von Oeynhausen erstattete Gutachten hin [99]). Muff untersucht für Deutschland auf Grund seiner besonderen wirtschaftlichen Struktur die Notwendigkeiten seines Verhaltens in handelspolitischer Beziehung. „Die Notwendigkeit der Rohstoffversorgung und die Erhaltung einer industriellen Grundlage der Kriegführung zwingen gemäß der natürlich-historischen Wirtschaftsstruktur Deutschlands zu Export und Import und damit zum Anschluß an die Weltwirtschaft".

Ad. 4.

Eine Minderung der Weltmarktabhängigkeit bringt gewisse ökonomische Nachteile dann, wenn die aus der Zurückziehung von der internationalen Arbeitsteilung entstehenden Reibungsverluste größer werden als die Verluste, die dann entstehen, wenn die heimischen Produktivkräfte eines Landes einseitig auf Kosten anderer vernachlässigt werden und dann plötzlich bei krisenhafter Entwicklung der Weltwirtschaft die bisher vernachlässigten und nunmehr benötigten Produktionen einen großen Teil ihrer früheren Leistungsfähigkeit eingebüßt haben. Aber die völlige wirtschaftliche Isolierung eines Landes würde derartige Verluste bringen, daß der Stand der bisherigen Zivilisation verlassen werden müßte und nur noch einen Bruchteil seiner früheren Höhe betragen würde. Es ist klar, daß kein Volk auf die Dauer ein derartiges soziales Experiment ertragen könnte.

Die Norm, an der sich die wirtschaftspolitische Beurteilung dieses Problems orientiert, kann hier niemals die Autarkie um ihrer selbst willen fordern. Aus der Tatsache, daß ein dichtbevölkerter Staat seine Bevölkerung nur durch Export von Industrieerzeugnissen ausreichend ernähren

kann, ergibt sich — wie bereits erwähnt —, daß ein solcher Verzicht auf Industrieexport den Lebensstandard dieses Volkes auf ein Niveau herabdrücken würde, das auch von außerökonomischen Gesichtspunkten aus unhaltbar wäre. Der Einwand, daß durch den Verzicht auf Industrieexport die dadurch freiwerdenden Produktionskräfte in den Dienst der nationalwirtschaftlichen Versorgung gestellt werden könnten, erledigt sich durch den Hinweis auf die zu knappe agrarische Basis eines dichtbevölkerten Staates.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Tendenz vieler Staaten, sich wirtschaftlich abzuschließen, ist nicht als das alleinige Produkt von Geistesströmungen der gekennzeichneten Art anzusehen, sondern ergab sich vielfach aus der Not des Augenblicks und infolge des Versagens der liberalistischen Weltwirtschaft. Eine direkt entgegengerichtete Reaktionsbewegung aber ist ebenso abzulehnen. Diese Ablehnung wurde von den verantwortlichen Staatsmännern wiederholt zum Ausdruck gebracht. So auch von Hitler, wenn er in seiner Mairede sagte: „Wir alle sind der Ueberzeugung, daß die restlose Durchführung des Gedankens der wirtschaftlichen Autarkie aller Staaten, wie sie sich heute anzubahnen droht, von einer höheren Warte aus gesehen unklug und in ihrem Ergebnis für alle Völker nur schädlich sein kann. Es ist wirtschaftlich gesehen wenig vernünftig, aus natürlich gegebenen Agrar- und Rohstoffgebieten künstlich Industrieländer zu machen und umgekehrt die menschenüberfüllten Industriestaaten zu einer primitiven Rohstoff- oder gar Rohstoffersatzerzeugung zu zwingen“ [100]).

III. Die Idee der Großraumwirtschaften (Imperialismus).

Um den großen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten auf andere Weise zu entgehen, wurde vielfach die Bildung von Großraumwirtschaften vorgeschlagen. Länder mit sich günstig ergänzenden wirtschaftlichen Verhältnissen sollten sich demzufolge zu einem großen Wirtschaftsraum zusammenschließen. Die in diesem Großwirtschaftsraum zusammengefaßten Länder würden also den gegenseitigen Warenaustausch nach Möglichkeit intensivieren, bis zur Form der Zollunion; nach außen hin jedoch weitgehend autark sein. Wenn eine solche Entwicklung allgemein würde, dann wäre also schließlich die ganze Weltwirtschaft in solche Großräume gespalten.

Schon Friedrich List hatte eine wirtschaftliche Union der europäischen Kontinentalstaaten mit einer Spitze gegen England vorgeschlagen [101]). Auch später fand dieser Gedanke noch viele Anhänger, so zum Beispiel den Freiherrn von Bruck, Naumann, Schmoller.

Ein Teil der im vorigen gegen die Autarkie geltend gemachten Einwände kann gegen diese Gruppenautarkie nicht erhoben werden. Bei sinnvoller Zusammensetzung — die hier vorausgesetzt wird — ist eine aus-

reichende industrielle und landwirtschaftliche Grundlage vorhanden. Dies ist jedoch nicht ausreichend. Erforderlich wäre außer einer gemeinsamen Zollpolitik für diese Länder auch noch einheitliche Lohnpolitik, Sozialpolitik, Verkehrspolitik usw., kurz eine einheitliche Wirtschaftspolitik überhaupt. Eine solche zu betreiben scheitert aber an den politisch-ideologischen Verschiedenheiten, der durch die Politisierung der Standorte hervorgerufenen Warenverteuerung, sowie schließlich an der Tatsache, daß ein solcher Großwirtschaftsraum kaum so groß sein kann, um alle Rohstoffe zu besitzen. Sind die Glieder des Großraumes sehr verschieden veranlagt, so wird niemals eine völlig einheitliche Linie der Wirtschaftspolitik zu wahren sein.

Die Kritik an der Forderung der Bildung von Großraumwirtschaften muß neben der zuletzt gezeigten objektiven Unmöglichkeit ihrer Entstehung auch noch in Betracht ziehen, ob die Verwirklichung dieses Schlagworts für die Beteiligten wünschenswert ist. Jede Zollunion drängt ihrer Natur nach auch zu politischer Vereinigung. Friedrich List hatte darum für seinen deutschen Zollverein günstige Voraussetzungen und Aussichten auf Verwirklichung, weil die Glieder dieser Union e i n e Sprache und e i n e gemeinsame Geschichte hatten. Er war damit — und dies ist sein größtes nationales Verdienst — Schrittmacher für die politische Einigung Deutschlands und hat die wertvollste Vorarbeit für Bismarck geleistet. In jedem anderen Fall aber, wo die Glieder der Zollunion nicht diese Voraussetzungen erfüllen, ist sie vom völkischen Standpunkt aus als imperialistisch abzulehnen. „Wir dürfen nicht übersehen, daß Zollvereine nur dann mit dem Gedanken der Nationalisierung verträglich sind, wenn es sich um Staaten handelt, die sich als politische Einheit fühlen oder doch einer einheitlichen politischen Willensrichtung untergeordnet sind. Andernfalls handelt es sich um nichts anderes als eine partielle Rückkehr zum Freihandel“ [102]). Innerhalb einer solchen Zollunion tauchen all die Schwierigkeiten wieder auf, die zur Abkehr von der liberalistischen Weltwirtschaft geführt haben.

IV. Sonstige Möglichkeiten.

Im einzelnen muß man die Frage nach den außenhandelsrechtlichen Formen eines Landes je nach seiner wirtschaftlichen Struktur, also nach seiner weltwirtschaftlichen Verflechtung beurteilen. Es zeigt sich deshalb auch eine sehr deutliche Parallele zwischen dem Grad der weltwirtschaftlichen Verflechtung eines Landes, d. h. der relativen Höhe seiner Ausfuhr und seiner handelspolitischen Gebarung. Länder mit großen Exportquoten werden immer dazu neigen, eine weniger protektionistische Handelspolitik zu betreiben, als solche, bei denen das Verhältnis zwischen Binnenmarkt und Außenhandelsziffern zu Gunsten des ersteren überwiegt. Beispiele für Länder mit relativ hohen Exportquoten sehen wir in England, Belgien und Deutschland, während z. B. die U.S.A. bei nahezu gleich großer Fertig-

warenausfuhr wie England und Deutschland einen viel höheren Prozentsatz ihrer industriellen Produktion auf dem Binnenmarkt absetzen. „Die verschiedene Stellung als Produktions- und Exportland drückt den binnenmarktorientierten Charakter der nordamerikanischen Industrie aus; sie bringt (1927—1929) von ihrer großen Produktion durchschnittlich nur 5% auf den Weltmarkt, während England und Deutschland mit einer Quote von 25—30% auf den Export angewiesen sind“ [103]).

Zum Vergleich betrachten wir die absoluten Zahlengrößen [104]):

Fertigwarenausfuhr nach Ländern vor und nach dem Kriege.

Land	Mill. M/RM		% der Gesamtausfuhr		
	1927/29	1911/13	1929	1925	1913
Großbritannien und Irland	10820	7390	75,8	76,9	73,4
Deutschland	8740	6060	72,9	72,6	66,7
Ver. Staaten	8660	2800	44,6	34,1	31,2
Frankreich	5390	3090	67,3	63,4	51,7
Belgien	2020	1090	58,5	54,5	38,2
Japan	1920	500	50,0	49,9	45,0
Italien	1650	690	51,0	46,9	36,5
Oesterreich	820*)	1810**)	74,8	75,4)	40,0**)
Tschechoslowakei *)	1510*)		71,0	62,2)	
Schweiz	1320	740	79,8	80,6	67,2
Kanada	1270	130	28,4	19,3	9,4
Britisch-Indien	1210	560	24,0	22,1	19,4
Niederlande	1090	620	35,6***)	28,0	33,2
Schweden	800	300	44	39,7	36,0
Uebrige Länder	2840	1550	—	—	—
Insgesamt	50060	27330	—	—	—

Deutschlands weltwirtschaftliche Verflechtung zeigt eine gewisse Sonderstellung gegenüber der Verflechtung der übrigen Industrieländer. Zwar „entspricht die regionale Verflechtung der deutschen Einfuhr ungefähr der durchschnittlichen Einfuhrverflechtung Industrieeuropas“ [105]). Aber schon die Ausfuhr ist erheblich anders gelagert. Und was die deutsche Position im Gesamtaußenhandel angeht, so ist diese durch den Krieg entscheidend verändert worden. Drei Momente sind dafür verantwortlich: 1. die Umwandlung von einem Gläubiger- zu einem Schuldnerland, 2. das Fehlen von Kolonien

*) Unter Ausschaltung des Zwischenverkehrs Oesterreich—Tschechoslowakei. — **) Ehemaliges Oesterreich-Ungarn ohne das Kronland Ungarn. — ***) Indirekte Ermittlung.

und 3. der Wegfall vieler deutscher Rohstoff- und Lebensmittelüberschußgebiete auf Grund des Versailler Diktats (Westpreußen, Oberschlesien, Elsaß-Lothringen, Nordschleswig).

Deutschland besitzt an lebenswichtigen industriellen Rohstoffen nur Kohle und Kali in ausreichendem Umfang. Obwohl absolut betrachtet seine Weltmarktabhängigkeit geringer ist als z. B. die Englands und Belgiens, so ist doch die Situation Deutschlands schlechter infolge des Fehlens von überseeischem Kolonialbesitz. Dieser wäre nicht so sehr als Siedlungsbesitz wichtig, sondern vor allem als Rohstofflieferant. Daraus ergibt sich für Deutschland, daß weder eine autarke, noch eine großraumwirtschaftliche Lösung in Betracht kommt. Letztere deshalb nicht, weil die für eine etwaige Zollunion mit Deutschland in Frage kommenden Gebiete (Donauraum, Nordeuropa) nicht den deutschen Rohstoffbedarf aus eigenem decken könnten. Dies schließt nicht aus, daß eine gewisse engere wirtschaftliche Beziehung mit diesen Gebieten durchaus erwünscht ist.

Damit kann sich jedoch für Deutschland noch nicht die Konsequenz ergeben, von sich aus wieder eine Handelspolitik zu betreiben, welche auf stärkste internationale Arbeitsteilung abzielt. Dagegen sprechen viele wirtschaftliche und politische Argumente. An letzteren sei nur die landwirtschaftliche Marktregelung erwähnt, welche die deutsche Landwirtschaft vor allem aus nationalpolitischen Gründen aus der freien Marktwirtschaft herausgenommen hat, um vor allem die deutsche Ernährung autark, d. h. im Rahmen des ökonomisch Möglichen selbstgenügsam zu gestalten. Da die Landwirtschaft als der wichtigste Wirtschaftszweig anzusehen ist, ergibt sich in Verbindung mit dem oben Gesagten, daß die Wirtschaft dem staatlichen Gedanken unterzuordnen ist. Unterzuordnen unter Berücksichtigung der gegebenen wirtschaftlichen Schranken. Denn wenn auch die politischen Belange gegenüber den wirtschaftlichen im Vordergrund stehen, so ist doch die politische Willensbildung auch wieder abhängig von dem ökonomischen Geschehen. Es kommt demnach darauf an, eine möglichst volle Ausnützung der nationalen Produktionsmittel anzustreben, etwa im Sinne Friedrich Lists. „Nationalisierung des Wirtschaftsraums bedeutet also nicht Autarkisierung schlechthin, sondern sie bedeutet Autarkisierung nur bis zu dem Punkte, von dem ab die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit erkauft werden würde mit Einbußen an staatlicher Macht“ [106]). Der Autarkisierungsprozeß aber findet in Deutschland schon seine Grenzen mit den Möglichkeiten einer Reagrarisierung. Und diese Grenzen sind sehr beschränkt und die Möglichkeiten einer Reagrarisierung gering.

Oberflächlich betrachtet, scheint eine Autarkisierung der Agrarstaaten bessere Aussichten zu haben. Dies ist aber nicht der Fall. Eulenburg [107]) weist darauf hin, daß für diese Länder „das Bestreben nach Autarkie noch viel weniger aussichtsreich und viel weniger möglich ist als für Deutsch-

land und die europäischen Industriestaaten. Deren Stärke beruht in der Vielseitigkeit der Begabung ihrer Völker und der Mannigfaltigkeit des industriellen und agrarischen Aufbaus, mit der die Ausbildung gewisser Spezialitäten Hand in Hand geht. Jene Rohstoffländer aber werden günstigenfalls imstande sein, Monokulturen und Monoindustrien ins Leben zu rufen. Gerade weil sie über spezielle Rohstoffe verfügen, werden sie diese besonders bei sich pflegen, um sich in dieser nationalen Industrie möglichst unabhängig zu machen. Das ist in keiner Weise zu verhindern. Sind aber damit diese Staaten auch nur annähernd autark geworden? Ganz im Gegenteil. Gerade ihre Industrialisierung auf dem einen Gebiet macht sie abhängiger auf anderen Gebieten, als wenn sie sich auf die alten urwüchsigen Methoden der Bedarfsbefriedigung verlassen hätten".

Als letztes bleibt uns noch die Untersuchung solcher Länder, die eine gesunde Mischung von Landwirtschaft und Industrie haben, mit einem geringen Industrieexport. Ihr Haupteinfuhrbedarf besteht also in Rohstoffen. Diesen könnten sie zum größten Teil vielleicht aus Kolonien decken (Frankreich). Aber hier stehen wieder die internationalen Kapitalbeziehungen und die übrigen Zahlungsbilanzelemente als Hindernis im Wege. Wir haben oben auf die engen Beziehungen, besonders zwischen internationalem Waren- und Kapitalverkehr hingewiesen und aus dieser Tatsache ergibt sich auch in diesem Zusammenhang ein starker Zwang zu weltwirtschaftlichem Verkehr, nicht zuletzt für Gläubigerländer.

B. Die Handelsvertragspolitik als Bestimmungsfaktor.

Die Handelsverträge sind ihrer Art nach durch die jeweiligen politischen Strömungen und durch die Interessenrichtungen der beteiligten Vertragspartner, also der selbständigen Staaten bedingt. Ihr Sinn ist, die oben aufgezeigten Verschiedenheiten des Rechts, der Währungen usw. so weit wie möglich zu überbrücken und die von den einzelnen Staaten aufgestellten Abwehrmaßnahmen gegen ausländische Ein- und Ausfuhr vertraglich zu reglementieren. Dadurch haben die den internationalen Handel betreibenden Privatwirtschaften die Möglichkeit, auf der Basis stabiler Beziehungen und Abmachungen sichere Kalkulationen zu machen. In diesem Sinn ist also die Politik der internationalen Handelsverträge unbedingt als ein fördernder Faktor des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs anzusehen. Darüber hinaus geht selbstverständlich die Handelspolitik jedes Staates darauf aus, ihre Mittel so einzusetzen, daß für die eigene Wirtschaft die günstigsten Verhältnisse geschaffen werden. Aber das Zustandekommen von Handelsverträgen bedingt ja immer ein Zusammenwirken zweier Vertragskontrahenten; es handelt sich also um gegenseitige Abmachungen, wodurch die autonome Handelspolitik ausgeschaltet wird. Bei allseitiger autonomer Handelspolitik kann es nie zu handels-

vertraglichen Abmachungen kommen. Ein Staat, der autonome Handelspolitik betreibt, setzt autonome Tarife fest, die vielfach Doppeltarife sind; ein solcher Staat ist also nicht daran gebunden, seine Zollsätze für eine längere Frist gleichzuhalten. Die autonome Handelspolitik bedeutet also auf lange Sicht für die Weltwirtschaft ein hemmendes Moment und wird auch in der Regel nur von hochschutzzöllnerischen Ländern angewandt. Die Handelsverträge setzen gemäß dem jeder Vertragschließung innewohnenden Charakter immer gewisse Zugeständnisse der vertragschließenden Teile voraus und bilden einen logischen Gegensatz zur autonomen Handelspolitik.

Der Inhalt der Handelsverträge beschränkt sich nicht nur auf die Regelung des Warenaustausches, sondern umfaßt überhaupt alle wirtschaftlichen Beziehungen der beteiligten Länder, meist in der Form von Nebenübereinkommen und Zusatzverträgen.

Eine besondere Bedeutung für die handelspolitischen Abmachungen errang die Meistbegünstigungsformel. In ihrer richtigen Form besagt sie, daß von zwei vertragschließenden Staaten jeder dem andern die selben handelspolitischen Vorzüge einräumen muß wie einem dritten Staat. Seit ihrer ersten Anwendung im 16. und besonders im 17. Jahrhundert (England in seinen Verträgen mit Portugal 1642, Schweden 1654 und den Niederlanden 1674) hat sie zahlreiche Wandlungen durchgemacht und wurde besonders bei den Handelsverträgen nach dem Weltkrieg stark eingeschränkt und durchlöchert, sodaß sie schließlich entstellt wirkte und von ihrem ursprünglichen Sinn wenig übrig blieb, so die durch das Versailler Diktat über Deutschland verhängte einseitige Meistbegünstigung bis 1925. Für die liberalistische Epoche des 19. Jahrhunderts wirkte sie als eine der stärksten Triebfedern für eine Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung und Intensivierung des internationalen Handels, infolge der ihr innewohnenden Tendenz zur Ausbreitung des Freihandels.

In neuerer Zeit wurde die Meistbegünstigung vielfach durch die Reziprozität ersetzt. Sie bedeutet Gegenseitigkeit, sofern bei ihr eine Konzession nur gegen eine gleichwertige Gegenleistung des anderen Landes gewährt wird, sodaß spätere Abmachungen mit einem dritten Staat dem ersten Vertragspartner nicht ohne weiteres zugute kommen. Dadurch haben die beiden ursprünglichen Vertragspartner in höherem Maß freie Hand für Vertragsabschlüsse mit dritten Staaten.

Die Meistbegünstigung hat in den Krisenjahren der jüngsten Zeit vielfach versagt und ist in das Gegenteil ihrer früheren Wirkung: einer Intensivierung des zwischenstaatlichen Handels umgeschlagen. Wenn in der Zeit der heutigen Hochschutzzölle zwei Staaten von sich aus bereit wären, sich gegenseitige Zugeständnisse zu machen, so sind sie auf Grund früherer Bindungen durch die Meistbegünstigung daran verhindert worden. Zum

Beispiel versuchten Holland und Belgien-Luxemburg durch das Abkommen von Ouchy, ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen durch Gewährung von Präferenzen zu erweitern. Ebenso Deutschland und einige Donaustaaten zur Zeit der Konferenz von Stresa. In beiden Fällen scheiterten diese Versuche an dem Widerstand der meistbegünstigten Staaten.

Seit 1933 scheint sich eine gewisse handelspolitische Neuordnung anzubahnen, welcher der Gedanke zugrunde liegt, den gegenseitigen Warenaustausch der wirtschaftlichen Struktur der beteiligten Länder anzupassen, unter Beachtung der gegenseitigen Interessen. Diese Handhabung hat den großen Vorteil, daß dadurch eine weitgehende Anpassung der Produktion an die (ausländischen) Absatzmöglichkeiten möglich ist. Vorausgesetzt wird allerdings noch eine gewisse Organisierung der Märkte. „Nur auf der Basis durchorganisierter nationaler Märkte werden die zwischenstaatlichen Vereinbarungen sogleich in ihren Rückwirkungen auf die Produktion erkannt, abgeschätzt und vorweggenommen werden können und nicht mehr über den Preismechanismus sich auswirken müssen, der ja eigentlich immer zu spät wirkt“ [108]). Dies scheint für die Handelspolitik der Zukunft ein geeigneter Weg zu sein, die Kaufkraft der Nationalwirtschaften zu heben und das Außenhandelsvolumen zu vergrößern.

C. Andere Gebiete der Politik als Bestimmungsgründe für die zwischenstaatliche Handelsbewegung.

I. Kapitalpolitik.

Wir haben oben schon auf die wichtige Aufgabe der Kapitalgläubigerländer gegenüber der weltwirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Auslandskredite sollten unter ökonomischen Erwägungen gewährt werden und nicht im Verfolg politischer Zwecke. Es ist klar, daß die französischen Anleihen an Rußland vor dem Krieg, die für den russischen Eisenbahnbau zum Zweck einer rascheren Mobilisierung dienten, nicht die ökonomische Wirkung hatten, wie etwa solche Kredite, welche der Erschließung überseeischer Rohstoffgebiete dienten. Dies ist der Gesichtspunkt der ökonomisch-orientierten Kapitallenkung; es wurde auch nach dem Krieg vielfach nicht beachtet und die Folgen für die Weltwirtschaft blieben auch nicht aus.

Nicht minder wichtig ist ein richtiges Verhalten der Gläubigerländer in der Frage der Zurückzahlung seiner Kredite. Ein Gläubigerland kann nicht auf die Dauer eine aktive Handelsbilanz anstreben und dazu noch auf pünktliche Zinsen- und Amortisationszahlungen rechnen. Es entsteht dadurch ein dauernd einseitig gerichteter Goldstrom, der schließlich den größten Teil des monetären Goldbestandes der Welt in einem Land anhäuft und in der Weltwirtschaft zu einer allgemeinen Verknappung an diesem

internationalen Zahlungsmittel führt, also eine Weltdeflation im Gefolge hat. Dieser Vorwurf trifft in der Nachkriegszeit besonders die U.S.A. und Frankreich, welche zeitweise nahezu 3/4 des gesamten monetären Goldbestandes der Welt aufgenommen hatten.

Frankreich besaß 1930 etwa 9¼ Millarden RM Gold. Demgegenüber zeigt der Ausweis der Bank von Frankreich vom 15. Dezember 1934 schon einen Goldbestand von 82,3 Milliarden Frs. = 13,7 Milliarden RM. Dazu kommen noch große Mengen von Privathortungen.

Goldbestand der U.S.A. [109]).

1931	M. D.	4695	Mill. $ =	19819 Mill. RM.
1932	—	4248	—	—
1933	—	4342	—	—
1933	Juli	4320	—	—
—	August	4328	—	—
—	Sept.	4324	—	—
—	Okt.	4323	—	—
—	Nov.	4323	—	—
—	Dez.	4323	—	—
1934	Januar	4033	—	—
—	Febr.	7438	—	—
—	März	7695	—	—
—	April	7757	—	—
—	Mai	7779	—	—
—	Juni	7856	—	—
—	Juli	7931	—	—
—	Aug.	7978	—	—
—	Sept.	7978	—	—
—	Okt.	8002	—	—
—	Nov.	8076	—	—

Auf Grund des Gold Reserve Act vom 30. 1. 34 ging der gesamte monetäre Goldbestand des Landes in den Besitz des Schatzamtes über, wo er im Rahmen der Devalvation des Dollars statt wie bisher mit 20,67 $ je Unze mit 35 $ je Unze bewertet wurde.

Auf Grund von Mitteilungen aus Pariser Finanzkreisen wurden in den ersten 9 Monaten des Jahres 1935 rund eine Milliarde Dollar Gold nach U.S.A. ausgeführt [110]).

Vor dem Weltkrieg war England der größte Geldgeber der Welt. Die Erträgnisse seiner Kapitalanlagen im Ausland verursachten — im Verein mit den Ueberschüssen seiner Dienstleistungsbilanz — die starke Aktivität der englischen Zahlungsbilanz, obwohl die Handelsbilanz passiv war. England benutzte seine Zahlungsbilanzüberschüsse, um weiterhin Kredite — meist langfristiger Art — ans Ausland zu geben. Die dadurch laufend ermöglichte Kreditversorgung der Welt trug wesentlich zu dem aufsteigenden Welthandel bei.

Natürlich barg eine solch großzügige Kreditgewährung auch die Gefahr in sich, daß im Falle kriegerischer Verwicklungen fast alle Auslands-

guthaben einfroren. Dieser Fall trat auch ein. Aber England hatte — auf lange Sicht betrachtet — aus seiner großzügigen Kapitalpolitik doch Nutzen gezogen.

Als nach dem Krieg die U.S.A. Englands Nachfolge antraten, verstießen sie gegen die Gesetze der weltwirtschaftlichen Entwicklung und trugen mit dazu bei, daß der Welthandel und die gesamte Wirtschaft der Welt eine katastrophale Depression erlitt.

II. Die Lohnpolitik.

Die Tatsache, daß jedes Land entsprechend seiner Wirtschaftsstruktur eine natürlich bedingte Lohnhöhe hat, erzeugt mit das sog. Gefälle der Weltwirtschaft. Dünnbesiedelte Gebiete mit relativ großer Kapitalbesetzung pro Kopf der Bevölkerung haben in der Regel ein hohes Lohnniveau: so Australien, Kanada, die U.S.A. und Schweden. Daneben haben wir auch dichtbevölkerte Länder wie z. B. England und in geringerem Umfang auch Deutschland, die hohe Löhne aufweisen. Bei letzteren ist die Ursache der hohen Löhne in der großen Produktivität, dem hohen Zivilisationsstand oder staatlichen Eingriffen (Gewerkschaften) zu suchen. Dagegen haben Länder mit großer Bevölkerung und geringer Kapitalbesetzung ein ausgesprochen niedriges Lohnniveau: so die ostasiatischen Staaten. Letzterer Tatbestand trifft auch für manche dichtbevölkerten Industriestaaten mit größerer Kapitalbesetzung zu (Belgien), welche als ausgesprochene Veredlungsländer mit geringen Rohstoffvorkommen aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ihre Produktionskosten — von denen die Löhne immer einen hohen Prozentsatz ausmachen — niedrig halten müssen.

Dieser der wirtschaftlichen Struktur eines Landes entsprechende Zustand erfährt nun viele Aenderungen von Seiten der Politik. Teils werden infolge gewerkschaftlicher Forderungen die Löhne erhöht, teils durch staatliche Maßnahmen gesenkt und zwar direkt durch staatlichen Schiedsspruch, oder indirekt durch gewisse Zollerhöhungen. Beide Fälle wirken auf den Welthandel repressiv. Ein natürlich — d. h. ohne politische Einwirkungen — zustandegekommener hoher Lohn braucht nicht unbedingt produktionskostenverteuernd zu wirken, „denn es kommt auf den Ertrag der Arbeit, nicht aber auf die Höhe der Löhne entscheidend an; jener kann bei hohen Löhnen wesentlich größer und damit billiger sein als bei niedrigen". Man darf die Lohnhöhe nicht isoliert betrachten, sondern muß sie [111]) immer in Beziehung setzen zu der Produktivität des Kapitals, das mit dem entsprechenden Lohneinsatz verbunden ist. Andererseits ist aber auch die gewerkschaftliche Lohntheorie falsch, welche sich zu zeigen bemüht, daß hohe Löhne auch wirtschaftlich vorteilhaft wären. Das Paradebeispiel der Gewerkschaftstheorie sind die U.S.A. Dehoff [112]) hat jedoch nachgewiesen,

daß der hohe Lohn in U.S.A. die Folge und nicht die Ursache des amerikanischen Wirtschaftsaufschwungs ist. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Abhandlung von Landmann über Agrarpolitik und internationale Exportfähigkeit [113]).

Auf den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Zivilisationsstand wurde bereits kurz eingegangen. In einem hochzivilisierten Land wird es niemals möglich sein, die Produktionskostengestaltung und damit die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt durch beliebige Lohnsenkung zu verbessern. Ein europäischer oder amerikanischer Arbeiter wird 1. auf Grund des allgemein höheren Preisniveaus und 2. infolge seiner höheren kulturellen und zivilisatorischen Ansprüche niemals mit solch geringen Löhnen leben können, wie etwa ein japanischer, oder gar ein indischer Kuli. Da aber in den Ländern des europäischen Kulturkreises die besseren technischen Einrichtungen und die günstigere Kapitalaustattung die Produktionskosten wieder billiger zu gestalten vermögen, so ist hierin wieder ein gewisser Ausgleich gegeben. Besonders für die Herstellung von Qualitätswaren trifft dies zu. Eine teilweise Ausnahme scheint neuerdings Japan zu machen.

Daneben ermöglicht eine vorteilhafte Ausstattung eines Landes mit Rohstoffen noch eine weitere Verbilligung der Produktionskosten, welche zu Gunsten einer Erhöhung der Löhne ausgenutzt werden kann. Dieser Fall trifft insbesondere zu für die U.S.A., dann aber auch für Südafrika, Kanada und Australien.

Ungünstiger liegen die Verhältnisse bei solchen Ländern, die eine hohe Kulturstufe haben, dabei aber von Natur aus arm an Rohstoffen und sonstigen Hilfsmitteln sind. Hier kommt es entscheidend auf die Fähigkeit seiner Bevölkerung an, durch Erfindungen und technische Rationalisierungen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dies berührt aber das Lohnproblem nicht so stark, da diese Möglichkeiten ja viel beschränkter sind und vielfach nur einmalige Ausnützungen zulassen, während der natürliche Reichtum eines Landes beliebig häufig und stark beansprucht werden kann.

Daß eine Verbesserung der Lebenshaltung prinzipiell eine vermehrte Leistung zur Folge hat, ist wohl nicht haltbar. „Keineswegs fördert jede, so oft übrigens nur vermeintlich als Fortschritt bezeichnete Mehrung des Zivilisationsstandes, insonderheit etwa jede Bereicherung der Lebensführung, die Leistungsfähigkeit und noch weniger verläßlich den Leistungswillen. Aber es liegen hier zweifellos Grenzprobleme vor, über die freilich allgemeingültige Erkenntnisse überhaupt kaum gewonnen werden können“ [114]).

Die Wirkung von Lohnsenkungen ist absolut nicht zu beurteilen, wenigstens nicht die Wirkung auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen. Aus der Tatsache der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ergibt sich, daß auch andere Staaten an der Lohnhöhe eines Landes interessiert sind. Das na-

türlich vorhandene Lohngefälle eines Landes in Beziehung zu einem anderen Land wird vielfach durch politische Maßnahmen zu vergrößern gesucht, oder sofern ein solches Gefälle nicht besteht, wird versucht, durch politische Lohnsenkungen ein solches Gefälle zu schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dies wird aber — besonders in Krisenzeiten, wo der Absatzkampf besonders schwer ist — vielfach wieder durch Maßnahmen des anderen Landes oder der anderen Wettbewerbsländer zu bekämpfen gesucht, sodaß daraus neue Dumpings und Welthandelsschwierigkeiten entstehen. Deshalb sind alle Versuche, ein künstliches Lohn- oder größeres Lohngefälle zu erzeugen, einigermaßen skeptisch zu beurteilen.

III. Ein- und Auswanderungspolitik.

Ein beliebtes Mittel wirtschaftspolitischer Expansion ist die Auswanderungspolitik. Damit hatte besonders Japan erhebliche Erfolge erzielt. Seit dem letzten Jahrzehnt begann aber eine ziemlich rigorose Handhabung der Einwanderungsbeschränkungen, besonders seitens der U.S.A. Dies führte denn auch bereits zu erheblichen Rückwanderungen, besonders interkontinentaler Art. Es entstand daraus ein weiterer Faktor, der die Krise der Weltwirtschaft verschärfte.

Zunächst wirkt die zwischenstaatliche Wanderung für den internationalen Wirtschaftsverkehr allerdings befruchtend. Die Einschränkungen des Wanderungsverkehrs sind gewiß nicht in erster Linie direkte Ursachen der Weltwirtschaftskrise, sondern eher eine abgeleitete Folge ihrer ersten Auswirkungen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß sie in der Folgezeit die Krise erheblich vermehrten.

Während vor dem Weltkrieg die Einwanderung Farbiger (besonders in Amerika) vielfach staatlich gefördert wurde, um billige Arbeitskräfte zu bekommen, wird dies heute aus rassischen Gründen scharf unterdrückt. Allmählich wurde aber auch die Einwanderung von Europäern kontingentiert und vielfach verboten.

Freies Einwanderungsgebiet für Europäer sind heute fast nur noch die eigenen Kolonien. Es ist deshalb auch ersichtlich, daß die übervölkerten Staaten Europas zur Ueberwindung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten dringend kolonialer Erwerbungen bedürfen, soweit sie solche noch nicht besitzen.

Die Schwierigkeiten der Auswanderung machen sich neuerdings auch für die kurzfristige Saisonarbeiterbewegung bemerkbar.

IV. Die speziellen Störungsfaktoren in der Nachkriegszeit.

1. Dumpings aller Art.

Hierher gehört nicht nur das rein preismäßige Dumping, bei dem ans

Ausland verkauft wird zu niedrigeren Preisen als im Inland. Für unsere Zusammenhänge wirken sich die Währungsentwertungen und der in manchen Ländern aus derselben Ursache heraus durchgeführte Lohndruck — von manchen [115]) als soziales Dumping bezeichnet — genau so aus. Logisch betrachtet handelt es sich hier nicht um ein Dumping, da keine Preisspanne zwischen In- und Auslandspreis besteht. Lediglich die Wirkung ist dieselbe wie beim preismäßigen Dumping oder bei Währungsentwertung.

Beim Dumping und den ähnlich wirkenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen mancher Länder wird nicht nur der ausländische Konkurrent an 3. Märkten getroffen und dadurch wieder seinerseits zu Abwehrmaßnahmen veranlaßt, sondern es wirkt sich auch die niedrige Kaufkraft des dumpenden Landes als Störungsfaktor der weltwirtschaftlichen Beziehungen aus. Ueberall entstehen dann Abwehrmaßnahmen und verstärkter Protektionismus.

2. Protektionismus, Clearing- und Verrechnungsabkommen, Kontingentierungen und Krediterschwerungen im internationalen Verkehr.

Das Schrumpfen der weltwirtschaftlichen Beziehungen und der scharfe Konkurrenzkampf veranlaßte in der Zeit nach dem Krieg alle Staaten, sich mehr und mehr von der internationalen Arbeitsteilung zurückzuziehen. Der für den Absatz allein noch sichere heimische Markt wurde durch hohe Zollmauern vor auswärtiger Warenüberschwemmung gesichert. All diese Wirkungen und Gegenwirkungen führten schließlich zu immer größeren handelspolitischen Schikanen, sodaß in der Nachkriegszeit in den weltwirtschaftlichen Beziehungen ein nie zuvor erreichter Zustand der Lähmung eingetreten ist.

Die Clearing- und Verrechnungsabkommen der letzten Jahre wirkten sich für den Außenhandel der Schuldnerländer katastrophal aus. Ein drastisches Beispiel sehen wir in der Entwicklung des deutschen Außenhandels im Jahre 1934. Der große Ausfuhrüberschuß Deutschlands im Verkehr mit den europäischen Staaten, der bisher dazu gedient hatte, seine Einfuhrüberschüsse aus Uebersee zu decken, sowie die Zinsen und Tilgungsbeträge der deutschen Auslandsverpflichtungen aufzubringen, verschwand fast völlig. Die Gläubigerländer wirkten mit diesen Deutschland aufgezwungenen Abkommen gegen sich selbst. Durch den selbst erlittenen Schaden sehen sie neuerdings die Notwendigkeit einer Auflockerung dieser Verträge selbst ein.

Die Kontingentierungen schädigen den internationalen Handel noch mehr als hohe Zölle. Letztere können in vielen Fällen noch übersprungen werden, während die Kontingentsverträge für den Welthandel eine Fessel bedeuten, die nicht abzustreifen ist.

Im Gefolge der großen Unsicherheiten, Vertrauenskrisen und der kriegerischen und politischen Verwicklungen erlitten seit Kriegsende auch die

internationalen Kreditbeziehungen große Störungen. Die großen Kreditrückzüge seit 1929 brachten 1931 nicht nur für finanziell schwache Länder wie Deutschland und Oesterreich, sondern z. B. auch für England große Schwierigkeiten und eine weitere Schrumpfung des Welthandels.

3. Tribute und internationale Verschuldung.

Wohl der stärkste Störungsfaktor für die weltwirtschaftlichen Beziehungen seit Kriegsende ist in den Tributen zu sehen. Sie bilden den Ausgangspunkt für viele andere Krisenmomente. Die Tributzahlungen zwangen zunächst die leistenden Länder, insbesondere Deutschland, zu Deflationsmaßnahmen, welche den inneren Markt zerstörten und gleichzeitig für die übrigen Länder eine unangenehme Konkurrenz bedeuteten, welcher durch scharfe Abwehrmaßnahmen zu begegnen versucht wurde. Die Wirkungen und Fernwirkungen letzterer wurden bereits gestreift. Der Preisdruck wurde verschärft bis zum letzten und die Schwierigkeiten noch vergrößert. Es ist verwunderlich, wie gering die realistische Einsicht der sog. wirtschaftlichen Sachverständigen war. Anstatt eine wirkliche Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen anzustreben, wurden unerfüllbare einseitige Forderungen ausgesprochen. „Nach der Kapitalverschleuderung des Krieges und dem Chaos nach seiner und der Inflation Ueberwindung tat eine Reparation der Wirtschaft wirklich not. Bei den sozialwirtschaftlichen Auswirkungen der Deutschland auferlegten Reparationen werden diese jedoch eine Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen nur verzögern und einer wirklichen Reparation nur noch weitere Hindernisse in den Weg legen“ [116]).

Ein weiteres Moment der Störung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs ist die große internationale Verschuldung. Nicht nur die kriegführenden, sondern auch die unbeteiligten Länder sind daran beteiligt. Das Geflecht der internationalen Verschuldungen wurde noch komplizierter dadurch, daß viele Länder Gläubiger- und Schuldnerländer zugleich wurden. Einziger Nur-Gläubiger sind heute die U.S.A. Ihre und Frankreichs Thessaurierungspolitik veranlaßten die große Goldverteuerung, deren Auswirkungen gekennzeichnet wurden.

Zusammenfassung.

Die ursächlich bedeutsamste Ursache für das Zustandekommen von zwischenstaatlichem Güteraustausch ist die natürlich-geognostische Verschiedenheit der Länder. Dazu kam dann in zweiter Linie noch eine entsprechende Differenzierung der Bevölkerungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Erst mit fortschreitender Zivilisation entwickelte sich noch eine Vermehrung und Verfeinerung der Bedürfnisse. Besonders bei den Völkern des abendländischen Kulturkreises wurde der Wunsch nach den Erzeugnissen des Morgenlandes immer größer. Bedeutsame politische Ereignisse wie die Kreuzzüge und die Entdeckung der Neuen Welt brachten den europäischen Völkern die Kenntnis der Güter des Orients und erweckten in ihnen den

Wunsch, die Luxus- und Genußgüter dieser Länder ebenfalls zu besitzen. Entscheidend ist, daß der internationale Handel bis zur Zeit des Hochkapitalismus hauptsächlich Luxusgüter umfaßte. Jene Bedürfnisse der okzidentalen Völker trugen auch wesentlich dazu bei, die Verkehrsverhältnisse zu verbessern.

Vom 19. Jahrhundert ab bildete die zunehmende Kapitalbildung die erste Triebkraft zum zwischenstaatlichen Warenaustausch. Westeuropa begann sich in ziemlich raschem Tempo zu industrialisieren, wodurch der Warenaustausch zwischen Agrar- und Industriestaaten immer intensiver wurde. Im Gefolge der Industrialisierung fand dann auch in Europa eine starke Bevölkerungsvermehrung statt. Der schnellere Kapitalumschlag in der Industrie machte die westeuropäischen Staaten kaufkräftiger und ermöglichte ihnen damit auch einen Kapitalexport nach den überseeischen Agrarstaaten. Letztere benützten das europäische Kapital wiederum zu entsprechenden Käufen bei den hochkapitalistischen Staaten und gaben diesen Industrien damit neue Antriebsmomente. Es entwickelte sich eine zunehmende internationale Arbeitsteilung.

Von Seiten der Politik erfuhr diese Entwicklung in der Zeit des Hochkapitalismus eine größtmögliche Förderung. Der Welthandel des 19. Jahrhunderts stand unter dem Zeichen des Liberalismus und der Meistbegünstigungsverträge. Diese rasche Entwicklung brachte es aber auch mit sich, daß die Unterschiede zwischen Staatsräumen und Wirtschaftsräumen immer größer wurden. Notwendig bringt ja jede Arbeitsteilung einen hohen Grad von gegenseitiger Abhängigkeit hervor. Solange das normale Zusammenarbeiten der Völker nicht gestört wurde, schien dieser Zustand durchaus befriedigend. Verhängnisvoll wirkten aber die politischen Störungen, welche jenes komplizierte Gebilde des Welthandels und der Weltwirtschaft beeinträchtigen. Diese Wirkung wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß auch im 19. Jahrhundert die Wirtschaft keinen Primat über die Politik hatte. Mit dem Abstand, den wir heute von der wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert haben, sehen wir, daß damals die Wirtschaft auch nur scheinbar über die Politik dominierte. Die geistigen Strömungen in der Zeit des Liberalismus waren für die Entfaltung des weltwirtschaftlichen Verkehrs ungewöhnlich günstig, so daß es bis zum Weltkrieg den Anschein hatte, daß die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung noch weiter ausgedehnt werden könnte, und daß schließlich die Erforschung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nur noch eine internationale Standortstheorie bilden würde.

In der Nachkriegszeit hat aber die Entwicklung aufs Deutlichste gezeigt, wie stark der Einfluß der Politik auf die Wirtschaft ist. Und sie hat auch gezeigt, wie schwierig es in der nationalökonomischen Theorie ist, auf Grund von zeitlich bedingten Diagnosen irgendwelche Prognosen zu stellen.

Zitierte Literatur und Anmerkungen.

1) Sartorius von Waltershausen: Weltwirtschaft und Weltanschauung, Jena 1927, p. 94.

Die Auffassung von Sartorius v. Waltershausen wird von uns nicht geteilt, zum mindesten nicht die über den Wert und die Lebensdauer dieses zukünftigen Ganzen". Ebenso können wir uns nicht zu der Auffassung bekennen, daß die Nationalwirtschaft unserer Zeit in ihrer Zusammenfassung eine organische Einheit bilden.

2) Die zollpolitischen Hemmnisse waren in jener Zeit, absolut betrachtet, erheblich größer, als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Doch wirkte sich die damalige zollpolitische Gesetzgebung in U.S.A., Frankreich, Oesterreich und Preußen nicht als ernsthaft störend für den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr aus.

3) Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, daß eine Stufe der Weltwirtschaft nicht als höchste und letzte Entwicklung in Frage kommt. Lediglich zum Verständnis der Gedankengänge des ökonomischen Liberalismus scheint uns ein Arbeiten mit solch konstruktiven Begriffen vorteilhaft. Auch Harms lehnt eine Stufe der Weltwirtschaft ab.

4) Harms: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre. Jena 1912, p. 106.

5) Schacht: Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg 1932, p. 58.

6) Gustav Schmoller: Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Bd. 1, Leipzig 1900, p. 4.

7) Wagemann: Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Berlin 1931, p. 5.

8) Bonn: Eine neue Wissenschaft? Arch. f. Soz.wiss. u. Soz.pol. Bd. 33, p. 842.

9) Bonn: a. a. O., p. 844.

10) Bonn: a. a. O., p. 851.

11) Harms: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, a. a. O.

12) Bonn: Das Wesen der Weltwirtschaft. Arch. f. Soz.wiss. u. Soz.pol., Bd. 35, p. 797 ff.

13) Weigmann: Kritischer Beitrag zur Theorie des internationalen Handels. Jena 1926, p. 1.

14) Böhler: Der klassische Begriff der Weltwirtschaft. W. A., Bd. 22, p. 1 ff.

15. Böhler: a. a. O., p. 12.

16) Böhler: a. a. O., p. 1.

17) Ricardo: Principles of Political Economy and Taxation. Edited with introductory essay, notes, and appendices by E. C. K. Gonner. London 1908, p. 113.

18) Kotschnig: Weltwirtschaft und Universalökonomie. W. A., Bd. 22.

19) Kotschnig: a. a. O., p. 215.

20) Jens Jessen: Art. „Weltwirtschaft" in: Wörterbuch der Volkswirtschaft. 4. Aufl., 3. Bd., p. 982.

21) Harms: Die Krisis der Weltwirtschaft. W. A. Bd. 18, p. 268.

22) v. Zwiedineck-Südenhorst: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Berlin 1932, p. 262.

23) Sombart bezeichnet den Merkantilismus als „die auf ein größeres Territorium ausgedehnte Wirtschaftspolitik der Stadt ... egozentrisch bleibt die Politik in ihrer Grundauffassung". Sombart: Der moderne Kapitalismus. 1. Bd., 2. Aufl., München u. Leipzig 1916, p. 363.

24) Dem entspricht es, wenn Sombart sagt, daß der Merkantilismus die Bedeutung des Kapitalismus für die Praxis entdeckt hätte, insofern, als er die Wichtigkeit der neuen Wirtschaftsweise gegenüber der alten handwerksmäßigen Produktion für die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität gesehen hätte. Sombart, a. a. O., Bd. 2, II, p. 937.

25) Zu einem Staat gehört eine Gesamtheit von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet (Staatsgebiet) bewohnt und von einem einheitlichen Willen — der Staatsgewalt — zusammengefaßt wird. Dieser einheitliche Wille muß souverän sein, d. h. seine inneren und äußeren Angelegenheiten ohne fremde Einmischung selbständig regeln.

26) Die Wiege des Welthandels steht in Asien, wo wir die ersten Anfänge schon im baktrisch-indischen Handel sehen. Indien besaß mit Ausnahme von Gold, Silber und Zinn fast alles. Der von den oberitalienischen Städten vermittelte Handel mit Indien brachte dessen Waren über die oberdeutschen Städte bis an die Nord- und Ostsee. Dafür strömten jahrhundertelang große Mengen von Edelmetall nach Indien, die dort in den Schatzkammern der indischen Fürsten verschwanden und erst in den letzten Jahren teilweise wieder zurückflossen. Die Folge dieses einseitigen Goldwarenstroms bewirkte in Europa eine entsprechende Verknappung der Edelmetalle.

27) Spanien und Portugal gewannen durch die Edelmetallausbeute der Neuen Welt weder eine dauernde politische Vormachtstellung noch eine wirtschaftliche Blütezeit. Die politische Vormachtstellung ging an die benachbarten Industriestaaten über und durch den Methuen-Vertrag zog England fast die gesamte brasilianische Goldausbeute Portugals an sich (Langenbeck: Geschichte des Welthandels der Neuzeit, Leipzig 1926, p. 74). Die Quelle des Wohlstandes eines Volkes ist sein Fleiß und nicht der Besitz an Edelmetallen.

28) Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Verkehr sich die Errungenschaften der Technik damals viel langsamer zunutze machte als die Industrie.

29) Die Kapitalbildung machte nun in England auch rasche Fortschritte. England wurde nun Gläubigerland, nachdem es zuvor erhebliche niederländische Kredite gehabt hatte. Die Auslandsanlagen des englischen Kapitals aber gaben dem englischen Außenhandel immer wieder neue Impulse, denn „Trade follows capital". Die Berechtigung dieses Schlagwortes kannte man in England schon früh.

30) Konjunkturen und Krisen haben besonders in der Zeit des Hochkapitalismus die Gestaltung des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs immer maßgebend beeinflußt.

31) Das Zustandekommen des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs erfordert, daß in einem Land Mangel an bestimmten Gütern, Arbeitskräften oder Kapital herrscht. Dieser Mangel erzeugt nun das Bedürfnis und den Willen nach entsprechender Ergänzung aus anderen Ländern und die Fähigkeit, falls die Grundlagen dazu vorhanden sind, diesen Mangel tauschmäßig durch entsprechende Gegenwerte oder Leistungen zu beheben.

21) Volkswirtschaftliche Ueberlegungen dieser Art gehen von ganz anderen Gesichtspunkten aus als von privatwirtschaftlicher Rentabilität. Nicht nur der Wirtschaftspolitiker, sondern auch der Theoretiker muß hier soziologische und politische Elemente mit berücksichtigen.

33) Ebenso steht auch dem Angebot eines Landes eine vielfache Nachfrage und konkurrierende Angebote gegenüber.

34) Gustav Cassel: Theoretische Sozialökonomie. 4. Aufl. Leipzig 1927, p. 616 ff.

35) Eulenburg: Außenhandel und Außenhandelspolitik. in: G. d. S., VIII. Abtlg., Tübingen 1929, p. 62.

36) Auch das dynamische Element des Wachstums einer Bevölkerung ist hier entscheidend für die Größe des Einfuhrbedarfs.

37) Eulenburg: a. a. O., p. 59.

38) Eulenburg: a. a. O., p. 58.

39) Max Weber: Wirtschaftsgeschichte. München u. Leipzig 1923, p. 300.

40) Die starke Unpersönlichkeit der Japaner, die sich auch im Wirtschaftsleben äußert, erklärt uns den Mangel an persönlicher Initiative. Die Ursache dafür liegt in der starken sozialen Gebundenheit des Japaners und seiner Verehrung der traditionellen Gebräuche. Seit etwa 30 Jahren zeigt sich allerdings ein starker Gegensatz zwischen Tradition und moderner Richtung.

41) Die Hemmungen, welche die Bewegungen der Gelegenheitswanderarbeiter (Saisonarbeiter) erfahren, sind wesentlich geringer, obwohl sie in letzter Zeit auch zunahmen (Ausweisung polnischer Arbeiter aus Frankreich).

42) Wagemann: a. a. O., p. 132.

43) Jens Jessen: Volk und Wirtschaft: Hamburg 1935, p. 56.

44) Wagemann: a. a. O., p. 133.

45) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1931 und 1933, zit. bei Sartorius v. Waltershausen: Die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaft. Jena 1935, p. 24.

46) Wirtschaftsdienst 1925, II. Zitiert bei Sartorius v. Waltershausen: Die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaft, a. a. O., p. 34.

47) Hier ist zu bedenken, daß der Rückzug langfristigen Kapitals (sich relativ betrachtet) fast so schlimm auswirkt wie der in viel kürzerer Zeit erfolgende Rückzug kurzfristigen Kredits, da ersteres auch entsprechend länger gebunden und deshalb viel schwieriger zu liquidieren ist.

48) Es handelt sich hier in Wirklichkeit nicht nur um das Zinsgefälle allein, da ja je nach der Art der Kapitalverwendung des kreditnehmenden Landes außer dem Zins auch noch die tatsächlichen und möglichen Kapitalgewinne berücksichtigt werden müssen.

49) Bertil Ohlin: Die Beziehungen zwischen internationalem Handeln und internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit. In: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 2, 1931, p. 169.

50) Ohlin, a. a. O., p. 171.

51) Ohlin, a. a. O., p. 169.

52) Ohlin, a. a. O., p. 174.

53) Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1927, p. 368 ff.

54) Ohlin, a. a. O., p. 174.

55) Wagemann: Konjunkturlehre. Berlin 1928, p. 224 f. und Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, a. a. O., p. 23 f. unterscheidet 4 Grundstrukturen:

1. die nichtkapitalistischen (Wirtschaften der Naturvölker ohne nennenswerten Außenbeziehungen),
2. Die neukapitalistischen (wenig Kapital und wenig Arbeitskraft pro Flächeneinheit, extensive Produktion; Südamerika, Australien usw.).
3. die halbkapitalistischen (wenig Kapital und viel Arbeitskraft; China, Indien usw.),
4. die hochkapitalistischen (viel Kapital und viel Arbeitskraft pro Flächeneinheit, die europäischen Industriestaaten, U.S.A., Japan).

Daraus ergibt sich das „Gefälle der Weltwirtschaft", die Differenzierung der Güterherstellung und des Güteraustausches.

56) Wagemann: Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, a. a. O., p. 128 unterscheidet 4 Entwicklungsstadien der Zahlungsbilanz:

1. Rohstoffländer im Aufbau mit passiver Handelsbilanz und starker Kapitaleinfuhr (Schulbeispiel: das neukapitalistische Südamerika im 19. Jahrhundert);
2. Rohstoffländer auf dem Weg zur Kapitalautonomie mit aktiver Handelsbilanz und zurückgehender Kapitaleinfuhr (Schulbeispiel): Argentinien und das halbkapitalistische Indien).
3. Industrieländer im Aufbau mit aktiver Handelsbilanz, die im Lauf der Zeit sogar Kapital exportieren können (Schulbeispiel: die vom Neu- zum Hochkapitalismus vorgedrungenen Vereinigten Staaten von Amerika).
4. Industrieländer in höchster Entwicklung mit passiver Handelsbilanz und Kapitalausfuhr (Schulbeispiel: das hochkapitalistische England).

57) Gerd Tacke: Kapitalausfuhr und Warenausfuhr. In: Probleme der Weltwirtschaft, Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel. Jena 1933, p. 3.

58) J. Viner: Canada's Balance of international indebtedness 1900—1913. An inductive study in the theory of international trade. (Harvard Economic Studies. Vol. 26). Cambridge 1924, p. 280, Anm.

59) Obige Zahlen sind dem Artikel „Britisches Kapital in Argentinien" in der Deutschen Bergwerkszeitung vom 23. Oktober 1935 entnommen.

60) Collings (Professor of Commerce, University of Pennsylvania, Philadelphia, Pa. U.S.A.). Die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika: Warenhandel: Kapitalbewegung, Völkerpsychologisches. Leipzig 1930. Zit. bei Ernesto Quesada: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lateinamerika und den Vereinigten Staaten, Leipzig 1931, p. 32 f.

61) Tacke, a. a. O., p. 20.

62) Bente, Die marktwirtschaftliche Bedeutung der Kapitalanlage im Ausland, W. A. 32, p. 52 f.

63) E. Kaufmann, Das französische Bankwesen. Mit besonderer Berücksichtigung der 3 Depositengroßbanken. 2. photo-mech. gedr. Aufl. (Arch. f. Soz.wiss. u. Soz.politik, Erg. H. I, Tübingen 1923, p 336,

64) S. v. Waltershausen, Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Ausland, Berlin 1907, p. 45 f., 50.
65) Tacke, a. a. O., insbes. p. 114 ff.
66) Schilder, Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft, Bd. I, Berlin 1912, p. 341 ff.
67) v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., p. 266.
68) Die Krisis der Weltwirtschaft, a. a. O., p. 268.
69) S. v. Waltershausen, Die Entstehung der Weltwirtschaft, Jena 1931, p. 471.
70) Halasi, Die Goldwährung, Berlin 1933, p. 1.
71) Lutz, Goldwährung und Wirtschaftsordnung, W.A. 41, p. 246.
72) Wagemann, Struktur und Rhtythmus, a. a. O., p. 155.
73) Haberler läßt es dahingestellt, ob tatsächlich Ricardo der Urheber dieser Theorie ist. Vgl. Haberler, Die Theorie der komparativen Kosten und ihre Auswertung für die Begründung des Freihandels. W. A. 32, p. 350, Anm.
74) Haberler, a. a. O., p. 352 f.
75) Taussig, International Trade, New York 1927, p. 45, zitiert bei Haberler, a. a. O., p. 353.
76) Haberler, a. a. O., p. 358.
77) Haberler, a. a. O., p. 359.
78) Ohlin, a. a. O., p. 161. Ist eine Modernisierung der Außenhandelstheorie erforderlich? 7. A. 26.
79) Eulenburg, Außenhandel und Außenhandelspolitik, a. a. O., p. 287 ff.
80) Pareto, Manuel d'économie politique. Trad. sur l'édition italienne par A. Bonnet. 2e éd. Paris 1927, p. 507 ff.
81) Vgl. dazu Ohlin. Ist eine Modernisierung der Außenhandelstheorie erforderlich? a. a. O., p. 99 f.
82) Ohlin, a. a. O., p. 114.
83) v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., p. 268.
84) Eulenburg, a. a. O., p. 294.
85) Colm, Das Gesetz der komparativen Kosten — das Gesetz der komparativen Kaufkraft, W. A. 32.
86) Colm, a. a. O., p. 387.
87) Colm, a. a. O., p. 390.
88) Eulenburg, a. a. O., p. 292.
89) Colm, a. a. O., p. 397 ff.
90) Colm, a. a. O., p. 401.
91) Gerlach, Ueber Begriff und Stufe der Weltwirtschaft, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 56, 1918, p. 414.
92) v. Zwiedineck-Südenhorst, Macht oder ökonomisches Gesetz, Schmollers Jahrbuch 1925 I, p. 291.
93) Salin, Am Wendepunkt der deutschen Wirtschaftspolitik: in: Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft, 6. Bd., Teil II, Berlin 1932, p. 692.

94) Salin, Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit, Weltw. Archiv, Bd. 35. p. 11.

95) Keynes, Wirtschaftliche Zukunftsversprechen, in: „Europäische Revue", Berlin VI (1930), p. 753 ff.

96) Sombart, Die Wandlungen des Kapitalismus, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Zürich, 13.—15. Sept. 1928. München und Leipzig 1929, p. 40 f. Vgl. auch Sombart, Die Zukunft des Kapitalismus.

97) Wagemann, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, a. a. O., p. 27.

98) Predöhl, Die Industrialisierung Rußlands, W. A. Bd. 36, p. 473.

99) Generalleutnant a. D. Muff, Wirtschaftsstruktur und Landesverteidigung, Gutachten erstattet für die Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft in Oeynhausen am 11.—14. Februar 1933, p. 9.

100) Adolf Hitler in seiner Rede am 21. Mai 1935.

101) Friedrich List, Das nationale System der politischen Oekonomie (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister). 4. Aufl., Jena 1922. Vgl. Sommer, Friedrich Lists System der politischen Oekonomie. Jena 1927.

102) Predöhl, Staatsraum und Wirtschaftsraum, W. A. Bd. 39, p. 8.

103) Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen. Veröffentlichungen des Enquête-Ausschusses, I. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe, 20. Band. 2. Halbband, Berlin 1932, p. 27 f.

104) Der deutsche Außenhandel, a. a. O., p. 25.

105) Der deutsche Außenhandel, a. a. O., p. 416.

106) Predöhl, Staatsraum und Wirtschaftsraum, a. a. O. p. 10.

107) Eulenburg, Großraumwirtschaft und Autarkie, Kieler Vorträge. Jena 1932. p. 56 f.

108) Mackenroth, Neue Formen der Weltwirtschaft, W. A., Bd. 41, p. 11.

109) Vierteljahreshefte des Institutes für Konjunkturforschung, 9. Jahrgang, Heft 4.

110) Stuttgarter Neues Tageblatt vom 25. Sept. 1935. Pariser Drahtbericht vom 24. September.

111) Eulenburg, Außenhandel und Außenhandelspolitik, a. a. O., p. 95.

112) Bruno Dehoff, Wirtschaftsentwicklung und Lohn in den Vereinigten Staaten von Amerika, Freiburger Dissertation, Freiburg 1929.

113) Landmann, Agrarpolitik und internationale Exportfähigkeit, in: Deutsche Agrarpolitik, a. a. O., p. 621 ff.

114) v. Zwiedineck-Südenhorst, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, a. a. O., p. 269.

115) Haupt, Versuch einer Theorie des russischen Dumpings, Münchener Dissertation 1933. Vgl. ferner Baer, Das soziale Dumping, und Knikkerbocker, Der rote Handel droht, Berlin 1931.

116) Karl Weber, Die Einwirkungen der Reparationen auf die Weltwirtschaft, Jena 1931, p. 95.

Lebenslauf.

Ich, Gerhard Friedrich Hirsch, bin geboren am 16. Juni 1912 in Plüderhausen (Württemberg) als Sohn des Ortsteuerbeamten Christian Friedrich Hirsch und seiner Ehefrau Maria, geb. Bäurer, beide evang. Bekenntnisses und württ. Staatsangehörigkeit. Nach dem Besuch der Volksschule in Plüderhausen, der 6-klassigen Realschule in Schorndorf und der Oberrealschule in Schwäb. Gmünd legte ich an letzterer Anstalt im Frühjahr 1931 die Reifeprüfung ab. Anschließend studierte ich an den Universitäten Tübingen, München und Kiel Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften. Juli 1934 legte ich an der Universität Kiel die Diplomprüfung für Volkswirte ab. Vom W.S. 1934/35 bis W.S. 1935/36 war ich in München mit der vorliegenden Dissertation beschäftigt.